

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Historische Parallelen

Geschichte wiederholt sich nicht, weil es stets Alternativen gibt. Die Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland war nicht zwangsläufig. Insbesondere Kommunisten warnten früh vor ihr. Bleiben aber Eigentums- und Machtverhältnisse erhalten oder werden sie mit Hilfe von außen wie nach 1945 in Westdeutschland restauriert, setzen sich Strategien fort, ergeben sich Parallelen. Das betrifft auch den heutigen deutschen Imperialismus. Der Anschluß der DDR und die Auflösung der Sowjetunion gaben seinem Ex-

mit China, die BRD auf den mit Rußland. Moskau soll durch eine Kombination von militärischem Druck, durch Destabilisierung eines Verbündeten wie Belarus bei gleichzeitigem reduzierten Wirtschaftsaustausch davon abgehalten werden, sich mehr als bisher an die Seite Chinas zu stellen. Wird die geplante neue Regierung aus SPD, Grünen und FDP an diesem Kurs etwas ändern? Die Frage kann nach allem, was bis Mitte November bekannt wurde, mit Nein beantwortet werden.



27. Mai 2015: Mahnwache vor dem Bundestag

pansionsdrang und seiner Aggressivität neuen Auftrieb. Bis 1989 war er durch den realen Sozialismus und dessen militärische Macht einigermaßen gebändigt. In der Rückschau erscheint das Attribut „friedensfähig“, das ihm 1987 im gemeinsamen Papier von SED und SPD attestiert wurde, als falsch. Die BRD ist heute die aggressivste Macht Europas in Konkurrenz und Kooperation mit Frankreich und Großbritannien. Die Bundesrepublik ist mit Abstand die größte Wirtschaftsmacht in Mittel- und Westeuropa, die Staaten Ost- und Südosteuropas sind ökonomisch Halbkolonien. Die Ausdehnung dieses Zustandes auf die Ukraine und Belarus war das Ziel des Putsches in Kiew vom 22. Februar 2014 und der anhaltenden Destabilisierungsversuche in Belarus. Dabei geht es um die Wiederaufnahme einer deutschen imperialistischen Idee: Die deutsche Führung setzte schon im Ersten Weltkrieg auf nationalistische Unruhen im Zarenreich und auf dessen Zerfall. Sie hoffte auf einen Sonderfrieden mit St. Petersburg. Ähnliches spielt sich gegenwärtig ab: Die USA konzentrieren sich auf den Schlagabtausch

Am 12. November berichtete z. B. „Der Spiegel“, ihm liege das zehnteilige Papier der Arbeitsgruppe Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik für die Koalition aus SPD, Grünen und FDP vor. Aus Sicht der Illustrierten zeigt das Dokument „vor allem eines: Kontinuität.“ Als Beleg wird der Satz zitiert: „Vor dem Hintergrund der fortbestehenden Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands und Europas nehmen wir die Sorgen insbesondere unserer osteuropäischen Partnerstaaten ernst, bekennen uns zur Aufrechterhaltung eines glaubwürdigen Abschreckungspotentials und wollen die Dialoganstrengungen der Allianz fortsetzen.“ Die uralte Lüge von der „fortbestehenden Bedrohung“ bleibt also Grundlage der Politik gegenüber Rußland – denn das ist gemeint. Dem ordnet sich in dem Entwurf offenbar alles unter. Der Begriff „Abschreckungspotential“ erinnert an die Äußerung der Kriegsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) vom 21. Oktober, die NATO müsse Moskau klarmachen, daß „wir am Ende ... bereit sind, auch solche (atomaren, A. S.)

Mittel einzusetzen“. Das sei „der Kerngedanke der NATO“. Sie sagte das an dem Tag, an dem sie mit ihren NATO-Kollegen einen „Masterplan Abschreckung“ verabschiedete, der einer Vorbereitung zum Angriff gleichkommt. Es ist keine Überraschung, daß die drei Parteien sich außerdem auf die Anschaffung bewaffneter Drohnen geeinigt haben und an der „nuklearen Teilhabe“ festhalten wollen. Beides hatten Teile von SPD und Grünen vor und im Wahlkampf abgelehnt. Es geht aber nur am Rande um den üblichen Wortbruch. Die zentrale Botschaft, die von diesem Papier ausgeht, lautet: SPD, Grüne und FDP verstärken den aggressiven Kurs insbesondere gegen Rußland.

Das bedeutet: Auf die Besonnenen, auf alle, die Nein zu Aufrüstung und Kriegspolitik sagen, kommen schwere Zeiten zu. Denn „Abschreckungspotential“ bedeutet, daß kein „heimlicher Aufmarsch“, wie Erich Weinert ihn 1927 gegen die Sowjetunion sah, sondern ein offener geplant ist. Und es bedeutet: Die Hetze gegen Rußland wird in den kommenden Jahren nicht nachlassen. Im Gegenteil, der Kampf um die Köpfe tritt in eine neue Phase. Die historischen Parallelen liegen auf der Hand.

Alle, die sich für Frieden einsetzen, sind angesichts dieser Entwicklung aufgerufen, jedem zu sagen, was da geschieht. Atomwaffen raus aus Deutschland! Keine bewaffneten Drohnen für die Bundeswehr! Frieden mit Rußland und China!

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



Kuba widersteht	2
Sie wollen keinen Frieden	3
Kampfflugzeug F35	4
Alarmstufe Rot	6
Nordstream 2 und die Grünen	9
100. Geburtstag der PCE	10
Ein Sieg des Sandinismus	11
Rede E. Krenz auf Grenzer treffen	12-15
Mein politisches Credo	17
Recht für Jedermann	18
Gysi-Interview	21
WWA	23
Kongreß der Werktätigen	25
Die „Fröhlichen Weihnachten“	27
Leserbriefe	30

Kuba widersteht

Nur wenigen ist meine Solidarität mit der kubanischen Revolution unbekannt. Während 40 Jahren habe ich die Insel aufgrund von Arbeitsverpflichtungen und Einladungen zu Veranstaltungen oft besucht. (...)

Ich kenne den kubanischen Alltag im Detail, einschließlich der Schwierigkeiten, mit denen die Bevölkerung konfrontiert ist, die Herausforderungen der Revolution, die Kritik von Intellektuellen und Künstlern des Landes. Ich besuchte Gefängnisse, sprach mit Gegnern der Revolution, lebte mit kubanischen Priestern und Laien, die gegen den Sozialismus eingestellt sind.

Wenn jemand mir, einem Brasilianer, sagt, daß es in Kuba keine Demokratie gibt, steige ich von der Abstraktion der Worte zur Realität hinab:



„Wir werden die Souveränität, die Unabhängigkeit der Nation nicht aufgeben“
Großdemonstrationen für die kubanische Revolution am 17. Juli 2021 in Havanna
Quelle: M. E. Rodríguez / Juventud Rebelde

Wie viele Fotos oder Nachrichten hat man gesehen oder sieht man von Kubanern im Elend, von Bettlern, die auf den Bürgersteigen liegen, von verlassen Kindern auf den Straßen, von Familien unter den Eisenbahnbrücken? Etwas Ähnliches wie die Paramilitärs, wie die langen Schlangen der Kranken, die jahrelang warten, um im Krankenhaus behandelt zu werden?

Ich warne die Freunde: Wenn du in Brasilien reich bist und in Kuba leben wirst, wirst du die Hölle kennenlernen. Du wirst nicht jedes Jahr das Auto wechseln, Designer-Kleidung kaufen oder häufig Urlaubsreisen ins Ausland machen können.

Und vor allem werdet ihr nicht die Arbeit anderer ausbeuten, eure Angestellten in Ungeißheit halten können, aber „stolz“ auf Maria sein – deine Köchin seit 20 Jahren, der du den Zugang zu einer eigenen Wohnung, zur Schulbildung und zur Gesundheitsversorgung verwehrst.

Wenn du zur Mittelklasse gehörst, bereite dich darauf vor, das Fegefeuer kennenzulernen. Obwohl Kuba keine Staatsgesellschaft mehr ist, besteht die Bürokratie weiter, man muß Geduld haben in den Schlangen der

Märkte, viele Produkte, die es diesem Monat angeboten werden, sind vielleicht im nächsten nicht zu finden, weil die Importe unregelmäßig eintreffen.

Wenn du jedoch Lohnempfänger bist, oder wenn du arm, ohne Haus oder ohne Land bist, bereite dich darauf vor, das Paradies kennenzulernen. Die Revolution wird deine drei grundlegenden Menschenrechte garantieren: Ernährung, Gesundheit und Bildung sowie Wohnraum und Arbeit.

Vielleicht hast du großen Appetit auf etwas bestimmtes, was es gerade nicht gibt, aber du wirst nie hungern. Schulbildung und Gesundheitsfürsorge, einschließlich komplexer Operationen, werden deiner Familie völlig kostenlos zur Verfügung stehen, als Pflicht des Staates und Recht der Bürger.

und garantiert keine Demokratie. Brasilien und Indien, die als Demokratien angesehen werden, sind krasse Beispiele für Elend, Armut, Ausgrenzung, Unterdrückung und Leid. Nur diejenigen, die die Realität Kubas vor 1959 kennen, wissen, warum Fidel Castro so viel Unterstützung im Volk hatte, um die Revolution zum Sieg zu führen.

Das Land war als „Bordell der Karibik“ bekannt. Die Mafia beherrschte die Banken und den Tourismus. Das Hauptviertel von Havanna, immer noch Vedado (Sperrgebiet) genannt, hat diesen Namen, weil Schwarze sich dort nicht bewegen durften ...

Die USA haben sich nie damit abgefunden, das Kuba verloren zu haben, das ihren Absichten unterworfen war. Deshalb versuchten sie kurz nach dem Sieg der Guerillakämpfer der Sierra Maestra mit Söldnertruppen auf die Insel einzufallen. Sie wurden im April 1961 besiegt. Im folgenden Jahr hat Präsident Kennedy die Blockade Kubas angeordnet, die bis heute andauert. Dadurch hat das Land in den letzten sechs Jahrzehnten einen Verlust an potenziellem Handel in einem Gegenwert von 144 Milliarden Dollar zu beklagen.

Kuba ist eine Insel mit wenig Ressourcen. Sie sieht sich gezwungen, mehr als 60 Prozent der grundlegenden Produkte für das Land zu importieren. Mit der Verschärfung der Blockade durch Trump (243 neue Maßnahmen, bisher von Biden nicht zurückgenommen) und der Pandemie, die eine der Hauptquellen Kubas, den Tourismus, auf Null setzte, hat sich die Lage im Innern verschlechtert. Die Kubaner mußten den Gürtel enger schnallen. Die Unzufriedenheit mit der Revolution, die in der Umlaufbahn des „amerikanischen Traums“ kreisen, beförderten dann die Demonstrationen am 11. Juli – mit „solidarischer“ Hilfe der CIA, deren Chef gerade eine Reise durch den Kontinent abgeschlossen hatte, weil er über die Wahlergebnisse in Peru und Chile „besorgt“ war. (...)

Der kubanische Präsident Miguel Díaz-Canel erklärte in einer Radio- und TV-Ansprache am Nachmittag des 11. Juli: „Die finanzielle, wirtschaftliche, handelspolitische und energiepolitische Verfolgung hat begonnen. Sie wollen, daß in Kuba eine interne soziale Explosion ausgelöst wird, um ‚humanitäre Missionen‘ zu fordern, die zu militärischen Invasionen und Einmischungen führen.“ (...)

Es ist diese Verletzbarkeit, die den Demonstrationen des Unmuts eine Flanke öffnet, ohne daß die Regierung Panzer oder Truppen auf die Straße geschickt hätte. Doch der Widerstand des kubanischen Volkes, geprägt durch Vorbilder wie Martí, Che Guevara und Fidel, hat sich als unbesiegbar erwiesen. Und wir alle, die wir für eine gerechtere Welt kämpfen, müssen uns mit ihm solidarisieren.

Frei Betto

Frei Betto aus Brasilien ist Dominikanerbruder, Befreiungstheologe, Journalist und Schriftsteller.

Aus amerika21, 8.9.2021

Redaktionell gekürzt

Denn sie wollen keinen Frieden ...

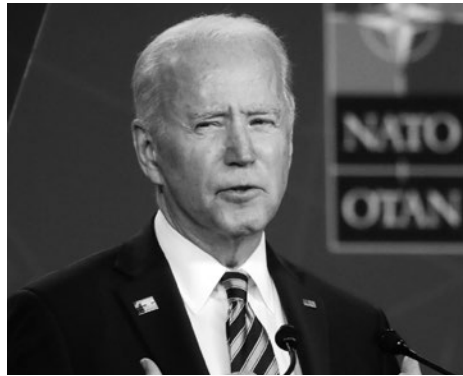
Keine Zeichen für Entspannung im Herbst 2021

Eigentlich sollte Mitte August 2021 mit Afghanistan für jeden deutlich geworden sein, daß die Kriege der USA und ihrer europäischen NATO-Verbündeten ein großes Desaster sind. Eigentlich – denn am 14. Oktober plazierte die deutsche Bundeswehr landesweit eine Anzeige, um ihren 20jährigen Einsatz im Krieg in Afghanistan auf eine ganz abwegige Art und Weise noch einmal in Erinnerung zu rufen. Auf einer Größe von 15 x 20 cm waren die Konturen eines deutschen Soldaten und eines deutschen Panzers samt Besatzung im Dämmerlicht (wohl in Afghanistan) zu sehen, und in großen weißen Buchstaben war der Satz zu lesen: „Ihr habt Deutschland alle Ehre gemacht.“ (...) Dann kommt noch, mit Bild, die deutsche Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer zu Wort: „Ich bin der festen Überzeugung, daß die Bundeswehr auf ihren Einsatz in Afghanistan stolz sein kann. Unsere Soldatinnen und Soldaten haben alle Aufträge, die ihnen das Parlament gegeben hat, erfüllt. (...) Diese Sätze zeigen auch, welche Schlüsse gezogen wurden. Kein Innehalten in Anbetracht des eigenen Scheiterns, sondern eher der Ruf nach „mehr davon“: Man will es in Zukunft „besser machen“. Am 21. Oktober, dem Tag des Treffens der NATO-Verteidigungsminister in Brüssel, bestätigte die noch amtierende deutsche Ministerin dies in einem Interview mit dem Deutschlandfunk. Deutschland habe zusammen mit Portugal, Slowenien, den Niederlanden und (dem eigentlich neutralen) Finnland ein „Gedankenpapier“ formuliert, wonach (...) eine „schnelle militärische Eingreiftruppe der Europäischen Union“ in „Ergänzung“ zur NATO und mit einer „Koalition der Willigen“ in der Lage sein soll, in aller Welt „robust und zügig zu handeln“. Überhaupt soll EU-Europa weiter aufgerüstet werden, auch atomar. „Das ist der Weg der Abschreckung“, sagte Kramp-Karrenbauer. Wer soll „abgeschreckt“ werden? Rußland! „Wir müssen Rußland gegenüber sehr deutlich machen, daß wir am Ende – und das ist ja auch die Abschreckungsdoktrin – bereit sind, auch solche [militärischen] Mittel einzusetzen [...]“. Selbst der Deutschlandfunk sprach von „Sprachbildern wie zu Zeiten des Ost-West-Konfliktes“. (...)

Ergänzen muß man, daß die NATO-Formel von der „Abschreckung“ schon im ersten Kalten Krieg eine Propagandaformel war. Die Sowjetunion hatte keine Gebietsansprüche, die über die Konferenzergebnisse von Jalta und Potsdam im Jahr 1945 hinausgingen. Sie wollte mit ihrer starken Armee erneute verheerende Zerstörungen im eigenen Land wie im Krieg gegen Napoleon und Hitler verhindern. Für das heutige Rußland gilt dies noch mehr. Ihm Eroberungsgelüste zu unterstellen, ist sachlich nicht begründet. „Einzige Weltmacht“ mit einem Herrschaftsanspruch über die ganze Welt wollten bislang nur die USA (mit ihren NATO-Verbündeten) sein. In anderen Staaten der Welt gibt es solche

größenwahnsinnigen Vorstellungen nicht – auch in Rußland nicht. (...)

Nach der Ausweisung von acht russischen Diplomaten (mit dem dafür üblichen Spionagevorwurf) aus der Vertretung Rußlands bei der Vertretung in Brüssel hat Rußland am 1. November seine gesamte Gesandtschaft in Brüssel und die Vertretung der NATO in Moskau geschlossen. Grundvoraussetzungen für eine gemeinsame Arbeit, so der russische Außenminister Sergej Lawrow, seien nicht mehr gegeben. In der offiziellen Erklärung des russischen Außenministeriums hieß es am 18. Oktober: „Die [...] Handlungen der NATO bestätigen, daß sie nicht an einem gleichbe-



Joe Biden

rechtigten Dialog und einer gemeinsamen Arbeit der Deeskalation der militärpolitischen Spannungen interessiert ist. Der Kurs der Allianz gegenüber unserem Land wird zunehmend aggressiver. ‚Die russische Bedrohung‘ wird zur Festigung der inneren Geschlossenheit der Allianz entfacht, um den Anschein ihrer ‚Gefragtheit‘ unter heutigen geopolitischen Bedingungen zu schaffen.“

Die US-Regierung will ihre Sanktionen künftig gezielter einsetzen und dabei das „Schwert“ der Sanktionen wieder scharf machen. Das berichteten übereinstimmend die „New York Times“ und das „Wall Street Journal“ am 18. Oktober. Sie sollen künftig mit den Verbündeten stärker abgestimmt werden, damit sie auch von diesen vollumfänglich mitgetragen werden. In den vergangenen zehn Jahren hatte sich die Anzahl der beschlossenen Sanktionen verzehnfacht. Sie sind in der Amtszeit von Donald Trump auf rund 1000 ausgesprochene Sanktionsbeschlüsse pro Jahr angestiegen. Viele davon hätten aber auch zwischenzeitlich unterlaufen werden können. Das soll künftig verhindert werden.

Am 20. Oktober verließ das Europäische Parlament den diesjährigen „Sacharow-Preis“ „für geistige Freiheit“ an Alexej Nawalny – unter anderem für seine „große persönliche Tapferkeit“. Nawalny ist in Rußland ein rechtskräftig verurteilter Straftäter. Der norwegische NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg begrüßte die Preisverleihung sehr. Auch die neue deutsche Regierung will auf Konfrontationskurs bleiben.

Und was plant die kommende deutsche Regierung? Im zwölfseitigen Sondierungspapier für die Koalitionsverhandlungen von SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP heißt es auf den letzten beiden Seiten: „Deutschlands Verantwortung für Europa und die Welt“. Da gibt es nichts Neues. Der bisherige deutsche Weg soll lediglich entschlossener weiter beschritten werden: mehr EU, mehr militärische „Verantwortung“ in der Welt. Es gehe um die Durchsetzung einer „regelbasierten internationalen Ordnung“ – nicht des Völkerrechts. Kooperieren wolle man vor allem mit denjenigen, „die unsere demokratischen Werte teilen“. Die US-amerikanische Idee einer „Allianz der Demokratien“ wird unterstützt. Dabei gehe es „auch um den Systemwettbewerb mit autoritären Staaten und Diktaturen“. „Das transatlantische Bündnis“ sei weiterhin der „zentrale Pfeiler“ deutscher und EU-europäischer Militärpolitik und die „NATO unverzichtbarer Teil“ deutscher Sicherheit. Die Redewendungen sind bekannt, auch, wen man mit „autoritären Staaten und Diktaturen“ meint. Der kurze Absatz über eine „abrüstungspolitische Offensive“ steht recht verloren da.

Wenn es von seiten der NATO-Staaten dann immer auch gleichzeitig heißt, man sei zu einem „Dialog“ bereit, dann ist das nicht glaubwürdig. Aber vielleicht verstehen die NATO-Staaten unter Dialog auch etwas anderes, als gemeinhin mit dem Wort gemeint ist. Vielleicht heißt „Dialog“ für die NATO-Staaten nicht, daß gleichberechtigte Partner mit unterschiedlichen Anschauungen und Respekt voreinander das Gespräch suchen, um sich besser zu verstehen und im guten Fall aufeinander zuzugehen. Vielleicht heißt Dialog für die NATO-Staaten, daß der Dialogpartner zuerst die Bedingungen der NATO erfüllen muß. Wie dem auch sei, die Aussichten auf eine Wende der internationalen Politik in Richtung mehr Frieden bleiben schlecht. (...)

50 Jahre ist es nun her, daß ein namhafter deutscher Politiker und anderer SPD-Kanzler, Willy Brandt, den Friedensnobelpreis zugesprochen bekam. Zehn Jahre später, am 3. November 1981, sagte (er): „Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.“ Wie weit hat sich doch Deutschland, hat sich EU-Europa von diesem grundlegenden Gedanken entfernt! Die Fragen bleiben: Was kann die politisch Verantwortlichen in EU-Europa bewegen, sich von der kriegerischen Haltung der US-Politik zu distanzieren und einen eigenständigen, wirklich friedenspolitischen Weg zu beschreiten? Ist dies noch ohne eine große Katastrophe möglich? Und was kann die Bürger Europas bewegen, nicht mehr still – warum auch immer – zuzuschauen, sondern ihr Recht und ihre Pflicht als Souverän auszufüllen und wahrzunehmen?

Karl-Jürgen Müller

Quelle: Zeit-Fragen, Zürich, Nr. 24, 2. November 2021

Redaktionell leicht gekürzt

Teuer, teurer, am teuersten

Das Kampfflugzeugprogramm F-35 „Lightning II“

Flugzeuge werden erst seit etwas mehr als 100 Jahren auch als Waffe eingesetzt. Zunächst dienten sie zur Artilleriebeobachtung und Aufklärung. Später erfand man Möglichkeiten, gegnerische Fluggeräte in der Luft zu bekämpfen, und schließlich nutzte man sie zur Bekämpfung von Bodenzielen. Noch in der Zeit des Ersten Weltkrieges entstanden gesonderte Flugzeugmodelle zur Aufklärung und Beobachtung, zur Jagd auf andere Flugzeuge und Bombenflugzeuge für Bodenangriffe.

Bei Kampfflugzeugen wurde die Technik nicht nur immer komplizierter, sondern auch immer teurer. Beschaffte die bundesdeutsche Luftwaffe in den 60er Jahren noch mehr als 900 F-104-Starfighter, erwarb sie, als Ersatz für die ständig herunterfallenden F-104G, im Zeitraum von 1980 bis 1991, 357 Panavia Tornado-Jagdbomber sowie von der F-4-Phantom lediglich 175 Stück dazu. Noch weniger „benötigte“ man dann offenbar vom relativ neuen Eurofighter. Davon sollen, nachdem die erste Serienmaschine 2003 an die Bundesluftwaffe ausgeliefert worden war, nach einigen Korrekturen der Zahlen nach unten, „nur“ noch 181 Maschinen insgesamt gekauft werden. Um die Preisentwicklung zu verdeutlichen, hier ein kleiner historischer Exkurs. Ein US-amerikanisches Jagdflugzeug vom Typ P-51-Mustang war Mitte der 40er Jahre für ca. 50 000 US-Dollar zu haben (das entspräche einem heutigen Preis von etwa 500 000 bis 600 000 US-Dollar). Ein Starfighter war da schon mit einem damaligen Stückpreis von rund 10 Millionen US-Dollar eine erhebliche Anschaffung. Der auch als Uralbomber bezeichnete Tornado lag mit 25 bis 30 Millionen pro Maschine deutlich darüber, und der Eurofighter ist mit Preisen jenseits von 90 Millionen auch kein Schnäppchen. Die Anschaffungspreise für die F-35 liegen je nach Version zwischen 90 und 130 Millionen US-Dollar.

Damit ist das relativ neue US-Kampfflugzeug Lockheed-Martin F-35 Lightning II Spitzenreiter in der Preisliste der in den USA zu erwerbenden Kampfflugzeuge. In der Onlineausgabe der Zeitung „Die Welt“ war am 11.7. 2016 unter der Überschrift „Der Billionen-Kampffjet F-35B landet sogar senkrecht“ folgendes zu lesen: „Das einst als Joint-Strike-Fighter (JSF) bezeichnete F-35-Programm ist das größte und teuerste Rüstungsprojekt in der Geschichte des Pentagon. Der US-Rechnungshof (GAO) veranschlagt die Gesamtkosten allein für die knapp 2500 Exemplare der US-Streitkräfte auf den unvorstellbaren Wert von 1,3 Billionen Dollar. Knapp 400 Milliarden Dollar kosten Entwicklung und Beschaffung. Auf weitere 900 Milliarden werden in den nächsten Jahrzehnten Betrieb, Wartung, Weiterentwicklung und Training veranschlagt. Für Lockheed Martin ist das F-35-Projekt auf Jahrzehnte eine sprudelnde Umsatzquelle ...“

Selbst für die USA, die seit Jahren einen jährlichen Rüstungshaushalt von mehr als einer Dreiviertel Billion Dollar (eine Zahl mit neun Nullen) veranschlagen und unter der Annahme, daß auch hier noch ein paar Dutzend verschleierte Milliarden hinzukommen, ein absurder hoher Wert. Seit Jahrzehnten versucht man die Preisexplosionen im Rüstungssektor abzumildern. Für Kampfflugzeuge heißt das Allheilmittel: Mehrzweckkampfflugzeuge. Statt spezialisierter Kampfgeräte, also Jagd-, Taktische Bomben-

die sowjetisch/russische Jakowlew Jak-38. Für letzteres wurde ab Ende der 70er Jahre ein Nachfolgemodell im Konstruktionsbüro Jakowlew entwickelt, die Jak-141. Diese Maschine erhielt u.a. eine völlig neue Technologie zum Schwenken der Schubdüse und zur Steuerung der Stabilität bei Start und Landung.

Der Beginn des Jelzin-Chaos Anfang der 90er Jahre in Rußland führte zu einem dramatischen Rückgang der Staatseinnahmen. Viele Projekte wurden gestrichen, auch die Jak-



Senkrechtlandung einer F-35B. Für die neuen starken Triebwerke war die alte englische Technologie des britischen Harrier nicht mehr tauglich. Archiv Jeschke

und Aufklärungsflugzeuge, setzt man nun auf „Mehrzweckmodelle“.

So war das auch bei der Entwicklung des F-35-Programms.

Der neue Vogel sollte entsprechend dem 1993 initiierten Joint Strike Fighter-Programm mehrere Muster ersetzen, die auch schon ihrerseits mehrere Typen abgelöst hatten. Unter anderem die F-16, F-18 und AV-8. Diese gedachte man, den Verbündeten als Mehrzweckkampfflugzeug aufs Auge zu drücken, die insofern auch Konkurrenzmodell zum westeuropäischen Eurofighter, der französischen Rafale sowie der schwedischen Gripen, waren. Darüber hinaus soll die F-35 für alle Teilstreitkräfte – technologisch natürlich auf dem allerneuesten Stand – einsetzbar sein. Ab 2001 stand dann fest, daß Lockheed-Martin den Zuschlag bekommen würde. Gleichzeitig war klar, daß es zwar einen Typ, jedoch in drei verschiedenen Ausführungen geben würde, die sich in Ausstattung, Möglichkeiten und Preis erheblich unterschieden.

Bis zur F-35B hatte es bisher nur zwei einsatzfähige und auch genutzte militärische Senkrechtstarter gegeben. Das war der zum einen bis heute von der US-Marineinfanterie genutzte McDonnell Douglas AV-8 „Harrier II“, eigentlich ein britisches Flugzeug, und

141. Zu allem Überfluß verkaufte man, um noch ein wenig „harte Währung“ zu generieren, die revolutionäre Technologie des Senkrechtstarters an die USA. So fliegt die F-35B heute mit Hilfe sowjetischen Erfindergeistes.

Besonders teuer ist das Kampfflugzeug aber nicht wegen des Technologietransfers. Die F-35 sollte das Nonplusultra der Kampfflugzeugentwicklung in dieser Klasse werden. Dazu gehört auch die Forderung nach der Stealth-Fähigkeit. Das bedeutet, daß der Kampfflieger nicht oder fast nicht von gegnerischen Radaren geortet werden kann. Seit mehr als 30 Jahren versuchen US-Flugzeugkonstrukteure mit dieser Technologie ihre Kampfmittel gegen gegnerische Einwirkungen zu sichern. Im Grunde bedient man sich dazu zweier Methoden. Zum einen wird die effektive Radarrückstrahlfläche der Kampfflugzeuge verringert und zum anderen die Außenhaut der Maschinen mit einem radarabsorbierenden Mittel angestrichen. Während das Problem der Anstriche in ihrer Verwitterung liegt, ist es mit der Verringerung der effektiven Abstrahlfläche schon verzwickter. Dabei wird versucht, die Außenkontur der Flugzeuge so zu konstruieren, daß auftreffende Radarstrahlen nur kleine Flächen haben bzw. die Strahlen

in eine andere Richtung reflektieren. Das führt dazu, daß moderne Kampfflugzeuge ein manchmal absonderliches Design haben. In den meisten Fällen gelingt so ein Design nur um den Preis, daß die aerodynamische Stabilität der Flugzeuge leidet. Das bedeutet: Nicht-Stealth-Flugzeuge besitzen eine aerodynamische Stabilität, die eine gewisse Flugfähigkeit auch bei Triebwerksausfall gewährleistet. Natürlich fällt so ein antriebsloses Luftfahrzeug immer noch wie ein Stein vom Himmel, aber es ist einigermaßen stabil um die drei Achsen, was der Besatzung ermöglicht, Notmaßnahmen einzuleiten oder die Maschine einigermaßen kontrolliert zu verlassen. Die Stealth-Geräte verfügen eben kaum noch über diese Stabilität, was auch heißt, daß im Normalflug ständig kleine Steueraus schläge eine künstliche Stabilität erzeugen. Da ein Pilot damit auf Dauer überlastet wäre, übernimmt das ein Bordcomputer. Darüber hinaus gibt es Rechner für alle möglichen Überwachungen, Druck, Treibstoff, Turbinendrehzahl, Anstellwinkel usw., natürlich auch Rechner zum Einsatz der eigenen Bewaffnung. In modernen Kampfflugzeugen stecken fast ein Dutzend Computer, die dem Piloten ermöglichen, so ein Ding zu fliegen und es als Waffe einzusetzen.

Ein anderes, nicht geringeres Problem sind die Unterhalts- und Betriebskosten. Experten gehen davon aus, daß sie zehnmal so hoch wären, wie vom Hersteller für die Betreiber angegeben. Trotzdem haben, neben den von den USA betriebenen Maschinen, schon einige Länder das „Dollargrab“ gekauft, Niederlande, Norwegen, Israel, Japan, Australien, Italien, Südkorea, Großbritannien und Polen, Belgien, Singapur. Die Schweiz will die Maschinen noch beschaffen. Kanada hat Interesse bekundet, und die Türkei wurde von der Liste gestrichen, weil sie russische Fliegerabwehrsysteme beschafft haben. Alles in allem noch ein gewaltiges Geschäft für die US-Rüstungsschmiede, die mit freundlicher Unterstützung der eigenen Regierung und der NATO als Verkaufsgehilfen nach weiteren Käufern sucht. Auch in der BRD wurde diese Frage diskutiert. Aber nicht Geldmangel war das Problem. Als Verkaufsgehilfe von Airbus Military sucht man nach eigenen Geschäften.

Und nicht zu vergessen, bei all den riesigen Kosten und den Unwägbarkeiten der digitalen Welt – die F-35 bleibt eine Waffe. Israel soll die F-35 auch schon gegen Bodenziele in Syrien eingesetzt haben. Und mit über acht Tonnen Waffenlast kann das Flugzeug mehr als die doppelte Bombenlast eines viermotorigen B-24 Liberator-Bombers schleppen,

und auch die Unterhaltskosten sind viel höher.“ Das Verteidigungsministerium rechnet mit bis zu 50 Prozent höheren Kosten von umgerechnet bis zu 13 Milliarden Franken (rund 12 Milliarden Euro) in den kommenden 30 Jahren. In der Online-Ausgabe der „Flugrevue“ vom Juli diesen Jahres wird der Demokrat John Garamendi, der im Streit-



Gut zu sehen der Schwenkmechanismus der Schubdüse der F-35. Diese Technologie wurde von sowjetischen Ingenieuren für die Jak-141 entwickelt. (Modellaufnahme) Archiv Jeschke

mit dem die 8. Air Force im Zweiten Weltkrieg von England aus Bombenangriffe flog. Hinzu kommt, daß die Mk-84 JDAM-Bomben, die die F-35 bei Einsätzen gegen Bodenziele trägt, fast 900 kg schwer und mit einem Zielsystem ausgerüstet sind, welches Ziele in einem Kreis von weniger als fünf Metern treffen könnte, vorausgesetzt der Computer funktioniert.

Was für ein gewaltiger Profit zu erwarten ist, erahnt man, wenn man dem Bericht des Schweizer SRF-Nordeuropakorrespondenten Gugger zuhört, der mit Blick auf entsprechende Bedenken in der Schweiz in einer Sendung davon berichtete, daß „...die veranschlagten Kosten für den F-35 in den Niederlanden wesentlich höher ausgefallen (seien), als erwartet. Beim Entscheid für den Jet ... sprach man von 28 Millionen Euro pro Maschine, inzwischen sind es 80 Millionen

kräfteausschuß des Repräsentantenhauses, dem Unterausschuß für Bereitschaft, vorsteht, zitiert, der wegen der Kostenentwicklung stinksauer sei: „Das Programm sei über dem Budget (...). Mehr noch, mit kalkulierten Unterhaltskosten von rund 1,2 Billionen US-Dollar über die gesamte Laufzeit sei die F-35 das teuerste Programm in der Geschichte des Verteidigungsministeriums. Es halte jedoch versprochene Fähigkeiten nicht ein. Und überhaupt erfülle es nicht einmal ansatzweise die Missionsanforderungen. Es scheint, als ob die Lösung der Industrie für viele dieser Probleme darin besteht, den Steuerzahler zu bitten, das Problem mit Geld zu bewerkeln.“

Für so viel Profit ist das Kapital sicher bereit, alles zu tun. Die nächsten Kriege warten schon.

Uli Jeschke

Die Epoche der Militärs

Brüssel und Berlin dringen auf beschleunigte Militarisierung der EU. Kramp-Karrenbauer sagt „Epochenwechsel“ und stärkere Rolle der Außen- und Militärpolitik voraus.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer verlangen einen „Sprung nach vorn“ bei der Militarisierung der EU. Man trete „in eine neue Ära verstärkter Konkurrenz“ auf globaler Ebene

ein, erklärte von der Leyen gestern in ihrer Rede zur Lage der Union; die EU müsse deshalb eigenständig militärisch operieren können – auch „ohne die Beteiligung der NATO oder der UNO“.

Kramp-Karrenbauer stufte die Forderungen der Kommissionspräsidentin als „wichtig“ ein. Erst kürzlich hatte sie für zukünftige EU-Militäreinsätze die Schaffung von „Koalitionen der Willigen“ empfohlen, die auch von Berliner Regierungsberatern befürwortet wird.

Zudem hat sie einen aktuellen „Epochenwechsel“ diagnostiziert, nach dem „Sicherheitspolitik viel stärker im Mittelpunkt stehen“ werde als bisher; mit Blick auf Militäreinsätze müsse sich „Deutschlands strategische Kultur verändern“. Im ersten Halbjahr 2022 soll ein EU-Verteidigungsgipfel neue Weichen stellen. Kramp-Karrenbauer schließt einen „robusten“ Einsatz in Mali nicht aus.

german-foreign-policy.com, 15.9.2021

Alarmstufe Rot

Weltwirtschaft vor klimabedingten Burnout

Es grenzt mittlerweile an ein absurdes Unterfangen, den Abgrund zwischen den objektiven Notwendigkeiten einer nachhaltigen Klimapolitik und der tristen Realität des real existierenden Spätkapitalismus überhaupt noch zu vermessen. Die jüngste Zahlenrelation, die letztendlich die Unvereinbarkeit von Klimaschutz und Kapitalismus ausdrückt, lautet 45 zu 1. Laut Berechnungen des Weltklimarates wäre bis 2030 eine globale Reduzierung der Emissionen von Treibhausgasen um 45 Prozent notwendig (gegenüber dem Wert von 2010), um die globale Erwärmung unter dem Grenzwert von 1,5 Grad Celsius zu halten. Um den globalen Temperaturanstieg auf zwei Grad Celsius zu begrenzen, müsste der CO₂-Ausstoß um 25 Prozent im besagten Zeitraum fallen – wobei all diese Vorgaben angesichts der Kippunkte im Weltklimasystem, nach deren Überschreitung der Klimawandel außer Kontrolle gerät, ohnehin einen großen Unsicherheitsfaktor aufweisen.

Innerhalb des kapitalistischen Regimes der Sachzwänge scheint indes nur eine Reduzierung der Emissionen um ein Prozent „realistisch“ zu sein, wie das Klimasekretariat der Vereinten Nationen Ende Februar 2021 anlässlich der Veröffentlichung der Zwischenbilanz der Klimaziele für das Jahr 2030 konstatieren mußte. Viele der Vertragsstaaten des Pariser Klimaschutzabkommens hätten ihre aktualisierten Klimapläne nicht eingereicht, nur 70 Staaten, die für 30 Prozent der globalen Emissionen verantwortlich sind, wären den Vertragsbestimmungen nachgekommen, klagte die UN-Organisation. Zudem waren viele der vorgelegten nationalen Planungen zur Emissionsreduzierung trotz manifester Klimakrise wenig ambitioniert: Sie enthielten kaum Maßnahmen zur Beschleunigung des Ausstiegs aus der fossilen Wirtschaftsweise. (...)

Alarmstufe Rot

Aufgrund dieser enttäuschenden Zwischenbilanz griffen UN-Funktionäre zu undiplomatischen Formulierungen, um der dramatischen Weltlage Ausdruck zu verleihen. Derzeit verhalte es sich bei der Klimapolitik so, als „würden wir blind in ein Minenfeld laufen“, warnte Patricia Espinosa, die Generalsekretärin des UN-Klimasekretariats, bei der Veröffentlichung des Berichts in Bonn. UN-Generalsekretär António Guterres rief gar den Klimanotstand aus: „Der heutige Zwischenbericht des UN-Klimasekretariats ist Alarmstufe Rot für unseren Planeten.“ Espinosa verweist zudem auf die Pandemie, die dazu geführt haben sollte, daß viele Staaten ihre Planungen noch nicht vorgelegt hätten. Der Verweis der UN-Funktionärin auf Corona wies in die richtige Richtung, auch wenn er zu kurz griff. Tatsächlich illustrieren die ökologischen wie ökonomischen Folgen der

Pandemie, in welcher fundamentalen Gegensatz sich Ökologie und Ökonomie im krisengeplagten Spätkapitalismus befinden. Der ungeheure globale Wirtschaftseinbruch im Gefolge der Pandemiebekämpfung hat zu einem furchtbaren Anstieg des Pauperismus geführt, der vor allem in der Peripherie des Weltsystems für Millionen Lohnabhängige und Kleinexistenzen lebensbedrohliche Ausmaße annimmt. Selbst liberale Leitmedien wie die New York Times kamen nicht umhin, eine Verdopplung der weltweit vom Hungertod bedrohten Menschen im Pandemiejahr 2020 zu konstatieren: auf 265 Millionen. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung nannte Ende 2020 die Zahl von 270 Millionen Menschen, die sich auf „dem Weg ins Verhungern“ befänden.

Zugleich wurde 2020 auch der höchste Rückgang der Emissionen von Treibhausgasen im 21. Jahrhundert verzeichnet, die vorläufigen Berechnungen zufolge um rund sieben Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgingen. Damit manifestierte sich eine sozioökologische Konstellation, wie sie auch nach Ausbruch der Weltfinanzkrise 2009 auftrat: Eine rasche Absenkung der CO₂-Emissionen scheint global nur um den Preis eines Wirtschaftseinbruchs möglich zu sein, da in diesem Jahrhundert der beständig steigende Ausstoß von Treibhausgasen nur durch die Weltwirtschaftskrisen von 2009 und 2020 kurz unterbrochen wurde. Wirtschaftskrisen scheinen auf globaler Ebene die einzigen binnenkapitalistischen Ereignisse zu sein, die Emissionsrückgänge zur Folge haben – um den Preis massenhafter Verelendung. Tatsächlich ist das Wirtschaftswachstum, das maßgeblich die Emissionen anstiegen läßt, nur Ausdruck des Akkumulationsprozesses des Kapitals: Geld wird in Rohstoffe, Energie, Maschinen und Arbeitskraft investiert, um Waren herzustellen, die nach ihrem Verkauf auf dem Markt einen Profit, einen Mehrwert abwerfen – wobei die menschliche Arbeitskraft die Quelle dieses Profits darstellt.

Dieses vergrößerte Kapital muß in immer neue Verwertungskreisläufe reinvestiert werden. Dem kapitalistischen Weltsystem wohnt folglich ein Expansionsdrang inne, der nicht überwunden werden kann, ohne das Kapital zu überwinden. Mehr noch: je größer die Produktivität der Weltwirtschaft, desto größer auch ihr Energie- und Ressourcenhunger, da Waren nur als Träger von Wert (also abstrakt menschlicher Arbeitskraft) im Verwertungsprozeß fungieren – und folglich bei steigender Produktivität mehr Waren absetzen werden müssen, um dieselbe Wertmasse zu verwerten. Dieser ökologische Widerspruch des Kapitals, bei dem die Lebensgrundlagen der Menschheit im Verwertungsprozeß des Kapitals verfeuert werden, um in einem uferlosen Prozeß aus Geld mehr Geld zu machen, hat auch die bekannten Tendenzen zum

eingebauten Verschleiß, zur geplanten Obsoleszenz (*Sollbruchstelle – d.R.*) zur Folge.

Kosten der Klimakrise

Dem Klimaschutz steht somit das kapitalistische Wirtschaftswachstum im Weg, das als volkswirtschaftlicher Ausdruck der Verwertungsbewegung des Kapitals tatsächlich nicht „reformierbar“ ist. Alle Innovationen und Effizienzsteigerungen werden durch diesen Verwertungs- und Wachstumszwang des Kapitals hintertrieben, für den die bürgerliche Volkswirtschaftslehre den Begriff des „Rebound-Effekts“ (erhöhter Verbrauch infolge von Effizienzsteigerungen) formte. Doch zugleich belasten die konkreten Folgen des Klimawandels bereits die Weltwirtschaft immer stärker – etwa in Form alljährlich zunehmender Extremwetterereignisse. Längst hat somit das große Rechnen begonnen, bei dem der wirtschaftliche Fallout der Klimakrise in einer für die Funktionsträger des Kapitals verständlichen Form ausgedrückt werden soll: in Geldwerten.

Ähnlich den langfristigen Prognosen der Wissenschaft, die über Jahrzehnte die Dynamik des Klimawandels sträflich unterschätzten, müssen auch die Einschätzungen bezüglich der wirtschaftlichen Schäden der Klimakrise immer wieder nach oben korrigiert werden. Die Webpräsenz „Klimareporter“ berichtete etwa im Sommer 2020 über eine neue Studie des Mercator Research Institute for Global Commons and Climate Change (MCC) in Berlin und des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), die ähnliche Schätzungen zum wirtschaftlichen Fallout der Klimakrise aus dem Jahr 2006 „drastisch nach oben“ korrigierte. Demnach soll die Klimakrise die globale Wirtschaftsleistung im Jahr 2100 um bis zu 14 Prozent mindern, wobei die Studienautoren klarmachten, daß ihre empirischen Berechnungen die Wechselwirkung mit den politischen und ökologischen Folgen der Klimakrise genausowenig berücksichtigten, die den Anstieg des Meeresspiegels oder die zunehmenden Extremwetterereignisse. Im Klartext: Selbst dieser Ansatz, der insbesondere im globalen Süden massive Wachstumsverluste von bis zu 20 Prozent prognostiziert, ist zu „konservativ“.

Im vergangenen Oktober faßte das Manager Magazin die Ergebnisse einer Untersuchung des University College London und der Nichtregierungsorganisation Carbon Disclosure Projekt (CDP) zusammen, laut der die klimabedingten Wirtschaftskosten in die „Billionen“ gehen werden. Schon im Jahr 2070 würden sich diese auf 5,4 Billionen US-Dollar summieren, wobei die Forscher von einem Szenario ausgingen, bei dem sich der Klimawandel ungemindert auf einen Anstieg der globalen Temperatur um 4,4 Grad Celsius bis 2100 beschleunigte. Selbst bei einem Szenario, bei dem eine Begrenzung des Temperaturanstiegs auf zwei Grad Celsius bis zum Jahrhundertende angenommen wurde, summierten

sich die direkten Klimakosten auf 1,8 Billionen Dollar im Jahr 2070. Die Umweltorganisation Greenpeace thematisierte im Sommer 2020 wiederum eine Untersuchung des Wegener Centers für Klima und Globalen Wandel, die Zahlen zur jährlichen Belastung der Weltwirtschaft durch die Folgen der Klimakrise nannte. Im Jahr 2050 sollen diese rund 20 Milliarden Euro betragen – und zwar jährlich. Die Studie zeigte aber auch, „wie rasant diese Dynamik an Fahrt aufnimmt“, so Greenpeace.

Für Deutschland prognostiziert das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) bis zum Jahr 2050 eine wirtschaftliche Belastung von knapp 800 Milliarden Euro durch die Klimakrise. All diesen ökonomischen Studien, die Trends und unterschiedliche Szenarien berücksichtigen, wohnt ein hoher Unsicherheitsfaktor inne – allein schon wegen der besagten Kippunkte im Klimasystem. Angesichts der komplexen Wechselwirkungen zwischen Klimadynamik, Ökosystemen und dem bedrohten Zivilisationsprozeß scheint allein schon der Versuch, hierfür einen Preis auszuweisen, von einer systemischen Hilflosigkeit zu zeugen, die charakteristisch für den perversen Reduktionismus des Kapitals ist, das die Welt nur in Gestalt von Warenwerten wahrnehmen kann.

Marode Fundamente

Das größte sozioökonomische Disruptionspotenzial stellt aktuell die zunehmende Belastung einer verfallenden kapitalistischen Infrastruktur dar, die in den vergangenen neoliberalen Dekaden systematisch kaputtgespart und bei Privatisierungen verscherbelt wurde. Nahezu alle westlichen Industriestaaten weisen eine desolante Infrastruktur auf, die größtenteils beim großen „fordistischen“ Nachkriegsboom aufgebaut wurde und kaum noch hinreichend modernisiert oder ersetzt wird. Die alten Deiche von New Orleans, die 2005 beim Hurrikan Katharina barsen, die verheerenden Feuerkatastrophen in

Griechenland (2018) und Portugal (2017) in den vergangenen Jahren, mit denen sich die kaputtgesparten Feuerwehren dieser Krisenländer konfrontiert sahen, oder der diesjährige Zusammenbruch der Energie- und Wasserversorgung im neoliberalen Musterland Texas anlässlich eines Wintereinbruchs – dies sind nur einige Beispiele für die drastischen Folgen einer allgemeinen neoliberalen Krisentendenz, bei der Privatisierungen oder Kosteneinsparungen im Infrastrukturbereich zur verstärkten Krisenanfälligkeit und Labilität der Gesamtgesellschaft führen. Selbst in einem Industriezentrum wie Deutschland, wo über die Hälfte der insgesamt 25 700 Eisenbahnbrücken vor dem Zweiten Weltkrieg erbaut wurde, sind mehr als tausend so marode, daß sie nicht saniert, sondern abgerissen und neu errichtet werden müssen.

Karl Marx würde die Infrastrukturaufwendungen auf volkswirtschaftlicher Ebene als „faux frais“, als tote Kosten, bezeichnen, die für den Verwertungsprozeß des Kapitals notwendig sind, ohne Teil dessen zu sein – und folglich von diesem, zumeist in Form von Steuern, abgeschöpft werden müssen. Strategische Infrastruktur wird also nur dann massiv aufgebaut, wenn die Wirtschaft sich in einer langen Boomphase befindet, wenn das Kapital neue Märkte erschließt, also sich ein neues Akkumulationsregime etabliert hat, wie zuletzt bei der Durchsetzung des Automobils im „Wirtschaftswunder“. Der Neoliberalismus mit seiner Tendenz zur kapitalistischen „Kannibalisierung“ der Infrastruktur ist gerade Ausdruck eines fehlenden neuen Akkumulationsregimes, bei dem massenhaft Lohnarbeit verwertet würde. Das Kapital verscherbelt sozusagen sein infrastrukturelles „Tafelsilber“, um noch kurzfristige Profimöglichkeiten zu gewinnen – um den Pries langfristiger Destabilisierung. Dies aus dem hohen globalen Produktivitätsniveau resultierende Mißverhältnis zwischen fehlenden Verwertungsmöglichkeiten und astronomischen

Infrastrukturkosten vereitelt auch den Durchbruch der Ökoindustrien zu einem neuen Akkumulationsregime: Den Kosten einer „Energiewende“ steht eine unzureichende Schaffung von Arbeitsplätzen gegenüber. Das Kapital bildet somit vermittels seines Verwertungszwangs („Wirtschaftswachstum“) die zentrale Ursache der Klimakrise. Zugleich wirken die zunehmenden inneren Widersprüche dieser Wirtschaftsweise in Gestalt der maroden Infrastruktur als zusätzlicher Krisenverstärker, der die Widerstandsfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaften gegenüber externen Schocks unterminiert. Überschuldete Staaten, zerfallende Deiche, einstürzende Brücken, berstende Wasserleitungen samt kollabierenden Stromnetzen und eine Überakkumulationskrise, die zu einer absurden Konzentration von Reichtum bei gleichzeitiger Massenverelendung selbst in den Zentren des Weltsystems, etwa den USA, führte – dies ist der desolate Zustand des real existierenden Spätkapitalismus angesichts der nun voll einsetzenden Klimakrise.

Dabei wären gerade gigantische, historisch beispiellose Aufwendungen in die gesellschaftliche Infrastruktur auf globaler Ebene notwendig, um den zerstörerischen Folgen der kapitalistischen Klimakrise überhaupt noch adäquat begegnen zu können. Nicht nur der Verkehrs- und Energiesektor, auch die Landwirtschaft, der Hochwasserschutz und die Industrieproduktion müßten fundamental umgestaltet werden, um den Folgen des Klimawandels ohne zivilisatorischen Zusammenbruch begegnen zu können. Doch dies wäre angesichts der geschilderten ökologischen und ökonomischen Grenzen des Kapitals nur im Rahmen einer Systemtransformation in eine postkapitalistische Gesellschaft möglich, die offensichtlich zu einer Überlebensfrage der Menschheit avanciert.

Tomasz Konicz

Quelle: lunapark21, 14.5.2021

LETZTE RETTUNG FRAGEZEICHEN

Wo man hinschaut, geht es abwärts?

Nur den Reichen geht es gut?

Inflatorisch geht es vorwärts?

Nur das Soziale ruht?

Tagessatz für Hartz-Empfänger:

Monatlich drei Euro mehr.

Zum Verhungern brauchts dann länger.

Wertewesten hat es schwer.

Wohlfahrtsstaat ein Trümmerhaufen?

Was einst war, ist längst vorbei?

Nur die Börsenzahlen laufen.

Aktienkauf, der letzte Schrei.

Schwimmen mit dem Kapital:

Ist der Volksempfehlung Krönung.

Diesen Rat gab's schon einmal.

Frage: Wer bezahlt die Dröhnung?

Lutz Jahoda



Die „Gretchenfrage“ und die Klimakrise

Angeregt durch den interessanten Leserbrief von Peter Pöschmann in der „RotFuchs“-Ausgabe 285 – er bezeichnet das Besitzdenken als universelle Eigenschaft des Menschen und die Eigentumsfrage als die „Gretchenfrage“ der Philosophie und Ökonomie – möchte ich einige kurze grundsätzliche Gedanken unterstreichen.

Mit dem Besitzdenken lassen sich zwar Erscheinungsformen gesellschaftlichen Verhaltens beschreiben („Haste was, dann biste was“), bei der hier angesprochenen „Gretchenfrage“ geht es aber beim Besitz nicht um das persönliche Eigentum von Hab und Gut, auch nicht um kleine und große Vermögen, sondern um das Eigentum an den Produktionsmitteln und die Eigentumsverhältnisse. Karl Marx beschreibt damit „Verhältnisse der Individuen zueinander in Beziehung auf das Material, Instrument und Produkt der Arbeit“ (Die deutsche Ideologie, MEW, Bd. 3, S. 22).

Dieses Eigentum kann kein Wert und Ziel an sich sein, sondern ist immer nur die gesellschaftliche Form, in der sich die Aneignung der Natur vollzieht, und das unabhängig von Moralvorstellungen oder schönen Visionen. Entscheidend ist und bleibt für die praktische Politik, welche Eigentumsverhältnisse unter bestimmten historischen Bedingungen das höchste Maß an Produktivkraftentwicklung und Fortschritt ermöglichen. Bestimmte Eigentumsverhältnisse lassen unterschiedliche Gestaltungen des Wirtschaftssystems zu. Die Frage des Eigentums, nach den Eigentümern, den Objekten des Eigentums, der Realisierung von Eigentum, Besitz und Aneignung ist zweifellos von grundlegender Bedeutung. Wem die Produktionsmittel gehören, der entscheidet über die Produktion und damit über die Entwicklung einer Gesellschaft.

Das privatkapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln als Ausprägungsform der Eigentumsordnung bildet heute überwiegend den Kern der globalen Wirtschaftsordnung. Es hat zu Beginn der 90er Jahre eine nahezu weltweite Restauration des Kapitalismus stattgefunden und die anti-kapitalistischen Bewegungen müssen neue Antworten auf diese Situation finden. Dabei ist nach wie vor davon auszugehen, daß der Kapitalismus in einer Krise steckt, verbunden mit weiter wachsender Ungleichheit zwischen den Klassen und Schichten (soziale Krisen) und mehr denn je zwischen den entwickelten und unterentwickelten Ländern des Weltwirtschaftssystems untereinander (Flüchtlingskrisen). Es geht bei dieser Feststellung auch nicht um die heute scheinbar alles dominierende Klimakrise, die sehr wohl künftig auch die sozialen Prozesse verschärfen wird, denn wer wird die notwendigen Maßnahmen bezahlen? Unbestritten ist, wenn jetzt und heute nicht gegengesteuert wird, wird die Erde eines Tages unbewohnbar sein. Auch hier ist ohne eine radikale Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft – und nur noch das „Wie“ ist die Frage – nichts mehr zum Positiven hin zu verwirklichen.

Der Kapitalismus, so wird von den Befürwortern vorausgesetzt, braucht Wachstum. Dies ist in seiner Trivialität gedacht auch nachvollziehbar, denn seine Wirtschaft basiert auf dem Profitstreben. Daß dem aber auch Grenzen gesetzt sind, hat der Bericht des Club of Rome schon 1972 in seiner Studie zur Lage der Menschheit und zur Zukunft der Weltwirtschaft festgestellt. Seitdem sind 50 Jahre vergangen und das systemimmanente Streben nach Profit auf der Grundlage von Wachstum sowie Art und Weise der Aneignung und Verteilung unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen haben weder eine schonungslose Ausbeutung der Weltressourcen noch eine Klimakrise verhindert. Nun gibt es seit 2019 (novelliert 2021) ein bundesdeutsches Klimaschutzgesetz, welches den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2 Grad Celsius und möglichst auf 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau begrenzen soll, um die Auswirkungen des weltweiten Klimawandels so gering wie möglich zu halten. Im November verhandelten auf der COP26-UN-Klimakonferenz in Glasgow 197 Nationen über neue, ambitionierte Ziele und Maßnahmen für den Klimaschutz. Das Ganze endete mit von vielen Seiten kritisierten Ergebnissen, und den Klimaaktivisten waren sie längst nicht radikal genug. Nun soll mit einer globalen Gesamtstrategie, die national umgesetzt werden muß, die Klimakrise weiter bekämpft werden. Deutschland will bis 2045 CO₂-Klimaneutralität erreichen; zu welchem Preis und wer wird das bezahlen?

Vor den Wahlen zum 20. Deutschen Bundestag hätte man von den Parteien gern konkreter erfahren, wie die Kosten der Klimakrise bewältigt werden sollen, d.h. was das alles den Bürger kostet und wie weiter ein bezahlbarer Zugang zu den lebensnotwendigen

Gütern – Wohnen, Energie, Wasser etc. – sichergestellt werden soll. Die Maßnahmen für den Klimaschutz werden zig Milliarden kosten. Höhere Steuern und Abgaben in der einen oder anderen Form werden mit Sicherheit das Mittel der Wahl sein. Über einen Zertifikatehandel zur CO₂-Bepreisung sollen Milliarden eingenommen und auch höhere Energiesteuern dem Bürger zurückgegeben werden. In einer Klein-klein-Diskussion wollten die einen die Pendlerpauschale abschaffen, andere sie erhöhen. Es soll mehr mit der klimafreundlichen Bahn gefahren werden, was aber wohl bei den gegenwärtigen Ticketpreisen kaum ein Vergnügen sein kann.

Die Ökologie warnt vor der Erderwärmung, die Soziologie vor sozialer Ungleichheit: beides bedroht das Überleben der kommenden Generationen. Daß das kapitalistische Privateigentumsrecht in seiner heutigen Form diese globalen Zukunftsprobleme nicht zu lösen vermag, wird sich in den nächsten Jahren immer mehr beweisen. Ganz sicher sind kurzfristige Maßnahmen unumgänglich, mittel- und längerfristig aber ist ein Umbau der gegenwärtigen Eigentumsstrukturen notwendig, um die vorhandenen tiefgreifenden sozialen Polarisierungen und Brüche in der Gesellschaft zu beseitigen.

Es gibt viele Wege nach Rom, aber die „Gretchenfrage“ steht nach wie vor auf der Tagesordnung. Allein die Forderung nach Enteignung in der Frage des bezahlbaren Wohnraums zeigt, daß es richtig ist, den Kampf aufzunehmen. Unbestreitbar bleiben die Eigentumsverhältnisse von grundlegender Bedeutung für die Gesellschaft, deren Zustand und ihre Zukunft.

Dr. Jens Möller
Rangsdorf



Karikatur: Klaus Stuttmann

Aufs neue Jahr – mit grünem Flüssiggas?

„Das Gezerre um die Pipeline“ geht weiter, so Reinhard Lauterbach (jW, 21. Oktober). Wann hat es aber überhaupt angefangen? Als das Nordstream-2-Projekt vor Jahren an den Start ging, gab es allseits so gut wie keinen Protest. Dieser begann erst, als der antirussische Propagandazug Fahrt aufnahm. Plötzlich wurden Argumente ins Feld geführt wie fehlender Umweltschutz, die Zukunft erneuerbarer Energien werde unterminiert, und die Nutzung fossiler Energieträger werde verewigt. Der Ton aller Pipeline-Gegner wurde in dem Maße aggressiver, als das Fehlen von Sachargumenten mit einer immer schriller werdenden Rußlandhetze kompensiert wurde. Die Sezession der Krim, die (nie bewiesenen, aber um so hartnäckiger behaupteten) Vergiftungen der Skripals und Nawalys, der Vorwurf, Rußland würde sich in das innere Gefüge westlicher Demokratien einmischen und die komplette westliche „Wertegemeinschaft“ destabilisieren (Was die alles können, die Russen!) – all das wurde zu einem Gebräu verquirlt und diente als Nahrung zur Begründung aller Sanktionen, vor allem aber dafür, Kräfte zu sammeln, um die Pipeline zu verhindern.

An der Front der Widerständler standen und stehen die üblichen Verdächtigen: N. Röttgen, F. Merz, die designierten Kabinettsstuhlinhaber A. Baerbock, R. Habeck und der nimmermüde C. Özdemir. In völliger Verkennung der beiderseitigen Interessenlage betätigen sie sich als Verschwörungspraktiker bzw. -ideologen. Ihre Behauptungen, Europa mache sich abhängig von Rußland (das angeblich die Gaszufuhr drosselt) und werde erpreßbar, offenbart ein fast schon bemitleidenswert unterirdisches Niveau der „Beweisführung“, die unter dem Motto steht: „Unsere Meinung steht fest, irritieren Sie uns nicht mit Tatsachen!“ Deshalb verweigern sie sich auch der gut dokumentierten Tatsache, daß weder die Sowjetunion noch Rußland jemals Gaslieferungen als Waffe eingesetzt haben. Dies auch deshalb, weil immer verstanden und respektiert wurde, daß beide Seiten aufeinander angewiesen waren. Das war übrigens eine Konstante der friedlichen Koexistenz, die noch bis ins Jahr 1990 funktionierte. Dann begannen die für den Westen „goldenen“ Jahre, als Boris Jelzin sein Land der Plünderung preisgab. Er wurde nach Michail Gorbatschow sehr schnell als russische Demokratie-Ikone zur Schau gestellt. Als aber Wladimir Putin die Spielfläche betrat, wurde der Hebel umgehend umgelegt. Seither gibt es für den Westen ein Rußland, das nur in Verbindung mit Worten wie „aggressiv“ oder „Bedrohung“ genannt werden darf. Worum es wirklich geht, hat der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Wang Wenbin, treffend zum

Ausdruck gebracht. Er warnte davor, den Gebrauch der Demokratie als Vorwand zu benutzen, um die eigene Inkompetenz und das eigene Versagen in der Staatsführung zu vertuschen. Anderen Ländern dürfe man nicht das Recht und die Freiheit nehmen, ihren eigenen demokratischen Weg zu gehen. Die Vielfalt der Geschichte, der Kultur, der Gesellschaftssysteme und des Entwicklungsstandes der Länder müsse berücksichtigt werden. So ist es. Solche Gedanken sind



Warnemünde, 29. September 2020: Verlegeschiff „Fortuna“

der sich angeblich in Aufbruchstimmung befindenden Partei der Grünen fremd. Warum halten sie es „in Treue fest“ zur NATO für nötig, Bedrohungsängste zu schüren und deshalb mehr Härte gegen Rußland zu fordern, wo doch der Vorgänger des jetzigen Präsidenten der USA, Donald Trump, sie im Sommer 2018 mit folgenden Worten von allen Sorgen befreit hat: „Amerika hat die beste Ausrüstung der ganzen Welt. Wir haben das beste Gefühl, die besten Soldaten. Auf jedem Schlachtfeld und zu jeder Zeit. Wir sind die Mächtigsten. Wir haben das meiste Geld. Wir sind die Größten. Wir sind die Stärksten, wir sind die Klügsten.“ Sollte es sich bei diesen Worten etwa nur um das sprichwörtliche Pfeifen im Wald handeln? Das würde den auf dem NATO-Gipfel im Oktober beschlossenen „übergreifenden Abschreckungsplan gegen Rußland“ erklären. Wir halten noch einmal fest: Nordstream 2 ist das Folgeprojekt der existierenden Gasleitung Nordstream 1, die vor neun Jahren im November 2011 in Betrieb genommen wurde. Wer weiß schon, daß bereits in den 90er Jahren unabhängige Experten auf den Fachgebieten Meeresforschung und Hydrographie Gutachten erstellt haben. Es sollten Voraussetzungen für die Verlegung von Gaspipelines am Meeresboden der Ostsee geklärt werden. Die Untersuchungen sollten gewährleisten, daß die Pipelinestränge über den gesamten Betriebszeitraum stabil auf dem Meeresboden aufliegen. Bereits 1997 wurde mit der Ausarbeitung von Machbarkeitsstudien begonnen. Das war übrigens ein Jahr, nachdem Boris Jelzin

seine Wiederwahl zum Präsidenten nur dadurch sichern konnte, daß der Westen in einem finanziellen Kraftakt seine drohende Abwahl abwendete (wobei es sich selbstverständlich um keinerlei Wahleinmischung handelte ...). Es wurden 2500 Quadratkilometer der Ostsee intensiv untersucht, um einen Trassenverlauf abstecken zu können. Anschließend wurden zwischen 2005 und 2008 einzelne Abschnitte des möglichen Routenverlaufs untersucht. Daß Nordstream 2 also von Anfang an „gegen die Ukraine und gegen die gemeinsame europäische Energiepolitik ausgerichtet, energiepolitisch nicht erforderlich und klimapolitisch fatal“ sei und „nicht der Versorgungssicherheit Europas“ diene, ist schon mit Blick auf den zeitlichen Ablauf blanker Unfug. Peinlich ist vor allem, daß die Grünen- Kоворsitzende Annalena Baerbock fast täglich ihre Gebetsmühle anwirft, Europa liefe Gefahr, erpreßt zu werden. Erpressung? Die Frontfrau der Grünen sollte eigentlich wissen, daß das Jonglieren mit dem Völkerrecht schon immer eine Kernkompetenz der imperialistischen Staaten war, um unbotmäßige Staaten bei der Stange zu halten. Auch Vorgeschichte und

Verlauf des Putschs auf dem Maidan 2014 liefern dazu einige Erkenntnisse. Allerdings lief dort nicht alles nach Plan. Aber statt zur Besinnung zu kommen und den diplomatischen Weg hin zu einer Politik friedlicher Koexistenz einzuschlagen, wurden aggressive und feindselige Erklärungen und Kommentare in Richtung Moskau ständig verschärft. In Deutschland versuchen sich in dieser Hinsicht die den Einsatz von Atomwaffen nicht ausschließende „Verteidigungs“ministerin AKK und die Außenministerin in spe Annalena Baerbock zu profilieren. Frau Baerbock wurde für ihre stramme Haltung gegen Nordstream 2 bereits nachdrücklich gewürdigt. Alan Posener, ein „Welt“-Mann Springers, lobte sie in Anbetracht der gegenwärtigen Energiekrise für ihren Mut und ihr widerständiges Durchhaltevermögen. Gehen da nicht die Gedanken spontan in die Zeit zurück, als die Nazis mit dem Winterhilfswerk angeblich die Not der Ärmere lindern und ein Gemeinschaftsgefühl in der „Volksgemeinschaft“ erzeugen wollten?

Vielleicht wird Annalena Baerbock, sollte sie mit ihrer Blockadehaltung bis zum Jahresende Erfolg haben, dann als Außenministerin mit Robert Habeck ein Glas Flüssiggas, gesponsert by USA, trinken und aufs neue Jahr anstoßen. Als Alternative zum Champagner. Wie sagte sie doch im Wahlkampf-Mantra-Modus: „Wir sind für Veränderung, andere stehen für den Status quo.“ Die anderen können dann auch gerne frieren. Prost Neujahr – С новым годом!

Hans Schoenefeldt

100. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Spaniens

Am 4. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, dem 7. November 1921, begann der Vereinigungsparteitag der Spanischen Kommunistischen Partei (span. Partido Comunista Español) und der Spanischen Kommunistischen Arbeiterpartei (span. Partido Comunista Obrero Español) mit dem Ziel der Bildung der einheitlichen Kommunistischen Partei Spaniens (span. Partido Comunista de España, abgek. PCE). Beide Vorgänger speisten sich aus den in Opposition zur Führung der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (span. Partido Socialista Obrero Español, abgek. PSOE) stehenden Gruppen in der Partei sowie ihrem Jugendverband.

unter Billigung des Königshauses 1923. Die Partei war somit keine zwei Jahre nach ihrer Gründung das erste Mal in die Illegalität gedrängt (bis 1930). Bereits vor Beginn dieser offen terroristischen Diktatur der herrschenden Klasse hatten sich innerhalb der Partei bezüglich der Haltung zur Internationale und zur Sowjetunion zwei Lager gebildet, deren Auseinandersetzungen um Strategie und Taktik der Partei sowie auch die Anbindung an die internationale kommunistische Bewegung die gesamten 20er Jahre hindurch andauerten und die von außen bedrängte Formation zusätzlich belasteten. Mit dem Ende der Diktatur und der Bildung eines

nach der Niederlage der Republik schließlich auch bitter bezahlen, denn für fast 40 Jahre (1939 bis 1977) war sie in die Illegalität gedrängt worden. In dieser versuchte sie zunächst, den bewaffneten Widerstand gegen das von Königshaus und ausländischen Mächten installierte Franco-System zu organisieren, bevor in den 60er Jahren dazu übergegangen wurde, auf einen Ausgleich zwischen dem Franco-Staat und seinen Widersachern hinzuwirken, um so einen erneuten Bürgerkrieg nach dem Ende der Herrschaft Francos zu vermeiden.

So viel Pragmatismus in dieser Wendung stecken mochte, so viel verriet sie auch über die Wendung der Führung der PCE im Laufe der 60er und 70er Jahre. Denn es war eben die spanische KP, die als erstes die Ideen des Eurokommunismus auf ihre Fahnen schrieb. Unter dem wohl zu spät aus der Partei ausgeschlossenen Generalsekretär Santiago Carrillo wurden nun erste Schritte hin zur Sozialdemokratisierung einer Kommunistischen Partei getan, die in Spanien als auch Westeuropa verheerende Folgen mit sich bringen sollten. Die trotz jahrzehntelanger Unterdrückung vorhandene Verankerung in der spanischen Arbeiterschaft, die sich mit Wahlergebnissen von um die 10 % Ende der 70er Jahre ausdrückte, wurde alsbald durch die uneingeschränkte Anerkennung der Monarchie und des bürgerlichen Parlamentarismus, garniert mit Theorien über die vermeintliche Möglichkeit der Aussöhnung von Kapital und Arbeit, zerstört.

Seit Mitte der 80er Jahre ist die PCE Teil des Linksbündnisses Izquierda Unida (abgek. IU) und als solches auch schon Teil bürgerlicher Regierungen gewesen. Das weitere Absacken an Zustimmung wurde nicht durch einen Austritt aus dem Linksbündnis und verstärkte Basisarbeit kompensiert, sondern durch ein Zusammengehen von IU und der weitestgehend orientierungslosen linken Protestbewegung Podemos.

Die heutige kommunistische Bewegung Spaniens ist als Ergebnis dieser Politik neben der PCE in kleinere Gruppen wie eine Kommunistische Partei der Völker Spaniens (span. Partido Comunista de los Pueblos de España, gegründet 1984, Mitglied der Initiative kommunistischer und Arbeiterparteien Europas und dem Internationalen Treffen Kommunistischer und Arbeiterparteien) und zwei Kommunistische Arbeiterparteien Spaniens (Partido Comunista de los Trabajadores de España, gegründet 2019, und Partido Comunista Obrero Español, gegründet 1973) gesplittet. Die Resonanz für diese Gruppen ist trotz einer klareren ideologischen Ausrichtung noch deutlich geringer als für die ebenfalls weitestgehend marginalisierte und in Beliebigkeit begriffene PCE. 100 Jahre nach ihrer Gründung steht die PCE also vor einem Berg von Aufgaben – wie seit den ersten Tagen ihrer Gründung.

Silvio Rossi
Berlin



Titelseite des Zentralorgans der KP Spaniens am 4. September 1977 mit Fotos von Dolores Ibarruri und Santiago Carrillo

Die Spanische Kommunistische Partei entstand so am 15. April 1920 aus dem Jugendverband heraus, nachdem dieser sich vor allem an der Haltung der Parteiführung bezüglich der Frage von Krieg und Frieden im Ersten Weltkrieg gerieben hatte. Die am 13. April 1921 gegründete Kommunistische Arbeiterpartei entwickelte sich mit ähnlicher Ausrichtung innerhalb der Sozialistischen Arbeiterpartei und verließ diese, als ein Beitritt der PSOE zur III. Internationale durch die Parteiführung unterbunden wurde.

Unter diesen Bedingungen gegründet, hatte die junge Partei auf ihrem Weg zu einer Massenpartei einerseits jene Probleme, die in Westeuropa allen jungen KPen entgegen schlugen; die Gewinnung der Arbeiterschaft und der Basis der opportunistisch oder reformistisch orientierten Arbeiterparteien bei gleichzeitiger Entwicklung der eigenen Kader sowie der Ausarbeitung einer an die jeweiligen Gegebenheiten des Landes angepassten Strategie und Taktik. Dies wurde erschwert durch den starken anarchistischen und syndikalistischen Einfluß innerhalb der Arbeiterbewegung sowie die Errichtung der Diktatur Miguel Primo de Riveras zur Überwindung der revolutionären Nachkriegskrise

marxistisch-leninistischen Zentralkomitees Ende der 20er Jahre konnte dieser Konflikt beigelegt werden.

Derartig geschwächt von innen und außen konnte die Partei bei Ausrufung der Zweiten Republik 1931 nicht sofort zu einer tragenden Stütze selbiger werden. Erst mit der Bildung einer bürgerlichen Rechtsregierung 1933 und einem gegen die Politik dieser Regierung gerichteten Aufstand in nordspanischen Asturien konnte die Partei innerhalb der Reihen der spanischen Arbeiterbewegung in breiter Form Fuß fassen. Mit der Einbeziehung in die Volksfront bei den Wahlen 1936 gelangte die PCE erstmals zu Einfluß im Parlament. Nach dem Sieg der Koalition aus PCE, PSOE, verschiedenen Gewerkschaften und Jugendorganisationen im Februar wurde die Partei im Juni 1936 Teil der Regierung.

Mit Beginn des Bürgerkrieges im Juli 1936 wuchsen Ansehen und Einfluß der PCE weiter an, sodaß sie 1936 bereits über eine Mitgliedschaft im mittleren dreistelligen Bereich verfügte. Auf Seiten der Republik stehend wurde die PCE so von einem Teil des Widerstandes gegen die spanischen Faschisten unter General Franco schließlich zu einem der Hauptträger dieses Widerstandes. Dies mußte die Partei

Ein Sieg des Sandinismus

Am 7. November 2021 entschieden 75,9 Prozent der Nicaraguanerinnen und Nicaraguaner, die an den Wahlen teilnahmen, daß das sandinistische Projekt des Friedens, der nationalen Souveränität, der prosperierenden Wirtschaft, der sozialen Programme, der Solidarität und Zusammenarbeit mit anderen Völkern fortgesetzt wird. Sie lehnten die Wiederholung der neoliberalen Jahre und der Bevormundung durch Washington ab. Daniel Ortega bleibt Präsident und die FSLN Regierungspartei. Die Ergebnisse sind besser als die vor fünf Jahren. Dazwischen liegen ein Putsch, zwei Hurrikans sowie die Herausforderungen des Klimawandels und der Corona-Pandemie. Die Liberale Verfassungspartei (PLC) erhielt 14,2 Prozent, die Partei „Nicaraguanischer Christlicher Weg“ (CCN) 3,3 Prozent, die Nicaraguanische Liberale Allianz (ALN) 3,1 Prozent, die Partei „Allianz für die Republik“ (Apré) 1,8 Prozent und die Unabhängige Liberale Partei (PLI) 1,7 Prozent der Stimmen. Für die nächsten fünf Jahre werden 75 der 90 Abgeordneten der Nationalversammlung aus dem FSLN-Bündnis kommen und 15 der 20 nicaraguanischen Abgeordneten für das PARLACEN das FSLN-Bündnis vertreten.

An den Wahlen nahmen 65,2 Prozent der Wahlberechtigten teil. 232 Beobachter aus 27 Ländern und 600 in- und ausländische Journalisten begleiteten die Wahlen. Die Delegation der internationalen Beobachter bestätigte, daß die Abstimmung absolut normal verlief, ohne Zwischenfälle, korrekt, transparent und sauber.

Zahlreiche Repräsentanten anderer Länder, darunter die Präsidenten Kubas Miguel Díaz-Canel und Venezuelas Nicolás Maduro sowie der Ex-Präsident Boliviens Evo Morales, beglückwünschten die FSLN zum Erfolg. Glückwünsche kamen aus Belgien, Dänemark, Großbritannien, Italien, der Schweiz, Spanien, Katalonien und dem Baskenland, sie kamen von der Arbeiterpartei Brasiliens, dem Forum von São Paulo, ALBA-TPC, der Befreiungsfront Palästinas und der Nationalen Kommission der Sozialen Organisationen Uruguays.

Das Volk widerstand den Drohungen und Angriffen der antisandinistischen radikalen Rechten, der USA, der EU, der OAS und deren Verbündeten. Es hatte 16 neoliberale Jahre und danach 14 sandinistische Jahre erlebt. Es konnte vergleichen, wer seine Interessen vertrat und wer nicht.

In nur 14 Jahren, seit der Rückkehr der sandinistischen Regierung 2007, hat sich die Armut von 48 auf 23,4 Prozent, die extreme Armut von 17 auf sieben Prozent verringert. Die FSLN förderte die Männer und Frauen in Stadt und Land, unterstützte die kleinen und mittleren Produzenten, investierte in Straßen und Wege, Krankenhäuser und Kliniken, Schulen und Technikums, Wohnungen und Telekommunikation, Trinkwasser- und Stromversorgung.

Sie startete soziale Programme wie „Null Hunger“ und „Null Wucher“.

Das Bildungssystem eines Landes ist ein unwiderlegbarer Ausweis für humane Politik. Seit 2007 ging die Anzahl der Jugendlichen ohne Schulbildung von 24 auf vier Prozent zurück. Der Ausbildungsabschluß erhöhte sich von 79 auf 91 Prozent und der Anteil der Bevölkerung mit Universitätsabschluß von neun auf 19 Prozent. Es wurden neue Schulen und Technikums in Stadt und Land geschaffen.



Freude über den Sieg

Die Regierung ließ 21 neue Krankenhäuser bauen und weitere 46 modernisieren. Es entstanden 1 259 neue oder modernisierte Arztpraxen, 192 Kliniken und 178 Entbindungsheime. Außerdem gibt es 66 mobile Kliniken. Ein Programm der Schulspeisung versorgt täglich für 1,2 Millionen Kinder der ersten Bildungsstufe mit einer warmen Mahlzeit aus Bohnen und Reis. Das half, die chronische Unterernährung der bis zu Fünfjährigen um 46 Prozent und der Sechs- bis Zwölfjährigen um 66 Prozent zu senken. Die Rate der Kindersterblichkeit ging um 61 Prozent und die der Müttersterblichkeit um 70 Prozent zurück.

Seit 2007 wurden 158 000 Wohnungen gebaut oder erneuert und 427 434 Eigentumstitel vergeben. 314 Indigenen-Gemeinschaften erhielten eine Fläche, die 31 Prozent des nationalen Territoriums Nicaraguas entspricht, als eingetragenes Eigentum.

2007 betrieb Nicaragua 80 Prozent der Stromerzeugung mit Erdöl. Heute erzeugt das Land 80 Prozent seines Stroms aus erneuerbaren Energiequellen. Die Stromversorgung des Landes erhöhte sich von 54 auf 99 Prozent. Die Trinkwasserversorgung in den städtischen Gebieten verbesserte sich von 65 auf 92 Prozent, in den ländlichen Gebieten von 28 auf 55 Prozent.

Seit 2009 reichte die Regierung Nicaraguas 548 Millionen US-Dollar an Krediten für 25 700 kleine Landwirtschaften aus. Es entstanden 6 000 Genossenschaften mit 318 000 Mitgliedern. Nicaragua produziert heute 90 Prozent seiner Lebensmittel selbst. Die kleinen Kreativwirtschaften machen 70 Prozent der Beschäftigung aus. Es entstanden 23 345 Kleinunternehmen. Deren Beschäftigte haben heute ein eigenes

Einkommen und eine sichere Rente. 800 000 Frauen erhielten Darlehen im Umfang von 18 Millionen US-Dollar zu einem Jahreszins von fünf Prozent.

Die Sandinisten verbesserten die Geschlechtergleichheit. Gemäß Welt-Jahresbericht von 2020 hat Nicaragua den Platz 62 unter 153 Ländern im Jahre 2007 verlassen und nimmt heute Platz fünf ein. Nicaragua ist Nummer 1 in der Welt auf den Gebieten der Gesundheit, der Überlebens und der Bildung der Frauen sowie der Frauen in Ministerfunktionen. Es ist Nummer drei bei der allgemeinen politischen Machtausübung der Frau.

Zur Verringerung der sozialen Ungleichheit starteten die Sandinisten eine nationale Vision des Klima- und Umweltschutzes und bekämpften erfolgreich die Corona-Pandemie.

Die Erfolge des Sandinismus spielten in den Berichterstattungen der Massenmedien des Abendlandes keine Rolle. Die USA, die EU und die OAS zogen es vor, die fünf Parteien der parlamentarischen Opposition zu opfern und dafür parteilose „aussichtsreiche Vorkandidaten“ ins Rennen zu schicken, die von ihnen finanziert und gefördert wurden. Sie drohten damit,

die Wahlen zu boykottieren, falls die Kandidaturen nicht angenommen würden. Als sie sich im Mai 2021 immer noch nicht entschieden hatten, wer für wen in den Wahlkampf zieht und die Anmeldefrist zu verstreichen drohte, schlugen die USA-Wahlhelfer den parteilosen Arturo Cruz als neuen Aspiranten für den Präsidentensessel Nicaraguas vor. Ein Mann, der die meiste Zeit seines Lebens in Washington verbrachte, meinte das Recht zu haben, um die Macht mit Daniel Ortega zu streiten.

Doch dann holte das reformierte Wahlgesetz die „aussichtsreichen Vorkandidaten“ ein. Ihre Finanzgeschäfte wurden wegen des Verdachts der Geldwäsche untersucht. Die Verdachtsmomente bestätigten sich, sie waren mit dem Gesetz in Konflikt gekommen. Sie sitzen in Untersuchungshaft oder im Hausarrest. Einige zogen es vor, ins Ausland zu fliehen.

Nach dem Wahlsieg hetzten die Jünger der Demokratie weiter. Die USA, die EU, die OAS und ihre Freunde erkannten das Wahlergebnis nicht an. Die westlichen Medien berichteten von einer „Großen Weltmarsch Wahlfarce“, an der Nicaraguaner aus der ganzen Welt teilnehmen. Bilder aus New York, Los Angeles und San Francisco zeigten einige Dutzend demonstrierende Exil-Nicaraguaner mit dem Plakat „Nie wieder Kommunismus!“ Der Sender der nicaraguanischen Rechten confidential meldete: „Die Nicaraguaner verschlossen die Tür vor der Diktatur.“ Und der Weihbischof des Putsches von 2018 Silvio Baéz jammerte: „Heute ist kein Tag des Sieges für niemanden in Nicaragua.“ Tatsächlich: Es war kein Tag des Sieges der Rechten in Nicaragua. Der Kampf wird weitergehen.

Wolfgang Herrmann
Dreesch

„ROT FUCHS“ DOKUMENTIERT

Auszüge aus der Rede von Egon Krenz

anlässlich des 75. Jahrestages der Gründung der DDR-Grenztruppen am 6. November in Berlin

(...) Deutschland ist auch nach 30 Jahren zu tiefst gespalten, nicht nur in Ost und West, vor allem sozial; die Gesellschaft ist von neuen Mauern durchzogen, Zukunftsängste nehmen zu. DDR-Werte wie Gemeinwohl, Gemeinsinn, Gerechtigkeit, Geborgenheit, soziale Sicherheit und Solidarität, die wir aus unserem ersten Leben sehr gut kennen, sind dieser Gesellschaft fremd. Standen sich bis 1990 die beiden feindlichen Weltssysteme Sozialismus und Kapitalismus gegenüber, so verläuft inzwischen die Trennlinie wieder mitten durch Deutschland und teilt die Menschen nach ihrem Eigentum ein, nämlich Lohnarbeit und Kapital, wie wohl Marx und Engels das nennen würden.

Was alles haben wir seit der Rückkehr des Kapitalismus in unser Land erleben müssen! Es ist gut, dies nicht zu vergessen und sich zu erinnern, wie die Bundesrepublik Deutschland ihre selbst proklamierten Regeln für einen Rechtsstaat brach, um die DDR zu einem beispiellosen Kriminalfall der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert herabzuwürdigen.

Jeder von uns hat da seine eigene Bilanz. Das ist auch gut so. So werden Geschichte und Geschichten an die Enkel und Urenkel weitergegeben und der Nachwelt wird hinterlassen, daß die DDR trotz vieler Fehlentwicklungen anders war als ihre Gegner sie heute schildern: Sie war politisch ehrlicher, sozial gerechter, moralisch sauberer, dem Gemeinwohl verpflichtet auf dem Wege in eine Gesellschaft, in der der Mensch nicht des Menschen Wolf war, in der er mehr galt als das Scheckbuch, weil die Großkapitalisten, ihre Banken und die Großgrundbesitzer entmachtet waren.

Daß die Linke diese antikapitalistische Basis der DDR nicht als Teil ihrer Geschichte verteidigt und darauf für die Zukunft aufbaut, ist für mich ein historischer Fehler.

Ohne die DDR ist Deutschland weder gerechter noch friedlicher geworden. Das Besondere an der DDR ist, das ihr kein Geschwätz nehmen kann: Sie ist d e r deutsche Staat, der nie einen Krieg geführt hat. Sie hat für Kriegsgefallene keine Ehrenhaine schaffen und ihre Soldaten nicht kopflos aus Kriegsgebieten heimholen müssen.

Kein NVA-Soldat, kein Grenzer hat je zu Kampfeinsätzen fremden Boden betreten müssen. Und das, liebe Genossen, ist das Wichtigste Eures Lebens, das Entscheidende in der Geschichte der Grenztruppen: Ihr habt beigetragen, daß die DDR Synonym ist für 40 Friedensjahre in Europa. Darauf kann jeder von uns stolz sein. (...)

Wenn heutzutage Politiker und Medien, selbst die noch amtierende Bundeskanzlerin, gönnerhaft zugestehen, die Lebensleistungen der Ostdeutschen anerkennen zu wollen,

dann klingt das angesichts des bisherigen Umgangs mit DDR-Biografien, nach Treuhand als Selbstbedienungsladen für Westkapital, nach De-Industrialisierung, nach Rückgabe vor Entschädigung, nach Schleifung Volkseigener Betriebe und Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften, nach krimineller Veruntreuung von Fördergeldern Ost im Westen, nach Arbeitslosigkeit und Rentenstrafrecht – dann klingt das mehr als heuchlerisch.

Der Bundespräsident hat kürzlich die Ostdeutschen zu mehr „Selbstbewußtsein“ aufgerufen. Eigentlich lobenswert, doch vergessen, die Wahrheit hinzuzufügen, daß die Regierenden der Bundesrepublik, ihre Medien und Institutionen seit über 30 Jahren damit beschäftigt sind, das Selbstbewußtsein von DDR-Bürgern zu brechen, ihre Erfahrungen und ihr Wissen als „Ballast“ zu denunzieren.

Als ich Anfang der 90er Jahre Gorbatschow traf, um ihn zu informieren, daß die bundesdeutsche Justiz fast 100 000 politische Ermittlungsverfahren gegen DDR-Bürger eingeleitet hatte, erzählte er mir von einem Gespräch mit Bundeskanzler Kohl. Der habe ihm gesagt, wirtschaftlich werde man die „deutsche Einheit“ schnell meistern, aber – Zitat – „Michail Sergejewitsch, wir sind da drüben im Osten einem fremden Volk begegnet. Die sind ganz anders als wir.“ (...)

Daß es Millionen selbstbewußte Bürger gab und noch gibt, die gern in der DDR lebten und sehr viele von ihnen hier auch ihr Vaterland sahen, die sich eingesetzt haben, daß das Leben lebenswerter wurde, das hatte im antikommunistischen Denken der altpreussischen Elite keinen Platz. (...)

Das hat sich bis heute nicht geändert. Wenn es um die DDR geht, verfallen selbst sonst oft sachlich argumentierende Politiker in das Reich der Fantasie. Wolfgang Schäuble zum Beispiel meinte in einem Streitgespräch mit der Schriftstellerin Daniele Dahn allen Ernstes, mit der Einheit sei auch die Gesichtsfarbe der Menschen (aus der DDR) eine andere geworden. „Die war früher grau. Die Menschen gucken jetzt offener, die haben früher immer nur nach unten geschaut.“

Ein Kommentar zu solcher Albernheit ist überflüssig. Wie „stark“ aber beispielsweise das angeblich konkrete Wissen des zweiten Mannes im Staat über die DDR wirklich ist, verrät sein geradezu belustigendes Urteil: „In der DDR durfte man gar nicht studieren, wenn man nicht Mitglied der SED ... war.“¹ (...)

1 Vergleiche: Daniela Dahn, „der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute. Die Einheit – eine Abrechnung“, S. 52

Zu den größten Leistungen der DDR gehört aber, daß sie das jahrhundertalte Bildungsprivileg der Ausbeuterklassen gebrochen hatte. Den nicht in der DDR sozialisierten Politikern empfehle ich zur Weiterbildung den Roman von Hermann Kant „Die Aula“, der viel über den schwierigen Weg von Arbeitern und Bauern zu Akademikern aussagt.

1990 wurden die meisten von ihnen wieder in ihren alten Stand zurückgesetzt – von Akademikern zu Zwangsrentnern mit Rentenkürzung. Und das in der schöpferischsten Phase ihres Lebens. Was für eine Demütigung und zugleich Vergeudung geistigen Reichtums.

Solche Bosheiten von Politikern wie oben angeführt sind keine einmaligen Entgleisungen. Sie sind die Fortsetzung dessen, was 1990 als Wille der Obrigkeit formuliert worden war: Die DDR habe, so das Fehlurteil eines Westberliner regierungstreuen Professors, „fast ein halbes Jahrhundert die Menschen verzerrt, ihre Erziehung, ihre Ausbildung verhunzt“.²

Altbundespräsident Gauck sprang dem Regierungsprofessor aus dem Westen bei: „Wir konnten nicht zulassen“, verkündete er, „daß die sozialistischen Globkes in ihren Ämtern und Positionen in Staat und Gesellschaft blieben.“

Dies war eine unglaubliche Gleichsetzung von Hunderttausenden entlassenen Lehrern, Wissenschaftlern, Juristen, Diplomaten, Militärs und Angestellten der DDR mit belasteten Nazis wie dem unter Konrad Adenauer als Staatssekretär in das Bundeskanzleramt gehaltenen Mitautor des Kommentars zu den Nürnberger Rassegesetzen, die den Mord der Nazis an Juden, Sinti und Roma legitimiert hatten.

Um noch einmal in Erinnerung zu rufen, mit welchen Mordgesellen die DDR-Verantwortlichen durch Herrn Gauck verglichen wurden: Globke war Oberregierungsrat im Reichsinnenministerium der Nazis. Er schrieb: „Die Juden müssen sich damit abfinden, daß ihr Einfluß auf die Gestaltung des deutschen Lebens ein für alle Mal vorbei ist.“

Globke wurde in der DDR zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt. Das war nicht Propaganda, wie das oft behauptet wird, sondern eine prinzipielle politische Auseinandersetzung mit der faschistischen Diktatur und ihren Aktivisten.

In diesem Zusammenhang sagen Zahlen viel darüber aus, mit welchem Personal man rücksichtsloser umgesprungen ist, mit Nazis oder mit Antifaschisten: 1933 wechselten die Nazis elf Prozent der Eliten der Weimarer

2 Professor A. Baring „Deutschland, was nun?“

Republik aus. In Westdeutschland wurden 1945 dreizehn Prozent der Nazikader entfernt. Nach dem Anschluß der DDR an die Bundesrepublik schickte die neue bundesdeutsche Herrschaft 85 Prozent der DDR-Eliten ins berufliche und damit oft auch ins soziale Aus.

Vergangenheit als SS-Angehöriger störte bei der Übernahme in bundesdeutsche Ämter nicht, IM gewesen zu sein dagegen wurde zum Kainsmal auf Lebenszeit.

Meines Wissens hat niemand aus der Bundesregierung je solchen Diskriminierungen widersprochen. Wie auch dem Slogan nicht „Leben wie bei Kohl und arbeiten wie bei Honecker“, was uns DDR-Bürgern quasi zu Schmarotzern erklärte oder dem Urteil, Ursache für rechtes Gedankengut im Osten sei das „Zwangstopfen“ in den Kinderkrippen der DDR. Der westdeutsche General Schönbohm war sich als brandenburgischer Innenminister sicher, daß der fürchterliche Babymord in Finkenheerd unbedingt eine „Folge der Proletarisierung in der DDR“ gewesen ist. Nicht vergessen auch die wiederbelebte Kampagne gegen die Roten Socken, in deren Folge nicht wenige DDR-Bürger durch Selbstmord aus dem Leben geschieden sind. Bis in die Gegenwart hinein wird keine Statistik darüber veröffentlicht, wer aus Verunglimpfung, Verurteilung oder finanzieller Not im Zusammenhang mit der „deutschen Einheit“ aus dem Leben ging. (...)

Wie man sich auch dreht und wendet, die Diskriminierung von DDR-Bürgern war staatlich gewollt, von der „Aufarbeitungsindustrie“ erfunden, von der Regierung angeordnet und – wo notwendig – von den Gerichten ausgeführt.

Ich frage mich manchmal schon, warum das alles?

Es geht ja nicht um die Aufbereitung historischer Fehler. Daran würde ich mich ja gern beteiligen. Schon, damit es kommende Generationen besser machen als wir. Nein, es geht nicht einmal nur um Revanche dafür, die Macht des Kapitals für einige Jahrzehnte eingeschränkt zu haben. Es geht um Prävention, daß die Erinnerung an die tatsächliche DDR als Impuls für kommende Kämpfe wirken könnte.

Ein Streit um die Geschichte ist immer auch ein Streit um die Gegenwart. Die Umdeutung der Geschichte ist inzwischen auch mit einer Neuverteilung geschichtlicher Schuld verbunden. In den Ersten Weltkrieg sei man halt nur so reingerutscht, ganz ohne imperiale Interessen. Für den Zweiten Weltkrieg gibt es gleich zwei Verantwortliche: Stalin und Hitler, womit deutsche Schuld relativiert wird. Die Schuld für die Spaltung Deutschlands wird allein der DDR angedichtet. Was für ein Geschichtsrevisionismus!

Zu den absurdesten Vorwürfen gehört, DDR-Bürger hätten 40 Jahre auf der „falschen Seite der Geschichte gestanden“. Der Mann, aus dessen Mund das stammt, ist noch immer vom Siegesrausch seines Gleichen benebelt. Wer, bitte schön, bestimmt, wo die richtige Seite der Geschichte war? Etwa der mit dem zweifelhaften Titel „Ostbeauftragter“, ein Parteifreund des früheren rechtslastigen Präsidenten des Verfassungsschutzes?

Nein, schauen wir auf die über 200jährige Geschichte nach der Französischen Revolution und der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und ihre Auswirkungen, dann stellen wir einen Kampf von Revolution und Konterrevolution fest. Genau das erleben wir auch jetzt. Wie dieser Kampf ausgeht, wird die Zukunft erweisen.

Unzählige Ereignisse in der Welt und in Deutschland haben die DDR-Bürger immer zur Parteinahme herausgefordert: die nie heilenden Wunden von Hiroshima und Nagasaki, die Todesschüsse auf Patrice Lumumba, Martin Luther King, Salvador Allende, Mandela in rassistischem Gewahrsam auf Robben Island, US-Invasionen von Vietnam über Kuba bis Grenada, Befreiungskriege in Angola, Mozambique und weiteren Staaten in Asien und Afrika.

Und die Bundesrepublik Deutschland? Immer – offen oder verdeckt – an der Seite der Invasoren, der Apartheid in Südafrika und der Diktatoren in Griechenland, Portugal, Spanien und Chile. Bis heute werden deutsche Waffen an Diktaturen geliefert.

Wie verwirrt muß jemand sein, der vor diesem geschichtlichen und aktuellen Hintergrund DDR-Bürger auf „diktatursozialisiert“ reduziert, die auch „nach 30 Jahren nicht in der Demokratie angekommen“ seien. Abgesehen davon, daß es ja für die DDR spricht, wenn sich so viele ihrer erinnern. Der Herr vergißt vor das Hauptwort „Demokratie“ die Adjektive „westdeutsche“ oder „bürgerliche“ zu setzen. Auf die Idee, daß diese Demokratie weit weg ist von dem, was Volksherrschaft wirklich bedeutet, kommen diese Leute nicht. Wenn man unsere Sozialisation schon mit einem Wort ausdrückt, dann sind wir vor allem „humanismussozialisiert“.

Wir verstanden uns als Arbeiter-und-Bauern-Staat, wenn man so will, als eine Diktatur der Mehrheit über die Minderheit.

Diktatur hin und her, entscheidend ist doch die Rolle, die die Menschen in einem Staat spielen. Kein Realist wird bestreiten können, daß wir bei allem Unvollkommenen da besser waren als die Bundesrepublik heute ist. Es kann nicht gelingen, den Leistungen der Ostdeutschen mehr Respekt zu zollen, wenn gleichzeitig der Staat, auf dessen Boden diese erst ermöglicht wurden, als Unrechtsstaat herabgewürdigt wird. Wie lächerlich ist doch die Behauptung, DDR-Bürger hätten ihre Leistungen „trotz SED-Regimes“ vollbracht.

Den Regierenden ist offensichtlich bis in unsere Tage hinein entgangen: DDR-Bürger hatten nicht nur die Trümmer des Zweiten Weltkrieges beseitigt, Städte und Dörfer wieder bewohnbar gemacht, wertvolle kulturhistorische Bauten wiedererrichtet, sondern auch zahlreiche neue Betriebe, Straßen, Stadtteile und Städte mit modernen Wohnungen, Schulen, Kinderkrippen und Kindergärten, Ambulatorien, Krankenhäusern, Sport- und Kulturstätten geschaffen. Nicht zu vergessen, daß jene historischen Gebäude, in denen sich die heute Regierenden selbst feiern, von der DDR wiederaufgebaut wurden: das Schauspielhaus Berlin, die Semperoper Dresden, das Gewandhaus Leipzig und vieles mehr. Es gab 1945 nichts, aber auch

gar nichts, was die SED hätte runterwirtschaften können, wie ihre Gegner behaupten. Mit Schmerz haben wir dagegen erleben müssen, daß der moderne „Palast der Republik“, mit dem Fleiß des Volkes aufgebaut, dem reaktionärsten Traditionsbewußtsein der Konservativen weichen mußte. Zurecht empfinden viele das als ein kulturpolitisches Verbrechen.

Wenn die DDR so großartig war, höre ich oft, warum gibt es sie dann nicht mehr? In der Regel erwartet man von mir die Antwort sogar in einem Satz. Diesen einen Satz kenne auch ich nicht.

Die Antworten fielen dann auch in den zurückliegenden Jahren sehr unterschiedlich aus. Für die einen war Honecker der Bösewicht, der vom Altersstarrsinn befallen sein sollte, für andere hatte Krenz, also ich, zu spät gehandelt und dann alles in den Sand gesetzt; Modrow hätte es besser gekonnt. Für einen ganzen Parteitag, der das Kind mit dem Bade ausschüttete, wiederum war der Stalinismus schuld, jener Gummibegriff, der als Totschlagsargument für alles und nichts benutzt werden kann. Andere fanden heraus, die DDR hätte 1985 einfach nur Gorbatschow und seiner Perestroika folgen müssen, dann wäre alles gut gegangen, obwohl inzwischen erwiesen ist, daß diese Politik letztlich zur Zerschlagung der Sowjetunion geführt hat. Es gab auch Leute, die einen anderen Sozialismus als den in der DDR wollten, ohne zu wissen, wie der denn hätte aussehen sollen, ohne Marx und ohne Lenin. Mehr Demokratie hätte die DDR retten können, meinen wiederum andere. Viele finden persönliche Gründe heraus: herzloses Handeln von DDR-Verantwortlichen, fehlende Reisefreiheit, mangelndes Vertrauen, Amtsmissbrauch und Korruption. Inzwischen ist Gorbatschow der „Verräter“, der für alles verantwortlich ist. Darin liegt viel Wahrheit, vor allem die Entsendung seines Beauftragten Portugalow hinter dem Rücken der DDR am 21. November 1989 zu Gesprächen nach Bonn war die entscheidende Operation zur Preisgabe der DDR.

Verrat hat nur einen „Schönheitsfehler“. Es sagt nichts darüber aus, warum wir uns haben verraten lassen.

Bei jedem der oben genannten Gründe gibt es sicher ein Körnchen Wahrheit, das zum Gesamtbild beiträgt, bei dem einen weniger, bei dem anderen mehr. Für Gregor Gysi jedoch ist die Sache einfach: Die DDR sei an sich selbst gescheitert und das zurecht, meint er. Sie sei uneffektiv, undemokratisch und unökologisch gewesen. Basta! Das ist für mich eine unzulässige Vereinfachung. Ich verkenne nicht, daß ein Großteil subjektive Schuld auch bei der Partei- und Staatsführung lag, der ich angehörte und sie zum Schluß selbst leitete. Je schweriger die Situation wurde, um so weniger haben wir die Realitäten des Lebens wahrgenommen. Die gesellschaftliche Realität wurde vom Politbüro geschönt und dieses schöne Bild als die gültige Realität ausgegeben. Das Vertrauensverhältnis zwischen Partei und Volk wurde so über einen langen Zeitraum zusehends zersetzt. Vor allem haben wir versäumt, die Veränderungen in der Welt

aus marxistischer Sicht zu analysieren und daraus Schlußfolgerungen zu ziehen und diese mit der Bevölkerung offen und ehrlich zu diskutieren. Die DDR-Bevölkerung war doch politisch hochgebildet und interessiert. Dieses Potential haben wir leider in den 80er Jahren ungenutzt gelassen. Als uns im Sommer 1989 so viele Bürger verließen, waren Politbüro und Regierung sprachlos und hatten nur die unsinnige Aufforderung parat, den Flüchtigen „keine Träne nachzuweinen“.

Trotz allem scheint mir, die Antwort auf einen komplexen historischen Vorgang, auf den Untergang einer geschichtlichen Epoche, kann auch nur komplex sein. Die DDR ist als Teil eines Ganzen, als ein Land des europäischen Sozialismus, von der politischen Landkarte getilgt worden. Sie ist an objektiven historischen Umständen zerbrochen, vor allem daran, daß von Moskau bis Berlin die viel beschworene Einheit von sozialistischer und wissenschaftlich-technische Revolution nicht wirklich in Angriff genommen wurde. Dafür aber das Wettrüsten, das Unsummen verschlang. Die UdSSR lief in die von den USA aufgestellte strategische Falle des Wettrüstens.

Man darf nicht alles auf den imperialistischen Gegner schieben. Aber daß der von Anfang an und mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln versucht hat, die DDR zu beseitigen, darf man nicht kleinreden. Die DDR war ihm von Anfang an ein Dorn im Auge. Er unterschob uns schon Verbrechen, als wir noch gar nicht existierten. Als 1948 das Grundgesetz der Bundesrepublik ausgearbeitet wurde, hat Carlo Schmid (SPD) formuliert: Man wolle „treuhänderisch“ für das gesamte deutsche Volk ... ein Rumpfdeutschland, das den Anspruch erhebt, Gesamtdeutschland zu repräsentieren. Eine Folge wäre, daß man die Bevölkerungsteile Mittel- und Ostdeutschlands als Irredenta (*beanspruchtes Gebiet im Ausland – d. Red.*) anzusehen hätte, deren Heimholung mit allen Mitteln zu betreiben wäre. Wer sich diesem Anspruch einer westdeutschen Regierung nicht unterwerfe, hieß es weiter, wäre „als Hochverräter zu behandeln und zu verfolgen“.³

Kohl und seine Leute griffen in diesem Sinne zu, als das Hauptland des Sozialismus, die UdSSR, schon auf dem Sterbebett lag. Die Sowjetunion und mit ihr wir hatten den Kalten Krieg verloren.

(...) Vor zwei Jahren hat der Bundespräsident in seinem Amtssitz eine Gesprächsreihe „Geteilte Geschichte“ eröffnet, was wohl so viel heißen sollte, die Geschichte beider deutscher Staaten und ihrer Menschen zu erzählen. Eigentlich eine gute Idee. Aber

„aufgearbeitet“ wird ja bisher leider nicht die Geschichte beider Staaten, sondern nur die der DDR. Und das ist noch geschönt ausgedrückt. Tatsächlich steht die DDR am Pranger, während die Bundesrepublik alles Gute und Schöne der deutschen Geschichte repräsentieren soll.

Der Eröffnungsvortrag des Bundespräsidenten setzt leider diese negative Tradition fort. Es wimmelt nur so von Verdächtigungen gegen die DDR ohne Bezug auf die zeitgeschichtlichen Zusammenhänge. Vermißt habe ich beispielsweise Vorgänge, für die Stichworte stehen wie:

- Wer eigentlich ist verantwortlich für die Spaltung Deutschlands,
- wer für die nahtlose Wiederverwendung großer Teile des Personals der Hitlerdiktatur in der jungen Bundesrepublik,
- wer für die Remilitarisierung und den Aufbau der Bundeswehr mit Hilfe von Hitlergenerälen,
- wer für den Beitritt der BRD zur NATO,
- wer für die Teilnahme an aktuellen Kriegen, vordergründig an dem längsten Krieg der neuesten deutschen Geschichte in Afghanistan?

Die Sünden der Bundesrepublik werden verschwiegen. In den 50/60 Jahren wurden linke und andere demokratische Kräfte vor Gericht gestellt und saßen dort Richtern und Staatsanwälten gegenüber, von denen sie bereits in der Nazizeit verfolgt worden waren. Ausgangspunkt waren die von der Adenauer Regierung verfaßten Blitzgesetze, auf deren Grundlage bei den Gerichten Sonderstrafkammern für politische Strafverfolgung eingerichtet wurden. Von 1950 bis 1968 wurden mehr als 500 000 politische Ermittlungsverfahren durchgeführt, die zu etwa 25 000 bis 30 000 Verurteilungen führten. Der Besitz von Büchern aus der DDR galt als kriminelles Vergehen ebenso wie die Inszenierung von Brecht-Stücken.

Höhepunkt der Kriminalisierung politischer Gegner war das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands, der FDJ und weiterer demokratischer Organisationen. Das alles war verbunden mit Inhaftierungen, mit der Aberkennung bürgerlicher Rechte, mit dem Verlust von Arbeitsplätzen, schwerwiegenden sozialen Benachteiligungen, nicht zuletzt führen sie zu erheblichen Einbußen bei der Rente. Bis zum heutigen Tage ist keine Rehabilitierung der Opfer der bundesdeutschen Gesinnungsjustiz erfolgt.

Es gibt keinen Grund, alles Schlechte in der deutschen Nachkriegsgeschichte der DDR und alles Gute der Bundesrepublik anzuhängen. Die beiden deutschen Staaten standen von Anfang an in einem Verhältnis von Aktion und Reaktion: Nicht die Gründung der DDR und ihre 40jährige Existenz sind Schanddaten der deutschen Geschichte, sondern die Versuche, die Lehren der deutschen Geschichte nicht zu ziehen und zu vergessen, daß Deutschlands Unglücksdatum der 30. Januar 1933 war. (...)

Kürzlich wurde eine neue „Beauftragte des Bundestages für die SED-Opfer“ gefunden, die als Einstand bekanntgab: In der DDR

waren etwa 300 000 Bürger aus politischen Gründen inhaftiert.

O, wie grausig. Wo nur sollen so viele Gefängnisse gewesen sein, zumal diese vor allem für normale Gesetzesbrecher bestimmt waren. Am 20. Juni 1987 zum Beispiel befanden sich exakt 27 523 Erwachsene in Haft. 4% von ihnen hatten einen politischen Hintergrund. Amnestiert und aus der Haft entlassen wurden in dieser Zeit 24 621 Personen. Es blieben also rund 3000 Personen in den Gefängnissen übrig. Dies waren Nazi- und Kriegsverbrecher, Mörder, Gewalt- und Sittlichkeitsverbrecher.

1987 gab es in der DDR 46 Strafvollzugsanstalten und 36 Untersuchungshaftanstalten. Um nicht mißverstanden zu werden: Jeder zu Unrecht Verurteilte war einer zu viel. Und ich bedaure dies um so mehr, weil es keine Staatsdoktrin war, Unrecht zuzulassen. Aber auch hier sollte das Gleichheitsgebot des Grundgesetzes gelten. Es gibt nämlich hunderttausende Opfer der politischen Justiz der alten Bundesrepublik, für die es keine Opferbeauftragten gibt.

Ich benutze das Kürzel „Stasi“ nicht. Nicht nur, weil es historisch korrekt „MfS“ (Ministerium für Staatssicherheit) heißen müßte, sondern weil inzwischen „STASI“ und „GESTAPO“ zu Wortpaaren gemacht wurden wie beispielsweise Faschismus und Sozialismus. Damit wurde es ein ideologischer Kampfbegriff, der keiner wirklichen Aufarbeitung der Geschichte dienen kann.

Ich wundere mich gelegentlich, wie leicht dennoch das Wortgebilde „STASI“ selbst gestandenen DDR-Funktionären über die Lippen geht, obwohl es zum Schimpf- und Hauptwort der Delegitimierung der DDR gemacht wurde. Das MfS war wie alle anderen Ministerien auch Verfassungsorgan und insofern weit entfernt von der Reduzierung auf den ideologischen Begriff „Geheimpolizei“. Bei allem, was auch kritisch zum MfS zu sagen ist, bleibt doch wahr, daß die DDR wie andere Staaten auch ein berechtigtes Sicherheitsbedürfnis hatte.

Die neuen Machthaber wissen nur allzu gut, warum sie alle Erkenntnisse des MfS zu den Machenschaften des BND und anderer westlicher Geheimdienste gegen die DDR bis heute unter Verschuß halten. (...)

Zurückliegende geschichtliche Ereignisse können zu Daten der aktuellen Politik werden und erklären, warum beispielweise Rußland angesichts der Ausbreitung der NATO berechtigt um die Sicherheit seiner Grenzen besorgt ist. Ein solches Datum ist der 22. Juni 1941, der Tag des Überfalls Hitlers auf die Sowjetunion, der sich kürzlich zum 80. Mal jährte, und den Bundestagspräsident Schäuble der Erinnerung im Deutschen Bundestag nicht für notwendig hielt.

Bei Bodo Ramelow las ich in seinem Online-tagebuch: „Beide Daten – der 22. Juni 1941 sowie der 13. August 1961 – markieren auf natürlich sehr verschiedene, aber dennoch einschneidende Weise für Millionen Menschen in Deutschland, Europa und der Welt katastrophale Wendepunkte ihres Lebens.“ Für 27 Millionen Sowjetbürger gab es keine Wendepunkte ihres Lebens mehr. Sie starben

3 Verfassungskonvent vom Herrenchiemsee vom 10. bis 23. August 1948. Protokolle der Sitzungen der Unterausschüsse, Unterausschuß I: Grundsatzfragen, Bundesarchiv (Koblenz), Z. 12, Nr. 26, S. 4/5. Zit. nach R. Badstübner: Friedenssicherung und deutsche Frage. Vom Untergang des Reiches bis zur deutschen Zweistaatlichkeit 1943 bis 1949, Berlin 1990, S. 379

in den Kämpfen des Zweiten Weltkrieges, in den Schlachten um Stalingrad und Berlin, während der verbrecherischen Blockade Leningrads durch die deutsche Wehrmacht, an der auch spätere führende Politiker der Bonner Republik beteiligt waren.

Für jeden Deutschen sollte sich eine Verharmlosung dieser Verbrechen verbieten.

Auch ich sehe einen Zusammenhang zwischen dem 22. Juni 1941 und dem 13. August 1961. Er ist grundsätzlicher. Zur Logik der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts gehört nämlich die Erkenntnis: Ohne den 30. Januar 1933, den Machtantritt des Verbrechers Hitler, kein 1. September 1939, kein Überfall auf die Sowjetunion, keine deutsche Niederlage, keine deutsche Spaltung, ohne Spaltung keine Bundesrepublik und keine DDR, keine Mauer, keine Militärbündnisse. (...)

Ich habe während meines Studiums in Moskau in direkter Wohngemeinschaft mit sowjetischen Menschen viermal den Erinnerungstag an den 22. Juni 1941 erlebt. Ich konnte dabei nachempfinden, daß mit dem Aufruf zum Heiligen Krieg des Sowjetvolkes 1941 gegen die faschistischen Eindringlinge immer auch ein patriotisches Versprechen der sowjetischen Bürger verbunden war, das auch im heutigen Rußland gilt. Es lautet: Nie wieder soll es irgendwelchen Aggressoren gelingen, so nahe der eigenen Landesgrenze zu stehen, wie damals die Deutschen.

Diese Überlegung spielte 1945 eine Rolle, als mit dem Kriegsende die erste strategische Verteidigungslinie der sowjetischen Armee von der einstigen Staatsgrenze weg an die Oder und Neiße gelegt wurde.

Sie war präsent, als nach der Ablehnung der sowjetischen Note zur deutschen Einheit im März 1952 durch die drei Westmächte und die Bundesrepublik diese Grenze von der Oder und Neiße an die Elbe und Werra vorverlegt wurde.

Und sie war gegenwärtig, als 1955 und 1961 aus der ersten strategischen sowjetischen Verteidigungslinie zusätzlich die Außen- grenze des Warschauer Vertrages zur NATO militärisch gesichert wurde wie keine andere Grenze auf der Welt. (...)

Gorbatschow ließ sich von den USA über den Tisch ziehen, gestand der NATO ihre weitere Existenz trotz Auflösung des Warschauer Vertrages zu und machte hinter dem Rücken der DDR-Führung den Weg zur „deutschen Einheit“ frei, ohne dafür vertraglich bindend politische Gegenleistungen zu fordern.

Das Ergebnis: Das Territorium der Warschauer Militärkoalition, das einst die Sowjetarmee vom Faschismus befreit hatte, wurde innerhalb kurzer Zeit nicht etwa blockfrei, sondern dem Militärbündnis des politischen und militärischen Gegners zugeschlagen.

Ein einmaliger Vorgang in der Weltgeschichte, der von den Regierenden allzu gern unterschlagen wird.

Gorbatschow gab sich leichtgläubig mit einer mündlichen Versicherung zufrieden, daß sich die NATO nicht weiter nach Osten ausdehnen würde. Zwar bestreiten einige Politiker nachträglich, daß es je eine solche Zusicherung gegeben habe. Doch die Archive sprechen eine andere Sprache. Der damalige

NATO-Generalsekretär Wörner hatte am 17. Mai 1990 öffentlich bekanntgegeben: „Schon der Fakt, daß wir bereit sind, die NATO-Streitkräfte nicht hinter den Grenzen der BRD zu stationieren, gibt der Sowjetunion feste Sicherheitsgarantien.“

Das war – wie gesagt – im Mai 1990. Da gab es die DDR noch. Das heißt: Die Sicherheitsgarantie der NATO lautete eigentlich sogar: Östlich von Elbe und Werra, also der damaligen Ostgrenze der BRD, sollten keine NATO-Truppen stationiert werden. Das bedeutet: Auch auf dem Territorium der DDR nicht!

Daß Monate nach dieser Erklärung die UdSSR zerschlagen wurde, kann nicht als Vorwand dafür gelten, die gemachten Zusagen der NATO nicht einzuhalten.

Bekanntlich ist die Sowjetunion nicht durch Volkes Willen aufgelöst worden. Nicht durch einen Volksaufstand. Eine Volksbefragung hatte dagegen ergeben, daß die Mehrheit der Sowjetbürger für den Erhalt der Union war. Die Sowjetunion wurde von Teilen der sowjetischen Elite von oben zerschlagen. Das hat Gorbatschow und Jelzin die Sympathie des Westens gesichert. Mit dem ständig alkoholisierten Jelzin hatten die USA und ihre Verbündeten zudem ein leichtes politisches Spiel. Sie wurden sogar Saunafreunde, die „vergaßen“, nationale Interessen der Sowjetbürger wahrzunehmen. In den Vorzimmern der Macht saßen plötzlich US-amerikanische Berater.

Damit und mit der Verschleuderung des russischen Volksvermögens an US-amerikanische und internationale Konzerne (...) hat Putin Schluß gemacht. Nach den demütigenden Jelzin-Jahren ist Rußland zurückgekehrt in den Status einer Großmacht. Putin stellt wieder legitime russische Interessen in den Vordergrund. Seine Politik hat dem russischen Volk seine Würde wiedergegeben.

Damit hat er den Haß jener Kräfte auf sich gezogen, die Rußland als gleichberechtigten Teilnehmer an der Lösung internationaler Probleme ausschalten wollen und das Land lediglich – wie es einst Obama arrogant verkündete – als „Regionalmacht“ betrachten. Ziel ist es, in Rußland ein dem Westen zugewandtes Regime zu installieren. Nichts lieber hätten diese Leute als einen Maidan auch auf dem Roten Platz in Moskau.

An diesem Punkt muß angesetzt werden, wenn es um die Ursachen der Konflikte in der Welt geht. Vieles, was heute durcheinandergeraten ist, ob die Konflikte im Irak, in Syrien, in Libyen, im Jemen, aber auch in der Ukraine, hängen mit den Jahren 1989 bis 1991 zusammen, als die Sowjetunion zerschlagen wurde.

Die UdSSR war bis dahin eine Barriere gegen die Weltmachtambitionen der USA. Undenkbar, daß es bei ihrer Existenz einen so breiten Gürtel von Bürgerkriegszonen gegeben hätte, wie wir sie jetzt im Nahen und Mittleren Osten erleben, wo der Westen unter der Losung des „Sturzes von Diktatoren“ und der „Bewahrung von Menschenrechten“ im Prinzip Bürgerkriege erst möglich gemacht hat.

Inzwischen ist klar, daß es den USA 1989 keineswegs in erster Linie um die „deutsche Einheit“ ging. Sie war nicht ihr Hauptziel. Sie war ein Mittel, um die Streitkräfte

der UdSSR und später der Rußlands aus dem Zentrum Europas zu drängen.

Der Warschauer Vertrag wurde einseitig aufgehoben. Die NATO blieb. Die russischen Streitkräfte zogen aus Mitteleuropa ab. Die USA setzten sich hier fest. Sie haben in Deutschland nach wie vor Atomwaffen stationiert. Condoleezza Rice, die spätere Außenministerin der USA, bekannte freimütig: Mit dem vereinten Deutschland, eingebettet in die NATO, war „Amerikas Einfluß in Europa gesichert“. Daß inzwischen auch wieder deutsche Soldaten mit Panzern und schwerem Gerät an Rußlands Grenzen stehen, ist ein entscheidender Punkt der Fehlentwicklungen seit 1990.

Nicht die Rückkehr der altrussischen Krim in die Russische Föderation ist die Ursache dafür, daß Rußland und sein Präsident vom Westen verteufelt werden. Nein, die Zukunftsvision eines friedliebenden Europas zerschellte nicht in der Ostukraine, auch nicht auf der Krim, auch nicht in Belorußland. Sie zerbrach schon in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts, als NATO-Staaten, darunter Deutschland, Jugoslawien bombardierten. Sie machten damit aus dem Kalten einen heißen Krieg. Erstmals seit 1945. Und das mitten in Europa.

Rußland und Putin werden hierzulande politisch instrumentalisiert, um angebliche deutsche Verantwortung in der Welt militärisch zu begründen, die Aufrüstung der NATO-Staaten zu rechtfertigen und mehr Geld für die Aufrüstung zu bekommen. (...)

Sie werden nicht klüger, diese Exporteure sogenannter westlicher Werte. Der versuchte Export solcher Werte hat zuletzt zu der Katastrophe von Afghanistan geführt, er ist verantwortlich für die Situationen im Irak, in Syrien, in Libyen, im Jemen und manch anderen Staaten. Die deutschen Politiker müssen endlich akzeptieren, daß die Russen ihre Lebensart haben, ihre Souveränität verteidigen und nicht zulassen können, daß die NATO ständig an ihren Grenzen provoziert. (...)

Ohne Rußland ist kein globales Problem der Menschheit zu lösen. Deshalb ist es so kurz-sichtig, daß Deutschland gegenüber Rußland amerikanische Außenpolitik betreibt. (...)

Wir gehörten zu den Generationen, für die der Sozialismus Gegenwart und Zukunft bedeutete. Daß es hätte auch anders kommen können, hatte in unserem damaligen Denken keinen Platz. Wir verstanden uns als Sieger der Geschichte und standen plötzlich als deren vermeintliche Verlierer da. Das ist sehr hart und muß erst einmal verkraftet werden. Von jedem einzelnen! Das kostete und kostet weiter Kraft.

Ist das aber Nostalgie? Ich glaube nicht. Wer nicht fähig ist, sein sinnvoll gelebtes Leben in bester Erinnerung zu behalten, dem mangelt es an Emotionen, wer nur in der Vergangenheit lebt, ohne an Gegenwart und Zukunft zu denken, dem mangelt es an Optimismus.

Wir, davon bin ich überzeugt, werden – solange Leben in uns ist – keine Ruhe geben, um die Geschichtslügen über die DDR zu entlarven.

Redaktionell gekürzt

Wer den Rassismus ausrotten will, muß seine Profiteure entmachten

Wir drucken nachfolgenden Beitrag von Otto Bruckner, stellvertretender Vorsitzender der Partei der Arbeit Österreichs (PdA), ab, obgleich er bereits im März, also quasi zu Jahresbeginn, geschrieben wurde, da er in eindringlicher Weise deutlich macht, worauf es ankommt – in Deutschland und anderswo.

Antirassismus gehört zum guten Ton des politisch korrekten Teils der herrschenden Klasse. Und wem, der ein wenig Hirn und gute Sitten hat, gefällt nicht der kultivierte und gebildete Barack Obama besser, als der plumpe, ungebildete und ordinäre Donald Trump, um zwei der früheren US-Präsidenten als Vergleich herzuzunehmen.

Auch hierzulande überschlagen sich die politisch korrekten Teile der herrschenden Politikaste anlässlich des Anti-Rassismus-Tages in ihren Mahnungen und Sonntagsreden gegen den Rassismus. So auch der amtierende Vizekanzler Werner Kogler von der grünen Partei. Pharisäertum gehört ja quasi schon zum grünen Standardprogramm, seit sie in der Regierung sind, daher regt das auch niemanden mehr auf. Es soll aber trotzdem gesagt sein: Kogler soll das Maul halten! Er befindet sich in einer Koalitionsregierung mit einer Partei, die Hetze gegen Menschen anderer Kulturen zum Programm erhoben hat, die Kinder abschiebt und in Elendslagern im Dreck liegen läßt, die Menschen in Bürgerkriegsländer wie Afghanistan zurückschickt. Diese Partei hat den plumpen Rassismus und die primitive Hetze der FPÖ in die Salons des Bürgertums

getragen. Sie hat unter ihrem Anführer Kurz beschlossen, politisches Kleingeld und Stimmen damit zu lukrieren, daß man das Schlechteste im Menschen mobilisiert, ihm Feindbilder präsentiert, die von den wahren Schuldigen an vielen Mißständen ablenken sollen, und sie bedient sich dabei der Unter-



2. Juli 2020: Demonstration in Wien

stützung gekaufter Massenmedien. Das ist eine stinkende Kloake, die von Slim-Fit-Typen und Dirndl-Trägerinnen verwaltet und vergrößert wird. Und wer – wie Kogler und seine Grünen – in dieser Kloake badet, der soll uns nicht mit moralischen Apellen daherkommen, nicht am Anti-Rassismus-Tag und auch sonst nicht.

Schon seit Menschengedenken dient Rassismus und in seiner vor allem europäischen speziellen Ausprägung der Antisemitismus

der Herrschaftssicherung. Und er diente und dient auch der banalen Reichtums-Vermehrung. Die Verschleppung und Versklavung sowie die Ermordung von Millionen und Abermillionen von Menschen aus Afrika, die Genozide an den Ureinwohnern Nordamerikas oder Australiens, und nicht zuletzt die Judenpogrome in Europa hatten als Haupttriebkraft Profitstreben und Bereicherung. Dienten die einen Schandtaten der Herbeischaffung billiger Arbeitskräfte, der Eroberung von Rohstoffquellen und Grund und Boden, so diente die Ermordung der Juden im Mittelalter nicht nur politisch-ideologischen Zwecken etwa der katholischen Kirche, sondern meist ganz einfach monetären Zielen der Aneignung des Vermögens jüdischer Kaufleute oder der Entschuldung durch die physische Liquidation des Gläubigers. Auch der Holocaust war in erster Linie eine riesige Enteignungsaktion an der jüdischen Bevölkerung und hatte den NS-Rassenwahn als ideologisches Unterfutter zur Motivierung der Mörder, Folterer, Räuber und ihrer Helfer. Die herrschenden Klassen im Kapitalismus setzen Rassismus nach Bedarf ein. In den sozialistischen Ländern, allen voran der Sowjetunion, aber auch etwa in Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn oder der DDR wurde Rassismus nicht gefördert – weder von Politikern noch von Massenmedien – sondern bekämpft, und zwar aufs Schärfste bekämpft. Nationalistische Aufwiegler, Rassisten und Faschisten wurden ins Gefängnis geworfen. Das heißt nicht, daß es in der Bevölkerung keinen Rassismus gab. Er wurde aber nicht nur mit dem Strafgesetzbuch geahndet, sondern auch mit Hilfe des Bildungssystems und dem gesamten öffentlichen und sozialen Leben. Statt Rassenhaß wurden Völkerverständigung, Frieden und Internationalismus propagiert. Das hielt auch Vielvölkerstaaten wie die Sowjetunion oder Jugoslawien zusammen. Sie haben in diesen Fragen nicht alles richtig gemacht, aber das Entscheidende erkannt und umgesetzt: Null Toleranz gegenüber Rassismus und Faschismus. In Kuba wird diese Politik heute noch verfolgt. Wer den Rassismus ausrotten will, muß an seine Wurzel gehen, und das sind der Kapitalismus und der Imperialismus. Die Political Correctness dient der Beruhigung des schlechten Gewissens der Herrschenden und der Vernebelung der wahren Verhältnisse. Substantiell ändern kann und will sie im Rahmen des kapitalistischen Systems nichts. Armut wird gemacht. Umweltzerstörung wird gemacht. Fluchtgründe werden gemacht. Rassismus wird gemacht. Das ist alles kein Schicksal. Es kann überwunden werden, wenn die Menschen sich organisieren, ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und die Profiteure dieses zynischen und menschenverachtenden Systems entmachten.

Geben und nehmen

Der Arbeitgeber heißt Arbeitgeber
weil er dem Arbeitnehmer
die Arbeit gibt.
Dann ist er sie los
und behält weiße Manschetten:
Den Seinen gibt's der Herr
im Schlaf.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer
zusammengenommen
heißen: Sozialpartner.
Weil der eine nimmt
Weil der andere gibt?

Der Arbeitnehmer heißt Arbeitnehmer,
weil er die Arbeit nehmen muß,
die der Arbeitgeber ihm gibt.
Will der Arbeitgeber es dem
Arbeitnehmer mal richtig geben,
dann nimmt er
dem Arbeitnehmer die Arbeit.

Indem er Arbeit gibt,
wird dem Arbeitgeber gegeben: Gewinn.
Indem er Arbeit nehmen muß,
wird dem Arbeitnehmer genommen,
was der Arbeitgeber gewinnt.

Der Arbeitgeber nennt das:
Sozialpartnerschaft.
Weil der eine verliert
weil der andere gewinnt?
Weil er der gewinnende
Partner ist?

Je mehr der Arbeitnehmer
hinnimmt, desto mehr gibt's ihm
der Arbeitgeber.
Der Arbeitnehmer, der das nur hinnimmt,
muß hart im Nehmen sein
(aber weich in der Birne).

Wenn der Arbeitnehmer
das nehmen will,
was ihm zusteht,
dann zetert der Arbeitgeber:
Klassenkampf!

Und das ist Klassenkampf!
Denn der Kapitalist ist
für den Proleten nicht Partner,
sondern der Klassenfeind.
Der Klassenkampf
ist keine Frage.
Die Frage ist nur:
Wer wen?

Carlo Bredthauer (1969)

Quelle: Zeit-Fragen, Zürich, 22.3.2021

Mein politisches Credo

Über 30 Jahre antikommunistische Meinungsmanipulation in Deutschland haben tiefe Spuren im Bewußtsein hinterlassen. Bei nicht wenigen der Älteren hat die Niederlage 1989/90 Zorn, Enttäuschung, oft auch Lethargie ausgelöst. Viele stellen die Frage nach dem Sinn ihres Wirkens in der DDR.

Es gibt heute, außer der DKP, keine öffentlich agierende und wahrgenommene Partei, die in ihrer Programmatik auf die Überwindung des Kapitalismus und eine sozialistische Gesellschaftsordnung orientiert. In der Führung der Partei Die Linke wird das immer mehr verwässert und sogar abgelehnt.

Trotz allem halte ich an meinen sozialistischen Überzeugungen fest und bleibe Optimist. Auf welchen Erkenntnissen, die ich mir immer wieder vor Augen führe, beruht nun mein „Glaubensbekenntnis“?

Den Schlüssel dafür sehe ich in der Aneignung der Theorie des Marxismus-Leninismus, die den Bürgern der DDR im Staatsbürgerkundeunterricht, im marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium an Hoch- und Fachschulen, im FDJ-Studienjahr, Parteilehrjahr und Schulen der sozialistischen Arbeit vermittelt wurde.

Friedrich Engels hat in seinem Werk „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“ nachgewiesen, daß sich auch die menschliche Gesellschaft als Teil der objektiven Realität nach objektiven Gesetzen entwickelt, die sich im bewußten und gewollten Handeln der Menschen durchsetzen, allerdings mitunter mit anderen als den eigentlich angestrebten Zielen. Das Fundament menschlichen Daseins ist die Produktion materieller und geistiger Güter, ohne die keine Gesellschaft existieren kann. Die Art und Weise, wie produziert wird (Produktionsweise), erfolgt immer als Einheit und Wechselwirkung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Dabei sind die Produktivkräfte das revolutionärste Element. Stoßen diese bei den bestehenden Produktionsverhältnissen an Grenzen, werden durch sie gehemmt, ist die betreffende Gesellschaftsformation reif für den Untergang, wird – in oft langen Zeiträumen – abgelöst,

und durch eine Ordnung ersetzt. Dabei lehren die Klassiker, daß keine Gesellschaftsformation untergeht, bevor in ihr nicht alle Möglichkeiten der Produktivkraftentwicklung ausgeschöpft sind.

Wir haben in unseren politischen Bewertungen oft die noch gegebenen Möglichkeiten des Kapitalismus für die Entwicklung der Produktivkräfte unterschätzt und die zweifellos gegebenen Merkmale des Imperialismus als faulende und sterbende Ordnung zu einseitig in den Vordergrund gestellt.

Tatsache ist aber, daß Produktivkraftentwicklung im Kapitalismus, weil sie vom Wesen her primär auf Profitmaximierung zielt, immer mehr dazu führt, daß Produktivkräfte zu Destruktivkräften werden.

Karl Marx hat den Grundwiderspruch des Kapitalismus, den Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte und den privatkapitalistischen Produktionsverhältnissen, sozial als Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital und politisch zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie aufgedeckt und nachgewiesen, daß dieser Widerspruch nur dadurch gelöst werden kann, daß neue gesellschaftliche Produktionsverhältnisse geschaffen werden müssen, um eine weitere freie Entwicklung der Produktivkräfte zu ermöglichen.

Marx hat herausgearbeitet, daß die Eigentums- und die daraus resultierenden Verteilungsverhältnisse stets Kern der Produktionsverhältnisse sind, und der Grundwiderspruch des Kapitalismus nur gelöst werden kann, indem das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum überführt wird und die Ergebnisse der Produktion nicht mehr durch Kapitalisten angeeignet, sondern gesellschaftlich zum Wohle des Volkes verteilt werden.

Das Wesen einer Gesellschaftsordnung wird also dadurch bestimmt, in wessen Händen sich die Produktionsmittel und die politische Macht befinden.

Die Herstellung des gesellschaftlichen Eigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln setzt voraus, daß die zu ihrer historischen

Mission berufene Arbeiterklasse mit ihren Verbündeten auch die politische Macht erobert und den gesamten geistig-kulturellen Überbau umwälzt.

Als unabdingbare Voraussetzung bedarf es dazu der Führung durch eine Partei mit Massenbasis, die ihre Strategie und Taktik auf wissenschaftlicher Grundlage nach den Lehren von Marx, Engels und Lenin entwickelt.

Unter der Devise des „Kampfes zur Überwindung des Stalinismus“ hat die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) zunächst Lenin „entsorgt“ und dann Schritt für Schritt die Lehren von Marx und Engels für unbrauchbar erklärt. Man konzentrierte sich nun vorrangig auf eine „Reform“-Politik am bestehenden kapitalistischen System, bei der sich die tonangebenden Kräfte der PDS mehr und mehr den Herrschenden anboten. Diese Strategie, die von der Partei Die Linke ungebrochen fortgesetzt wird, entspricht nicht meiner Haltung. Ich selber kann ihr bei Wahlen nur so lange noch meine Stimme geben, wie sie den Kampf für den Frieden als das Gebot der Stunde auf ihre Fahnen schreibt.

Um es noch einmal zu unterstreichen: Mein politisches Glaubensbekenntnis beruht auf den Lehren von Marx, Engels und Lenin. Es ist deshalb nicht nur „Glaube“, sondern meine Überzeugung, und nur auf dieser Grundlage beruhen auch meine Ideale: Überwindung des Kapitalismus, Sozialismus als Voraussetzung für dauerhaften Frieden, Schutz der Umwelt, Überwindung von Armut und Rückständigkeit in der ganzen Welt.

Der Weg, den wir in der DDR gegangen sind, war kein leichter. Dafür, daß wir schließlich unterlagen, gab es innere und äußere, objektive wie subjektive Gründe. Diese zu erkennen und zu analysieren, bleibt eine wichtige Aufgabe für heutige Marxisten-Leninisten. Trotz unserer Niederlage bewahre ich mir den Stolz darauf, daß es gelang, für 40 Jahre dem deutschen Kapital seine politische Macht und sein ausbeuterisches Eigentum zu entreißen.

Dr. Dr. Ernst Albrecht
Dormagen

Ein Jahres-Abo des „RotFuchs“ als Weihnachtsgeschenk

2021 geht mit Riesenschritten dem Ende entgegen. Bald läuten die Weihnachtsglocken und viele fragen sich, womit sie ihre Lieben und Freunde zum Fest überraschen könnten.

Den „RotFuchs“ als Jahres-Abo für 2022 zu verschenken, wäre doch eine gute Idee. Ich weiß schon, wem ich damit eine Freude machen kann.

Unsere marxistische Monatszeitschrift ist – auch wenn ich mich mitunter über manches ärgere – ein journalistisches Qualitätsprodukt, das sich sehen lassen kann. Der RF ist vielseitig, interessant, lehrreich und kritisch. Seine seriösen innen- und außenpolitischen Hintergrundinformationen helfen, sich zu orientieren und eine eigene Meinung zu bilden. Das antifaschistische, friedenspolitische Profil des Blattes macht Mut, im Kampf gegen Faschismus und Krieg nicht nachzulassen.

Der RF, der sich auch in Gestaltung und Reproduktionstechnik sehen lassen kann, ist aus meiner Sicht unverzichtbar. Es bleibt zu wünschen, daß 2022 weitere neue Leser dazukommen.

Allen, die in irgendeiner Form an seiner Erstellung beteiligt sind, möchte ich ein großes Dankeschön aussprechen.

Diesen Dank für das Geleistete verbinde ich mit herzlichen Grüßen für das neue Jahr. Ich wünsche uns allen eine stabile Gesundheit. Möge es ein erfolgreiches, glückliches und vor allem friedliches Jahr werden!

Rolf Uhlig,
Berlin

Recht für Jedermann

Entgegen anderslautender Stimmen, die nach 1990 aufkamen, wurde in der DDR sehr viel Wert darauf gelegt, daß die durch die Volkskammer verabschiedeten Gesetze sowie Rechtsverordnungen der einzelnen Ministerien den Bürger auch erreichten und er sich informieren konnte. Dazu wurden vor allem im Staatsverlag regelmäßig Broschüren und Textsammlungen zu bestimmten Themengebieten, wie beispielsweise der Volksbildung oder dem Arbeitsrecht herausgegeben, die zu einem geringen Preis zu erwerben waren. Hinzu kamen viele Veröffentlichungen in Zeitungen und Zeitschriften, die sich mit Rechtsfragen des Alltags befaßten. Erinnert sei beispielsweise an die

im Fernsehen hatten Ratgebersendungen einen festen Platz. Dazu gehörte u.a. die Sendung „Fragen Sie Prof. Kaul“, die ab Mitte 1972 monatlich im ersten Programm des DDR-Fernsehens empfangen werden konnte. Aufgrund ihrer großen Beliebtheit wurde sie auch bald zusätzlich im zweiten Programm jeweils mit einigen Tagen Zeitversetzung wiederholt. Bis zu Kauls' Tod sind insgesamt 117 Folgen ausgestrahlt worden. Nach einer kleinen Pause übernahm der ebenfalls bekannte Rechtsanwalt Dr. Friedrich Wolff die Nachfolgesendung, die fortan den Titel „Alles, was Recht ist“ trug, und bis 1990 im Programm stand. Die Redaktion erhielt nach jeder Sendung im Durchschnitt

hatte. Dabei ist besonders hervorzuheben, daß vor allem die juristische Sprache seit Beginn der 60er Jahre von unverständlichem Ballast befreit wurde und viel Wert darauf gelegt worden ist, daß die formulierten Gesetze und Verordnungen für den Bürger begreifbar und nachvollziehbar waren. Er sollte nicht darauf angewiesen sein, sich zur Erklärung des Rechts jeweils eines Anwalts oder eines anderen juristischen Beraters bedienen zu müssen. Aus diesem Grunde herrschte auch weitgehend kein Anwaltszwang bei gerichtlichen Verfahren. Der Bürger konnte, gegebenenfalls mit Unterstützung des bei den Kreisgerichten ansässigen Sekretärs, Rechtsanträge aufnehmen lassen und sich auch in den Verhandlungen selbst vertreten, wenn er sich dies zutraute. Das 1961 in Kraft getretene Gesetzbuch der Arbeit, das 1977 durch das Arbeitsgesetzbuch abgelöst wurde, bildete den Auftakt für eine neue Rechtsprache. Ihm folgten 1966 das Familiengesetzbuch der DDR, 1968 die neue Verfassung und das Strafgesetzbuch einschließlich der Strafprozeßordnung sowie 1976 das Zivilgesetzbuch mit der Zivilprozeßordnung, die das bis dahin in weiten Teilen geltende Bürgerliche Gesetzbuch mit seiner sehr verquasteten und für den Laien völlig unverständlichen Diktion ablöste.

1985 erschien das „Rechtshandbuch für den Bürger“ und drei Jahre später das „Rechtswörterlexikon“. All diese Maßnahmen dienten dem Zweck, dem einzelnen das Recht auf verständliche Weise nahezubringen und unbegründete Ängste beim Umgang mit dem Recht abzubauen.

Die seit mehr als drei Jahrzehnten auch auf dem ehemaligen DDR-Territorium geltende bürgerliche Rechtsordnung hat diese Erfolge ins Gegenteil verwandelt. Vor allem durch eine umfangreiche Rechtsprechung, die keineswegs immer einheitlich ist, wird oft die Unklarheit mehr verstärkt als beseitigt. Zur Vermeidung solcher Erscheinungen hatte das Oberste Gericht der DDR regelmäßig ein Plenum durchgeführt und im Ergebnis Richtlinien veröffentlicht, die für alle Gerichte in der täglichen Rechtsanwendung ebenso verbindlich waren wie die geschriebenen Gesetze und Verordnungen. Die Bundesrepublik ist sicherlich ein Gerichtsstaat. Ob sie der viel gepriesene Rechtsstaat ist, darf angesichts der aufgezeigten Unterschiede bezweifelt werden.

RA Ralph Dobrawa



Professor Friedrich Karl Kaul in seiner Sendung

Beiträge zum Arbeitsrecht in der Tageszeitung des FDGB „Tribüne“ oder die in der „Wochenpost“ gegebenen Hinweise in einer viele Jahre bestanden Reihe, die den Leser unter dem Titel „Vor dem Schaden klug sein“ vor Nachteilen bewahren sollte. Unzählige Vorträge und rechtspolitische Veranstaltungen, die unter anderem durch die URANIA, der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse, organisiert wurden, trugen ebenfalls zur Verbreitung von Kenntnissen über das sozialistische Recht bei. Auch der Rundfunk wurde hierfür eingesetzt. In der Reihe „Nicht nur eine Akte“ berichtete der Gerichtsreporter und Jurist Dr. Udo Krause vor allem über arbeitsrechtliche Streitigkeiten und dazu geführten Verhandlungen vor den Kammern für Arbeitsrecht bei den Kreisgerichten. Die älteste Rechtsratgeber-Sendung des Rundfunks dürfte wohl „Dr. Kaul antwortet“ gewesen sein, die seit dem Jahr 1946 über den Äther wöchentlich ausgestrahlt worden ist und in der Hörerfragen zu aktuellen Rechtsproblemen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens beantwortet wurden. Die dabei vorgestellten Sachverhalte stellten freilich nur eine Auswahl dar. Die übergroße Mehrheit der Anfragen wurde von mehreren juristischen Mitarbeitern schriftlich beantwortet. Die Sendung lief zunächst bis April 1981 und wurde nach dem Tod von Professor Dr. Kaul noch einige Jahre unter anderem Titel fortgeführt. Auch

drei- bis viertausend schriftliche Anfragen, die überwiegend schriftlich beantwortet werden mußten. In der 25-minütigen Fernsehsendung konnten ebenfalls nur ausgewählte Probleme dargestellt werden. Dies erfolgte durch nachgespielte Szenen, die rechtliche Fragen verdeutlichten bzw. am Ende jeder Sendung durch Karikatur-Zeichnungen, welche die behandelten juristischen Probleme auflockern sollten. Sowohl Professor Kaul als auch Dr. Wolff beantworteten mit großer Sachkompetenz die gestellten Fragen und gaben Hinweise für die Lösung der damit verbundenen Probleme.

Wem diese zahlreichen Möglichkeiten noch immer nicht ausreichten, konnte sich auch wöchentlich dienstags an sein jeweiliges Kreisgericht wenden, wo in den späteren Nachmittagsstunden die dort tätigen Richter kostenlos Rechtsauskünfte erteilten. Auch die in den Betrieben angesiedelten Konfliktkommissionen oder die in den Wohngebieten tätigen Schiedskommissionen konnten zur Klärung rechtlicher Fragen angerufen werden.

Die Verdeutlichung der Verfolgung von Straftaten, unter anderem gegen das sozialistische Eigentum und die daraus erwachsenden Rechtsfolgen für die Täter erfolgte über Jahrzehnte in der Sendung „Der Staatsanwalt hat das Wort“, die von Dr. Peter Przybylski moderiert wurde.

Aus alledem wird deutlich, welchen großen Stellenwert die Rechtspublizistik in der DDR

Am 20. Dezember begeht

Dr. Jörg-Bernd Hoffmann

der die Leitung der „RotFuchs“-Regionalgruppe Erfurt übernommen hat, seinen 70. Geburtstag.

Lieber Jörg-Bernd, wir gratulieren ganz herzlich und würdigen vor allem Dein Zusammenwirken mit ISOR und der Deutsch Russischen Freundschaftsgesellschaft in Thüringen.

Moral der Menschlichkeit oder Kapitalismus

Die vom Kapital beherrschten Menschen werden zur Gleichgültigkeit, zum Stillhalten und zur Willfährigkeit erzogen. Die Herrschenden brauchen einerseits ein hochqualifiziertes, andererseits zugleich ein naives und vordergründig auf Konsum orientiertes Volk, das sich für Ziele wie Eigennutz, Rücksichtslosigkeit, Neid, Denunziation, Feindseligkeit, nicht zuletzt für kriminelle Energie mißbrauchen läßt. Ab 1989 wurde eine Verhaltensänderung auch unter der DDR-Bevölkerung spürbar. Die Losung „Vom Ich zum Wir“ kehrte sich immer mehr ins Gegenteil. Bisher erfolgreich in Grenzen gehaltener Egoismus bekam Nahrung und Schub durch Westmedien und bundesdeutsche Propagandainstitutionen wie das „Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen“. Das 100-DM-„Begrüßungsgeld“, mit dem nach Öffnung der Grenzen im November 1989 die DDR-Bürger geködert wurden, sowie die Einführung der D-Mark am 1. Juli 1990 wirkten für einen nicht geringen Teil verführerisch, zugleich aber auch trügerisch wie eine flimmernde Illuminierung auf dem Weg zurück in den überwunden geglaubten Kapitalismus.

In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß die Zahl der Zivilprozesse wegen Vermögensstreitigkeiten 1994 gegenüber den Vorjahren laut Bundesamt für Statistik von 2,1 auf 9,7 % und die von Nachbarschaftsstreitigkeiten sogar von 0,7 auf 12,4 % stiegen. Nach Recherchen des MDR (Mitteldeutscher Rundfunk) vom Oktober 2020 stieg ab Mitte 1990 die Anzahl der Anzeigen von Straftaten unter anderem wegen Gewaltandrohung, Raub

und Erpressung, Diebstahl und Unterschlagung um 30,3 % gegenüber 1989. Hierin sind die mit dem Einhergehen der durch die berüchtigte Treuhand praktizierte Privatisierung, Liquidierung und Ruinierung der volkseigenen Industrie erfolgten Wirtschaftsverbrechen nicht einbezogen. Laut MDR-Studie schätzte 1998 „der Untersuchungsausschuß, den der Bundestag zum Verbleib des DDR-Vermögens eingerichtet hatte, den Schaden der durch Veruntreuung, Betrug und andere kriminelle Handlungen im Zusammenhang mit der Privatisierung der DDR-Volkswirtschaft verursacht wurde, auf drei bis zehn Milliarden D-Mark“. Diese DDR-untypische Kriminalitätsentwicklung war Folge des einfließenden, das System des Kapitalismus prägenden moralischen Verfalls, des Strebens einzelner und ganzer Personengruppen nach wirtschaftlicher und politischer Macht. Geld und Vermögen avancierten zu „Heiligtümern“.

Nach der Einverleibung der DDR durch die BRD am 3. Oktober 1990 verstärkte sich der Trend zu zivil-, straf- und verwaltungsrechtlichen Prozessen in den neuen Bundesländern. Die 90er Jahre gingen in die Kriminalgeschichte der BRD sogar als „Zeit im wilden Osten“ ein. Bundesdeutsche Gerichte wurden doppelt überfordert, einerseits mit der Verfahrensflut und andererseits durch Unkenntnis, Unerfahrenheit, aber auch Ignoranz der Rechtsentwicklung und Rechtspraxis in der DDR gegenüber. Und so wurde in vielen Fällen nicht Recht gesprochen, sondern nur ein Urteil gefällt. Gesellschaftspolitische Einwirkungen auf die Handlungsmotive der Prozeßparteien,

gleich auf welchem Rechtsgebiet, sind ohnehin ein Tabu in der bundesdeutschen Rechtsprechung. Formalien bestimmen hier überwiegend die Entscheidungen der Gerichte, insbesondere, wenn es sich um politisch motivierte Taten handelt, wie z.B. in Prozessen gegen Neonazis, Rassisten und Antikommunisten. Deren Motive werden entweder im Prozeßverlauf ausgeblendet oder verharmlost, oft auch auf Einzeltäter-schaft heruntergespielt. Findet das politische Motiv der Straftäter in Urteilsbegründungen ausnahmsweise einmal Erwähnung, so wirkt das eher wie ein „Reinwaschen“ rechtsstaatlicher Versäumnisse oder gar nur als „Feigenblatt“ dafür.

Wer da glaubt, das Rechtssystem im Kapitalismus sei politisch und ökonomisch neutral, unterliegt einer Illusion. Das haben nach dem 3. Oktober 1990 auch zahlreiche frühere DDR-Bürger, die sich von der sogenannten Wende nicht blenden ließen, bitter erfahren müssen. Sie wurden gerichtlich belangt, weil ihre beruflichen, politischen, sozialen und gesellschaftlichen Aktivitäten in der DDR pauschal als Straftatverdacht im Sinne des bundesdeutschen Rechts interpretiert wurden. Das angestrebte Ergebnis war blamabel. Laut Bundesamt für Statistik mußten 98,8 % der Angeklagten freigesprochen werden. Nur 1,2 % der Verfahren führten zu Verurteilungen.

Sieger blieb hier die „Moral der Menschlichkeit“, gegen die auch eine damalige „frei-demokratische Kinkel-Rachejustiz“ keine Chance hatte.

Manfred Wild
Berlin

Abitur mit Berufsausbildung – eine gute Idee

Nach 16 Jahren Kanzlerschaft hinterläßt Frau Merkel eine Bundesrepublik mit vielen Baustellen und Problemen. Die schlimmsten sind die wachsende Armut, der Mangel an bezahlbarem Wohnraum, fehlende Lehrkräfte an den Schulen, eine katastrophale Gesundheitsversorgung, marode Straßen, Brücken und vieles weitere. Auch eine sanierungsbedürftige Eisenbahn gehören zur Merkel-Bilanz.

Werfen wir einen Blick zurück.

In der DDR konnte das Abitur, also die Hochschulreife, vor allem über die erweiterte Oberschule (EOS) erlangt werden. In der Regel wurden Schüler für den Besuch der EOS nach der achten Klasse nach Leistungskriterien ausgewählt. Gern wird heute kolportiert, daß nicht jeder das Abitur, aus welchen Gründen auch immer, machen durfte. Tatsächlich gab es noch andere Möglichkeiten, die Hochschulreife zu erreichen. Dazu zählten beispielsweise Abendkurse an der Volkshochschule, die Arbeiter- und Bauern-Fakultät und die Berufsausbildung mit Abitur. Egal, wie und wo man das Abitur in der DDR machte; es hatte überall das gleiche Niveau. Aus Anlaß des 50. Jahrestages des Abiturs und der Berufsausbildung trafen sich am 21. Juli zehn ehemalige Lehrlinge der Klasse „Abi 68“ der Berufsschule der Reichsbahn in Eberswalde. Sie erlernten den Beruf eines

Schienenfahrzeugschlossers. Die Berufsausbildung erfolgte im Reichsbahnausbesserungswerk „8. Mai“. In der Berufsschule der Deutschen Reichsbahn erhielten sie die berufstheoretische und Abitur-Ausbildung. Alle 14 Schüler, 12 Jungen und zwei Mädchen, haben sowohl das Abitur als auch die Berufsausbildung erfolgreich bestanden. Die meisten von ihnen absolvierten dann ein Studium und blieben der Eisenbahn treu.

Das Instandsetzungswerk der Reichsbahn in Eberswalde bestand seit 1878 und war immer ein wichtiger Teil des Industriestandortes. Vor 1989 waren in diesem Betrieb mehr als 1500 Arbeitskräfte beschäftigt. 2016 gab die „Deutsche Bahn“ aus unklaren Gründen diesen Standort auf. Heute gehört das Reparaturwerk zum Schienenfahrzeugbau Wittenberge GmbH, Werk Eberswalde.

Der jetzige Eigentümer ermöglichte der Klasse, zu der auch ich gehörte, eine Führung durch das Werk, die alte Ausbildungsstätte. Im anschließenden Meinungsaustausch über die Lehrzeit kamen einige interessante Erkenntnisse ans Tageslicht. Für die Berufsausbildung mit Abitur in einer Klassenstärke von vierzehn Schülern waren die Bedingungen ideal. Dafür müssen Eltern heutzutage richtig Geld bezahlen, wenn sie solche Ausbildungsbedingungen für ihre Kinder

wollen. Die Verknüpfung von Beruf und Abitur war für die Reichsbahn in der DDR wichtig, um aus eigener Berufsausbildung ingenieurtechnisches Potential zu gewinnen.

Die eindeutige Meinung in der Diskussionsrunde war: Der schienengebundene Personenverkehr und der Gütertransport auf der Schiene haben sich in Deutschland über Jahrzehnte nicht zum Positiven entwickelt. Strecken wurden im Osten und Westen der BRD eingestellt. Der Gütertransport auf der Schiene sinkt zugunsten des LKW-Transportes auf der Straße seit Jahren. Die Privatisierung der Deutschen Bahn war ein schwerer Fehler, weil Daseinsvorsorge ins Hintertreffen geraten ist und Profite für die Bahn im Vordergrund stehen.

Die dreijährige Berufsausbildung mit Abitur bei der Eisenbahn war einmalig in dem Sinne, daß bereits schienenfahrzeugtechnisch Vorgebildete gute Voraussetzungen für ein ingenieurtechnisches Studium auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens hatten. Das Abitur war gleichwertig mit dem Abitur an einer EOS und basierte auf dem einheitlichen Schulsystem der DDR.

Unbestritten war die Berufsausbildung mit Abitur in der DDR ein genialer Bildungsansatz für die Industrie und Landwirtschaft.

Dr. Ulrich Sommerfeld

„Damit die DDR keine Fußnote der Geschichte wird“

Am 20. August nahm ich in Quedlinburg an einer von Mitgliedern des Freidenker-Verbandes organisierten Lesung teil, zu der Hartmut König eingeladen war. Mit seinem Namen konnte ich zunächst nichts anfangen, mit seinen Liedern schon. 1970 trat er im Rahmen der UNO-Weltjugendversammlung, bei der Pete Seeger ihm seine Gitarre lieh, in New York auf. Im gleichen Jahr überraschte er mit dem damals kultigen Song „In der MokkaMilch-Eisbar“, und als Mitbegründer des „Oktoberklubs“ schrieb er 1973 unter anderem die Weltfestspiel-Hymne „Wir sind überall“. Mit „Ich zahl, sie zahlt“ bekennt er sich zur Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann. Das FDJ-Lied „Sag mir, wo du stehst!“ stammt ebenso aus seiner Feder wie der Titelsong des DEFA-Klassikers „Heißer Sommer“. Doch nicht für eine künstlerische Laufbahn entschied sich Hartmut König, sondern für eine politische. Zunächst studierte er Journalistik. Nach seiner Dissertation und weiteren Stationen wie dem Internationalen Studentenbund in Prag wurde er 1976 Kultursekretär des FDJ-Zentralrats. In dieser Funktion war er u.a. für die Koordinierung und Organisation von Konzerten an der Radrennbahn Weißensee verantwortlich, bei denen solche Künstler wie Bruce Springsteen, Joe Cocker

und Bryan Adams auftraten. Bruno Apitz, Autor des Buchs „Nackt unter Wölfen“, war 1967 sein SED-Bürge. 1986 wurde der Liedermacher und Funktionär Mitglied des Zentralkomitees der SED.

1947 geboren, war Hartmut König eine beeindruckende Laufbahn beschieden. Er ist ein echtes DDR-Kind. Meistens sprach er von „Wir“, selten von „Ich“. Sowohl in der Lesung als auch im Buch wurden Fehler in der DDR nicht ausgespart, auch seine eigenen nicht. Er, der als Mitglied des Internationalen Studentenbundes und des Weltfriedensrates viele Länder sah, besaß auch Privilegien. „Mit dem Privileg Reisefreiheit habe ich nie geprahlt und gewußt, daß es – als Privileg – abgeschafft gehört.“ „Mit jahrzehntelangem Abstand scheint sich zu zeigen, wie nachhaltig die Singebewegung in vielen Ostbiographien als ein politischer und kultureller Orientierungspunkt gewirkt hat.“ Der Versuch jedoch, Kultur und Kunst zur Herausbildung eines sozialistischen Bewußtseins einzusetzen, hat der Argumentation von König zufolge zu wenig gegriffen. Kunst sollte unbedingt auch die Funktion haben, Politik kritisch zu begleiten. „Dies klappte in der DDR zu wenig“, bemerkte er. Auch wurden Debatten über Kunst und Kultur immer seltener, wie zum Beispiel

diejenige, als sich Redakteure des „Neuen Deutschland“ für die – später zeitweise verbotene – Rockgruppe Renft einsetzten und diese zum eigenen Pressefest einluden. Mehr von dieser Lockerheit, wo dies möglich war, hätte der DDR-Führung sicher gutgetan, so der Autor.

Hartmut König erzählt auf 560 Seiten sein Leben, das mit den politischen Ereignissen sehr eng verzahnt ist und so auch die Geschichte der DDR, insbesondere aus künstlerischer Perspektive, spiegelt. Seine Autobiographie signiert er auch gern mit dem Wunsch: „Damit die DDR keine Fußnote der Geschichte wird.“ Sein Werk, an dem er sieben Jahre arbeitete, ist flüssig geschrieben und hat ein umfangreiches Personenregister, so daß es sich auch als ein Nachschlagewerk für diese Zeit nutzen läßt. Ich empfehle es gern jungen Menschen, die nach einer Alternative zum Kapitalismus suchen, da es bei einem bewußten Lesen viel über den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft vermittelt und Perspektiven aufzeigt, die auf ihre Umsetzung warten.

Stefan Otto

Jena

Hartmut König: Warten wir die Zukunft ab, neues Leben, 3. Auflage 2020, 24,99 Euro

Soldat und Friedenskämpfer

Der Lebensbericht von Fritz Rathig

Fritz Rathig wurde 1922 in Stavenhagen geboren, er starb 1997 in Berlin. Seine Jugend verbrachte er im Faschismus, meldete sich zur Wehrmacht, kam 1945 in US-Gefangenschaft und fand nach der Rückkehr mit Hilfe der Kommunisten Erna und Hans Warnke seinen Platz im antifaschistisch-demokratischen Umbruch im Osten Deutschlands. Er wurde Mitglied der SED, engagierte sich in deren Auftrag in der Friedensbewegung, und der Friedensrat der DDR wurde bis zur Pensionierung seine berufliche Wirkungsstätte. Von 1974 bis 1982 war er in Helsinki als Sekretär des Weltfriedensrates tätig. Rathig leitete von 1953 bis 1958 die Zentralschule des Deutschen Friedensrates im uckermärkischen Götschendorf und wurde 1989, schon im Ruhestand, zum Vorsitzenden einer Kommission berufen, die mit der Erforschung der Friedensbewegung beauftragt war. Bei seinem Tod hinterließ er das bis etwa 1970 reichende Manuskript seines Lebensberichtes. Elke und Michael Polster haben es behutsam ergänzt und nun unter dem Titel „Von Deutsch-Südwest nach Deutsch-Nordost“ herausgegeben. Das „Nord-Ost“ bezieht sich auf die Sowjetische Besatzungszone und die DDR. „Deutsch-Südwest“ gehörte für Rathig „zu den ersten Wörtern, die ich in meinem Elternhaus als eine politische Begriffsbestimmung erfuhr“. Sein Vater war in „Deutsch-Südwest-Afrika“ Offizier der sogenannten deutschen Schutztruppe

gewesen, hatte aus dem Weltkrieg eine Waffensammlung mitgebracht, die Familienbibliothek war vor allem deutschen Kolonien und Kriegen gewidmet. Man hielt die „Deutsche Kolonialzeitung“. Hans Grimms Roman „Volk ohne Raum“ wurde zum Wegweiser. Die Empörung darüber, als junger Mann auf diesen Weg geschickt worden zu sein, spricht noch aus Zeilen, in denen Rathig die Annexion der DDR mit der „Kolonialisierungspraxis des vergangenen Jahrhunderts“ vergleicht. Die Treuhand hinterließ in der Tat eine industrielle Wüste, Parallelen zum Wüten der Kolonialbeamten des Kaiserreichs sind heute vielleicht noch angebrachter als zu der Zeit, als Rathig seinen Bericht verfaßte. Ihm blieb der Anblick des „Humboldt-Forums“, das die Einheit von altem und neuem Kolonialismus symbolisiert, erspart. Sein Temperament und seine Weltkenntnis ließen ihn vor mehr als 25 Jahren erkennen, woher der Haß und die Wut auf die Ostdeutschen in der alten BRD kamen.

Der Verfasser schildert detailliert seinen Lebenslauf, der so nach 1945 nur im Osten Deutschlands möglich war. Wobei eine persönliche Bekanntschaft für die Überwindung der bisherigen Ideologie eine Rolle spielte: Noch nach 45 Jahren sah Rathig in seinen Gesprächen mit Hans Warnke (1896–1984) – einer „Einheit von Vortrag, Seminar und Konsultation über Gott und die Welt“ – die „entscheidende Wende in meinem damaligen Leben“. Rathig, der sich 1948 endgültig für

Ostdeutschland entschied, arbeitete bald in Wittenberge in der Volksbildung und als Parteiagitator. Er folgte 1951 dem Ruf, zunächst in Potsdam hauptamtlich für die Friedensbewegung, d. h. die Abwehr eines Atomkrieges zu kämpfen, bevor er 1953 Schulleiter wurde. Rathig lernte in dieser und in den späteren Funktionen viele Persönlichkeiten der Welt- und der westdeutschen Friedensbewegung kennen. Konflikte mit Partei und Staat blieben nicht aus, etwa als auf Beschluß des Politbüros des ZK der SED 1962 die Arbeit des Friedensrates deutlich reduziert wurde. Er meint, viele Mängel, Schwächen und Fehler in dessen Tätigkeit seien auf das nunmehrige Fehlen demokratischer Legitimation zurückzuführen. Besonders erschwerend habe sich das ausgewirkt, als nach der internationalen Anerkennung der DDR das Interesse an deren Friedensbewegung gestiegen sei. Sein Grunderlebnis seien Krieg und Frieden gewesen, schreibt der Autor am Ende des Buches nachdenklich. In nachfolgenden Generationen schien ihm „die Glut“ zu fehlen, „die durch solche Erlebnisse zu Feuer entfacht“ werden. Dieses tiefe Problem einer sozialistischen Gesellschaft offen anzusprechen, gehörte zu seiner konsequenten Haltung, die ihn leitete.

Arnold Schölzel

Fritz Rathig: Von Deutsch-Südwest nach Deutsch-Nordost. Ein Lebensbericht. Nora Verlag, Berlin 2020, 492 Seiten, 28 Euro

Es ist (noch) kein Krieg, aber eben auch kein Frieden

Wir werden voneinander getrennt, und müßten uns doch wahrnehmen, einander vergewissern. Dieses Auseinanderbrechen, auch das macht den Alltag mühsam: Zum Beispiel, wenn ich zu meinen Patienten fahre, dann sind das nur noch Umwege; manchmal kann ich die einfachsten Dinge nicht erhalten oder sie sind mit langen Bestellzeiten verbunden. Vor kurzem mußte ich mehrere Apotheken anfahren, um Windeln zu erhalten, und dann waren es teurere und

Im Mai war einer dieser gefährlichen Momente, als wir fürchten mußten, daß die Kiewer Truppen einen Angriff auf den Donbass starten. Er fand nicht statt; aber jetzt ging es wieder los, mit dem Einsatz einer türkischen Kampfdrohne, mit zunehmendem Beschuß der Dörfer im Donbass, es sind wieder US-Schiffe im Schwarzen Meer, und wieder NATO-Manöver, so wie eigentlich immer NATO-Manöver sind außer im tiefsten Winter.

das ganze ökonomische, politische, administrative System in einem Zustand, daß der Wunsch, ein Auto anzumelden, schon fast an die Systemgrenze führt.

Wann, fragt man sich, werden all die Verschlechterungen für die Arbeiterklasse als solche erkannt, hier, in Deutschland?

Wenn die Impfungen die normale Gesundheitsversorgung verhindert, weil das Impfen einträglicher ist; wenn das Warten auf Arzttermine monatelang dauert; wenn es keine Ersatzbetreuung in der häuslichen Pflege mehr gibt; aber auch, wenn die CO₂-Steuer sich als Teuerung durch alle Lebensbereiche fräst, oder wenn Ausbildungen in Betrieben unterbrochen werden – das alles sind solche Verschlechterungen, spürbare, deutliche, aber noch wird nicht dagegen gekämpft.

Der Alltag ist ein Hindernislauf mit unzähligen Hürden, Regeln, Vorschriften, Verboten. Die ganz gewöhnliche bürgerliche Republik, in der man sein Wissen und seine Überzeugung zumindest noch bewahren konnte, ist verschwunden, ersetzt durch ein Notstandsregime ohne Logik und Ziel, das eine ganz reale tiefe Krise durch ein bizarres Theater ersetzt, das jedem von uns langsam die Atemluft raubt.

Unsere Kraft hängt daran, im Dunkeln zu erkennen, wie weit der Weg ist, der noch vor uns liegt.

Dabei ist die Zukunft bereits Gegenwart. Wir merken den Verfall, aber wir müssen in die Ferne blicken, um zu erkennen, was möglich wäre; welche Lebensmöglichkeiten an uns vorüberziehen, weil ein sterbendes System seine eigenen Voraussetzungen verzehrt. Blickt nach China! Wie ging der Witz über den Flughafen Berlin-Brandenburg? Eine chinesische Baufirma sei nicht zu haben, um ihn fertigzustellen, weil sich für einen halben Tag die Anreise nicht lohnt?

Deutschland braucht Verantwortlichkeit, Zuverlässigkeit und Zukunftsperspektiven, die nicht aus Verzicht und Chaos bestehen. Und ganz gleich, was an verrückten Maßnahmen noch auf uns zukommt, welche Kapriolen noch geschlagen werden – wir wissen, daß dieses Spiel enden wird, und wir wissen, wohin es dann geht.

Denn das zumindest ist klar: Die großen Pläne sind bereits gescheitert. Es ist nicht gelungen, Rußland, und schon gar nicht China zu brechen und zu unterwerfen. Damit sind alle Pläne, über „Klimaschutzmaßnahmen“ Afrika und Lateinamerika neue Ketten anzulegen, Makulatur.

Die Vorhaben, durch schlichte Vernichtung von Produktivkräften aus einem scheiternden Wirtschaftssystem Herrschaft und Reichtum der herrschenden Klasse zu retten, wenn auch sonst nichts, erleiden Schiffbruch am selben Fels. Aber sie pflegen ihn immer noch – den Wahn vom Sieg.

Liane Kilinc
Wandlitz



30. Juni 2021, Süden der Ukraine: Ukrainische Soldaten schieben eine türkische Bayraktar-Drohne während der NATO-Übung „Sea Breeze 2021“

zu wenig. Selbst in den Supermärkten fehlt mal dies, mal das, die Einkäufe und Besorgungen für meine Patienten werden zum Lotteriespiel. Wenn ich ausfalle, gibt es keinen verlässlichen Ersatz mehr. Eine meiner Töchter wartet seit Monaten auf Elterngeld; der anderen wurde gekündigt, bekam dann denselben Job zu schlechteren Bedingungen angeboten. Das Recht erodiert. Offener Betrug durch die Reichen geschieht straflos, aber unsereins kann selbst nominell vorhandene Rechte nicht mehr verwirklichen. Alles wird teurer, die Lebensbedingungen der arbeitenden Klasse werden schlechter, aber die Reichen immer reicher.

Ich wundere mich oft, wie viel sich die Menschen haben nehmen lassen, in den letzten zwei Jahren.

Wie schamlos das Vermögen der Milliardäre weiter aufgeblasen wurde, und wie übergangslos die einfachsten Rechte zur Makulatur wurden. Ich sehe die Müdigkeit, das Atemlose in den Gesichtern, ich erlebe nach wie vor den Gehorsam und frage mich täglich: Wie lange noch?

Es ist (noch) kein Krieg, aber eben auch kein Frieden, weder nach außen noch nach innen.

Die Rhetorik legt immer noch einen Zahn zu. Den Menschen hier wird sogar eingeredet, Rußland sei an den hohen Gaspreisen schuld, dabei ist es die Spekulation der hiesigen Zwischenhändler, die den Preis treibt. Und die nächste Bundesregierung wird noch eine Schippe drauflegen, dafür werden die Grünen schon sorgen.

Seit sieben Jahren leben wir am Rande eines großen Krieges, dieses Land immer an vorderster Front bei der Rüstung wie bei der Propaganda, Tag für Tag wird Stimmung gemacht gegen die erwählten Feinde Rußland und China.

Und Corona mittendrin. Alles an, mit und um die Pandemie ist der Nebel, der uns hindert, die Dinge zu sehen, wie sie sind. Es ist nicht Zustimmung, auf die sich gerade die Macht stützt, es ist Erschöpfung, Angst.

Der Wunsch nach Ordnung in einer Welt, die völlig durcheinandergeraten ist, durcheinandergeworfen wurde. Aber es ist keine Ordnung mehr zu haben mit diesem System und seinem politischen Personal, es sei denn die eines Friedhofs.

Was hat man sich Gedanken gemacht um „Übergangsforderungen“. Mittlerweile ist

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Revisionismus in der deutschen Arbeiterbewegung

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen. **RF**

14. Juli 1977

Mancher von Ihnen wird sicherlich beim Thema dieses Vortrages an das geflügelte Wort Eduard Bernsteins denken, daß das Ziel nichts, die Bewegung dagegen alles sei. Eine solche Gedankenverbindung wäre durchaus berechtigt, trifft sie doch das Wesen der Bestrebungen jener Kräfte, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts in der internationalen Arbeiterbewegung mit der Behauptung auftraten, daß der Marxismus veraltet sei und daher revidiert werden müsse.

Solche Versuche hatte es natürlich auch schon früher gegeben. Der Revisionismus, der um die Jahrhundertwende hervortrat, unterscheidet sich jedoch von ihnen hauptsächlich in folgender Beziehung:

Erstens handelte es sich bei ihm um den damals geschlossenen Ausdruck der bereits vorhandenen opportunistischen Strömungen und einer nun in der Arbeiterbewegung einsetzenden bürgerlichen Klassenlinie. Angesichts der Stärke, die der Marxismus bereits erreicht hatte, konnten nun bürgerliche Ideologie und Klassenpolitik nicht mehr offen und unverhüllt vertreten werden, sondern das mußte – um sich den Anschein der Glaubwürdigkeit zu geben – unter der Flagge des Marxismus erfolgen.

Die angebliche Notwendigkeit einer solchen Revision wurde mit dem Hinweis auf die neuen Erscheinungen der gesellschaftlichen Entwicklung begründet, die am Ende des 19. Jahrhunderts hervortraten. Es war in der Tat so, daß zu dieser Zeit alle Grundfragen des proletarischen Klassenkampfes auf neue Art gestellt wurden und eine schöpferische Beantwortung durch den Marxismus erforderten. Die Revisionisten behaupteten zwar, daß sie hierzu fähig seien – ihr Beitrag zur Weiterentwicklung des Marxismus bedeutete jedoch tatsächlich nichts anderes als die Preisgabe seines revolutionären Inhalts zugunsten von Grundsätzen bürgerlicher Ideologie und Politik und somit seine Verfälschung.

Besonders charakteristisch für den Revisionismus waren die Auffassungen Eduard Bernsteins, der sich während der Geltungsdauer des Sozialistengesetzes (1878–1890) als Redakteur des illegalen Parteiorgans „Der Sozialdemokrat“ zunächst durchaus Verdienste bei der Durchsetzung des Marxismus in der deutschen Sozialdemokratie erworben hatte. Das war nicht zuletzt auf den direkten Einfluß zurückzuführen, den damals Friedrich

Engels auf ihn ausübte. Nach dem Fall des Ausnahmegesetzes konnte Bernstein zunächst nicht nach Deutschland zurückkehren, weil er mit Verfolgungsmaßnahmen der reaktionären Klassenjustiz rechnen mußte. Von englischen Sozialreformisten und Trade-Unionisten maßgeblich beeinflusst, veröffentlichte Bernstein seit 1896 in der „Neuen Zeit“, dem theoretischen Organ der deutschen Sozialdemokratie, eine Artikelserie, in der er sich mit grundlegenden Anschauungen des Marxismus auf den Gebieten der Philosophie, Politik, Ökonomie und des wissenschaftlichen Kommunismus befaßte. Eine Zusammenfassung dieser Essays erfolgte in seinem Anfang 1899 erschienenen Buch „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“. In diesem Werk, das gewissermaßen als Credo des damaligen Revisionismus zu betrachten ist, gab sich Bernstein den Fragen der Zeit gegenüber sehr aufgeschlossen. Das sah allerdings so aus: Er wandte sich gegen die „Alleinherrschaft“ des wissenschaftlichen Kommunismus in der Arbeiterbewegung und hob hervor, daß er von einer Reihe bürgerlicher Ökonomen „auf viele Tatsachen aufmerksam“ gemacht worden sei und von ihnen „einiges“ gelernt habe. Bernstein ging es jedoch nicht um eine parteiliche Berücksichtigung und Verarbeitung richtiger Teilerkenntnisse bürgerlicher Ideologen, sondern sein Anliegen bestand darin, bürgerlich-reformistische Gedanken mit dem Marxismus zu verquicken. Vom revolutionären Gehalt der Lehren von Marx und Engels war nichts mehr zu spüren. Das scheinbar Moderne und Weltoffene des Bernsteinschen Vorgehens erwies sich so tatsächlich als gegen den gesellschaftlichen Fortschritt gerichtet. Der Feldzug der Revisionisten gegen das angebliche Dogma des Marxismus war in seinem politisch-ideologischen Gehalt nichts anderes als marxistisch verkleideter Reformismus, mit dem alle Grundinteressen der Arbeiterklasse preisgegeben wurden und die Massen vom Weg des revolutionären Kampfes weggeführt werden sollten.

Zweitens ist für den Revisionismus um die Jahrhundertwende charakteristisch, daß der Angriff gegen den Marxismus sehr umfassend geführt wurde und sich gegen alle seine entscheidenden Lehren richtete. Von den Positionen bürgerlicher Auffassungen ausgehend wurde die Existenz einer Materie außerhalb und unabhängig vom Bewußtsein ebenso bestritten wie der objektive Inhalt

der marxistischen Dialektik. Der historische Materialismus wurde als „primitiv“ und „veraltet“ diffamiert und ihm unterstellt, daß er die aktive Rolle der Ideen und der Persönlichkeit in der Geschichte verneinen würde. Die zunächst relativ friedliche Entwicklung des Kapitalismus nach der Niederschlagung der Pariser Kommune von 1871 veranlaßte die Revisionisten zu der Behauptung, der Klassenkampf würde in den fortgeschritteneren kapitalistischen Ländern „mildere Formen“ annehmen. Im Gegensatz zu den objektiven Erfordernissen der neuen historischen Epoche des Imperialismus und im Widerspruch zu der Tatsache, daß sich mit der Entwicklung großer Wirtschaftsimperien alle gesellschaftlichen Widersprüche zunehmend verschärften, propagierten die Revisionisten den Verzicht auf den revolutionären Klassenkampf. Sie behaupteten, die Arbeiterklasse könne im Rahmen der bestehenden Ausbeutergesellschaft „friedlich in den Sozialismus hineinwachsen“. Anstatt die Arbeiterklasse auf eine revolutionäre Veränderung der Machtverhältnisse zu orientieren und auch dementsprechend vorzubereiten, propagierten sie Illusionen über die bürgerliche Demokratie und den Parlamentarismus, leugneten deren Klasseninhalt und überschätzten Rolle und Funktion der bürgerlichen Gesetzlichkeit. Wie das anfangs zitierte Wort Bernsteins verdeutlicht, ging es den Revisionisten darum, den untrennbaren Zusammenhang von Reform und Revolution nicht nur zu leugnen, sondern die Reform, wie Rosa Luxemburg treffend bemerkte, „aus einem Mittel des Klassenkampfes zu seinem Zwecke“ zu machen. Der Marxismus ist bekanntlich grundsätzlich für den Kampf um Reformen, das heißt für den Kampf um Verbesserungen der Lage der Werktätigen im Kapitalismus. Er ist jedoch prinzipiell gegen eine Reformierung dieser Ausbeuterordnung, die dann beginnt, wenn die Reform verabsolutiert, die historische Notwendigkeit der Revolution gelehnet und so der Reformismus – wie Lenin formulierte – zu einem „bürgerlichen Betrug an den Arbeitern (wird), die, solange die Herrschaft des Kapitals bestehen bleibt, ungeachtet einzelner Verbesserungen stets Lohnsklaven bleiben werden“.¹

Wenn Rosa Luxemburg ihrer 1899 veröffentlichten Streitschrift gegen die Revisionisten den Titel „Sozialreform oder Revolution?“ gab, dann entsprach das dem Grundanliegen des antirevisionistischen Kampfes – war für



Erste Ausgabe von Rosa Luxemburgs Broschüre gegen den Revisionismus 1899

sie doch mit Recht die Beantwortung der damit gestellten Frage unlösbar mit der nach dem Sein oder Nichtsein der sozialistischen Arbeiterbewegung verbunden. „In der Auseinandersetzung mit Bernstein und seinen Anhängern“, schrieb sie, „... handelt es sich nicht um diese oder jene Kampfweise, nicht um diese oder jene Taktik, sondern um die ganze Existenz der sozialdemokratischen Bewegung.“²

Ganz in diesem Sinne wies Lenin 1908 in seinem bedeutenden Aufsatz „Marxismus und Revisionismus“ darauf hin, daß Bernsteins Verzicht auf das sozialistische Endziel zugunsten der Reform das Wesen des Revisionismus besser zum Ausdruck brachte „als viele langatmige Ausführungen. Die Haltung von Fall zu Fall festlegen, sich an Tagesereignisse, an das Auf und Ab im politischen Kleinkram anpassen, die Grundinteressen des Proletariats ... um wirklicher oder vermeintlicher Augenblicksvorteile willen opfern – darin besteht die revisionistische Politik. Und aus dem Wesen dieser Politik selbst geht augenfällig hervor, daß sie unendlich mannigfaltige Formen annehmen kann.“³

Es war gerade das Verschwommene, oft schwer Greifbare und Unbestimmte, das den Revisionismus so gefährlich für die Arbeiterbewegung machte und seine Verbreitung begünstigte. Um die Jahrhundertwende waren die Revisionisten in der Partei August Bebel's und Wilhelm Liebknecht's zunächst nichts anderes als geduldete Gäste. „Die große Masse“, stellte der Berliner Polizeipräsident 1899 in einer geheimen Übersicht fest, „steht Bernstein und seiner Lehre zunächst gleichgültig, wenn nicht gar feindlich gegenüber.“ Die proletarische Klassenlinie in Gestalt der marxistischen Ideologie und Klassenpolitik war in der deutschen Sozialdemokratie so stark, daß sich selbst einige der führenden Opportunisten mit Bernsteins Taktik nicht einverstanden erklärten. Nach dem Bekanntwerden seiner revisionistischen Thesen

schrrieb ihm z. B. sein Gesinnungsgenosse Ignaz Auer: „Lieber Ede, Du bist ein großer Esel, denn so was sagt man nicht, so was tut man!“ Und die Revisionisten taten das auch in der Folgezeit. Bis zum Beginn des ersten Weltkrieges breitete sich der Opportunismus wie ein Krebsgeschwür in der deutschen Arbeiterbewegung aus, vollzog sich die Umwandlung der deutschen Sozialdemokratie in eine kleinbürgerliche, reformistische Partei. Dabei konnten die Revisionisten an frühere, nicht überwundene Einflüsse der kleinbürgerlichen und bürgerlichen Ideologie auf die deutsche Arbeiterbewegung anknüpfen und auch den Umstand ausnutzen, daß in der deutschen Sozialdemokratie entscheidende Lehren der Pariser Kommune von 1871 über den Weg zur Eroberung der politischen Macht der Arbeiterklasse und über die Diktatur des Proletariats nicht gezogen worden waren.

Der Revisionismus – und damit komme ich zu einem *dritten* Gedanken – trat um die Jahrhundertwende nicht nur in der deutschen Arbeiterbewegung hervor, sondern das geschah zu dieser Zeit in allen imperialistischen Ländern. Ich möchte hier nur hinweisen auf die Possibilisten und Millerandisten in Frankreich, die Legalisten in Belgien, die Trade-Unionisten und Fabier in England und die sogenannten legalen Marxisten und die Ökonomen in Rußland. Es handelt sich beim Revisionismus um eine internationale Erscheinung, die mit dem Beginn der Epoche des Imperialismus gesetzmäßig entstand und deren Klassenwurzeln in der imperialistischen Gesellschaft liegen. Die gemeinsame soziale Grundlage des Revisionismus bildeten hauptsächlich die Arbeiteraristokratie, proletarisierte Kleinbürger und die Arbeiterbürokratie. Eine objektive Quelle war aber auch der wachsende Druck, den bürgerliche Ideologie und kleinbürgerliche Spontaneität auf die bewußtseinsmäßig noch nicht genügend gefestigten und im Klassenkampf noch wenig erfahrenen Teile der Arbeiterklasse ausübten. Eine weitere Ursache ergab sich aus der ungleichmäßigen, sprunghaften Entwicklung des Kapitalismus. Lenin bezeichnete den „dialektische(n) Charakter der gesellschaftlichen Entwicklung, die sich in Widersprüchen und durch Widersprüche vollzieht“, als eine „ständige Quelle der Differenzen“ in der Arbeiterbewegung.⁴

Revisionismus tritt, wie bereits gesagt, verschwommen und in den vielfältigsten Formen in Erscheinung. Sein zutiefst antimarxistischer, gegen die Lebensinteressen der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen gerichteter Charakter kann nur dann richtig und umfassend erkannt werden, wenn wir von dem gesetzmäßigen Zusammenhang ausgehen, der zwischen Imperialismus und jeder Spielart von Opportunismus besteht, wenn wir stets beachten, daß sich die Revisionisten auf der anderen Seite der Klassenbarrikade befinden. Seit Bernstein wird zwar von ihnen immer wieder bekundet, sie seien Gegner des Kapitalismus und befänden sich fest auf dem Boden des Sozialismus. Aber das sind nur Worte. Sie stehen in krassem Widerspruch zur objektiven Rolle und Funktion des Revisionismus, nämlich die Arbeiterbewegung zu spalten, in ihren Reihen die bürgerliche

Ideologie zu verbreiten, die Arbeiterklasse so an der Erfüllung ihrer weltgeschichtlichen Mission zu hindern und den reaktionären Klasseninteressen der Monopolbourgeoisie unterzuordnen.

An der Wende zum vorigen Jahrhundert traten die Revisionisten in der internationalen Arbeiterbewegung mit dem Anspruch hervor, im Gegensatz zu angeblichen Utopien der revolutionären Marxisten eine „realistische“ Antwort auf die Frage: Was ist Kommunismus? zu geben. Diese Antwort sind sie freilich bis heute schuldig geblieben. Alle ihre Projekte blieben Utopien und landeten auf dem Schutthaufen der Geschichte. Ihre ständigen Beteuerungen, für Freiheit, Demokratie und Humanität zu sein, verschleiern nur die unwiderlegbare Tatsache, daß es ihnen noch niemals möglich war, Worten auch entsprechende Taten folgen zu lassen.

Das konstatiere ich nicht etwa mit Schadenfreude. Welche unsäglichen Leiden wären der Arbeiterklasse und den Volksmassen erspart geblieben, wenn es dem Imperialismus nicht möglich gewesen wäre, mit Hilfe des Opportunismus weiter zu existieren und seine Herrschaft über das Volk zu verlängern! Die Ideen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution haben die Welt verändert. Aber wieviel weiter wäre heute schon der gesellschaftliche Fortschritt, wenn sich sein Todfeind, der Imperialismus, nicht auf den Opportunismus stützen könnte!

Eine der entscheidenden Lehren der Geschichte der deutschen wie der internationalen Arbeiterbewegung besteht also darin, daß die Überwindung des Revisionismus und jeder anderen Erscheinungsform bürgerlicher Ideologie in der Arbeiterbewegung eine unabdingbare Voraussetzung für den siegreichen Kampf gegen den Imperialismus und für den Sozialismus ist.

Anmerkungen

- 1 W. I. Lenin, Marxismus und Reformismus; in: Werke, Bd. 19, S. 363
- 2 R. Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 1/1, S. 369 ff.
- 3 W. I. Lenin, Marxismus und Revisionismus; in: Werke, Bd. 15, S. 26
- 4 W. I. Lenin, Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung; in: Werke, Bd. 16, S. 354

Die Redaktion des „RotFuchs“ bittet um Unterstützung beim monatlichen Korrekturlesen der Druckfahnen.

Genossinnen oder Genossen, die uns helfen möchten, melden sich bei Bruni Steiniger, Wolfgang Dockhorn oder Arnold Schölzel.

Der Kongreß der Werktätigen

Der Volksentscheid über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten im Juni 1926 war ein Erfolg der Aktionseinheit von Kommunisten, Sozialdemokraten und ihrer Bündnispartner, obwohl trotz der 14,5 Millionen Stimmen – das waren 36,4 Prozent aller Wahlberechtigten – die erforderliche Mehrheit nicht erreicht wurde. In der Folgezeit bemühte sich die KPD, den Schwung dieser großen Massenbewegung zu nutzen, um ein breites Bündnis mit allen antikapitalistischen Kräften zu erreichen. Sie lud für den 3. bis 5. Dezember 1926 zu einem Kongreß der Werktätigen nach Berlin ein.

In Vorbereitung darauf erläuterte Fritz Heckert, Mitglied des Politbüros des ZK der KPD, am 30. August 600 Berliner Betriebsräten die Aufgaben im Kampf gegen die Folgen der kapitalistischen Rationalisierung. Sie beschlossen, einen vorbereitenden Ausschuß für den Kongreß der Werktätigen zu bilden. Am 9. September wählten 1500 von Betriebsräten entsandte Delegierte in einer Versammlung in Kliems Festsälen, die Wilhelm Pieck leitete, einen Reichsausschuß der Werktätigen. Ihm gehörten Vertreter verschiedener werktätiger Schichten an.

Zu dem großen Ereignis, das unter der Losung „Es lebe der gemeinsame Kampf der Werktätigen in Stadt und Lande!“ im Mercedes-Palast im Berliner Wedding stattfand, trafen sich 1956 Delegierte. Außer 858 Kommunisten nahmen neun Mitglieder der Christlich Sozialen Reichspartei, 15 Mitglieder des Sozialistischen Bundes und drei Mitglieder

der Deutschen Demokratischen Partei teil. 42 Delegierte vertraten die Bauernschaft, und eine Konferenz Berliner Geistesschaffender hatte unter anderem Heinrich Zille entsandt.



Georg Ledebour (1850–1947)

Im Unterschied zum Volksentscheid gegen die Fürsten lehnte die Führung der SPD eine Teilnahme ab. Trotzdem waren rund 137 Sozialdemokraten erschienen, von denen fünf kurz danach aus der Partei ausgeschlossen wurden. Gegen die Haltung ihrer Führung nahmen die sozialdemokratischen Delegierten in einem offenen Brief Stellung. „Mehr denn sonst haben wir eine gemeinsame Arbeit nötig“, schrieben sie. „Die sich immer steigende Erwerbslosigkeit und die damit verbundene Steigerung der Massennot muß uns anspornen, alle Kräfte der werktätigen Massen zusammenzuschließen, um gemeinsam den Kampf gegen den einen Fend, das Kapital, aufzunehmen.“

Den Kongreß eröffnete der Vorsitzende des Sozialistischen Bundes Georg Ledebour. Das Hauptreferat „Über Kriegsgefahr, Rationalisierungskrise und den Kampf des werktätigen Volkes um seine Existenz“ hielt Fritz Heckert. Er schilderte die Lage der Arbeiterklasse, der Kleinbauern und des Mittelstandes und wies nach, daß das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus gleichbedeutend war mit dem Vormarsch der Reaktion auf allen Gebieten. Fritz Heckert nannte als Kampfziele die Herabsetzung der Arbeitszeit, Lohnerhöhungen, ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen und der Rentempfänger sowie Landzuteilung an die Kleinbauern. Wilhelm Koenen, leitender Funktionär der KPD, sprach über die Notlage des werktätigen Mittelstandes und Theodor Neubauer, KPD-Funktionär und Mitglied des Reichstages, schätzte die Kampagne für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten ein. Zu Wort meldeten sich auch Willi Joseph als Vertreter der Erwerbslosen und Xaver Freiburger von der freigewerkschaftlichen Betriebsräteversammlung in München. Der Kongreß erarbeitete ein Kampfprogramm gegen die verschärfte Ausbeutung der Werktätigen durch die kapitalistische

Rationalisierung. Die Delegierten richteten an alle Proletarier die dringende Aufforderung, sich restlos den freien Gewerkschaften anzuschließen. Angesichts der Zusammenballung des Kapitals in riesigen Trusts und Monopolen sei die Zusammenarbeit aller proletarischen Organisationen und ausgebeuteten Schichten ein Gebot der Notwendigkeit. Gefordert wurde die Nationalisierung der Banken und Konzerne.

Die KPD sah den Kongreß der Werktätigen als vollen Erfolg ihrer Politik an. Wenn das Politbüro des ZK der KPD in seinen Thesen vom 10. Dezember 1926 aber feststellte, daß es der Partei damit gelang, breite Massen der Arbeiterklasse, des verarmenden Mittelstandes und der Kleinbauern unter einheitlichen politischen und wirtschaftlichen Losungen zusammenzuschließen, dann war das wohl doch eine Überschätzung des Masseneinflusses der KPD. Doch die Führung der Partei erkannte durchaus auch Schwächen. Die Großstädte waren verhältnismäßig viel weniger vertreten als Städte mit kleinerer Einwohnerzahl. Ebenso kritisch wurde die Beteiligung von Großbetrieben gesehen. Nicht zufrieden zeigte sich das Politbüro mit den Aktivitäten der Kommunisten innerhalb der einzelnen Delegationen.

Dennoch hatte die Tagung ihre Bedeutung beim Bemühen der Partei, ein breites Bündnis gegen die kapitalistische Rationalisierung zu schaffen und dabei Kleinbauern und Mittelständler einzubeziehen. Er traf eine richtige Einschätzung der kapitalistischen Rationalisierung. In der von den Delegierten angenommenen Resolution wurde deutlich hervorgehoben, daß auch diese kapitalistische Methode des Wiederaufbaus der Wirtschaft günstige Erfolge nur für die herrschende Klasse gebracht hatte, für die arbeitende Klasse hingegen nur Vermehrung ihrer Not und ihres Elends. Das bedeutete steigende Produktion und steigende Profite auf der einen Seite, auf der anderen Seite aber ein ständiges millionenköpfiges Erwerbslosensheer, ein furchtbares Antreibersystem in den Betrieben, eine unerhörte Akkordschinderei und sinkende Reallöhne infolge steigender Preise. Da die Kapitalalmagnaten, die nur an möglichst hohen Profiten, daher an hohen Verkaufspreisen bei möglichst niedrigen Produktionskosten interessiert seien, über die Wirtschaft verfügten, wäre ein anderes Ergebnis der Rationalisierung nicht zu erwarten gewesen.

Der Kongreß machte auf den engen Zusammenhang von Rationalisierung und Kriegspolitik der deutschen Bourgeoisie aufmerksam. „Solange das imperialistische System des Kampfes um Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Kapitalanlagegebiete besteht, solange das Wettrüsten fortgesetzt wird“, hieß es in der Resolution, „können keinerlei Bündnisse und Verträge zwischen Regierungen den Frieden sichern.“

Zum Abschluß fand am 5. Dezember eine große Kundgebung auf der Schillerwiese im Wedding statt.

Dr. Kurt Laser

Sonst ist's zu spät

Vom Menschen heißt's, er sei gescheit
und ginge aufrecht durch sein Leben.
Doch leider ist's noch nicht so weit.
In dummer Demut kriecht er eben ...

Der Mensch hält sich für bannig schlau
denn er hat allerhand erfunden.
Betrachtet man den Fall genau
damit den Mitmensch meist geschunden ...

Ja, totgemacht und ausgebeutet
betört, betrogen und belogen,
das Fell versohlt und abgehäutet
übereinander hergezogen ...

Staatenbildende Insekten
kooperieren miteinander.
Religiöse Menschensekten
diffamieren böse einander ...

Kein Tiger wird zum Tigerfresser.
Und dennoch dünkt der Mensch sich besser
als irgendein Geschöpf auf Erden.
Er muß erst noch vernünftig werden ...

Und das geschwind, sonst ist's zu spät.
Die NATO probt die Selbstvernichtung
mit nuklearem Kriegsgerät.
Und deshalb schrieb ich diese Dichtung.

Jürgen Kuhlmann
Dabel

Thälmann-Denkmal muß bleiben!

Brief an den Bezirksbürgermeister von Berlin-Pankow
und den Kultursenator von Berlin

Am 16. November haben wir erfahren, daß Ernst Thälmann am 18. November in Berlin-Pankow bildlich „vom Sockel“ gestürzt werden soll. Wir sind entsetzt. Wie soll das geschehen und wer nimmt sich dazu das Recht? Offenkundig die Bezirksversammlung Berlin-Pankow mit ihrem Bürgermeister Sören Benn, die dazu das Mittel einer „künstlerischen Kommentierung“ gewählt und deren Linie in ihrer Projektbeschreibung so vorgegeben haben: „Ein anachronistischer Koloß aus 50 Tonnen Bronze steht im Prenzlauer Berg in Berlin. Die Faust erhoben, kündigt der in der DDR zum Helden erklärte KPD-Führer Ernst Thälmann vom Sieg des Kommunismus und sorgt damit seit Jahrzehnten für Zündstoff...“

Hier wird kein freier Geist entfacht, hier weht kein künstlerischer Atem. Es ist alles nur dumm-dreist antikommunistisch. Die Botschaften sind klar formuliert: Wer „von der DDR zum Helden erklärt“ worden war, kann in der Vorstellungswelt dieser Kleingeister nur ein ideologisches Konstrukt der SED-Führung gewesen sein, aber niemals ein Held. Und wer die Faust hebt und den Kommunismus erstrebt, war und ist anachronistisch aus der Zeit gefallen.

In dieser Denkungsart ist ein Ernst Thälmann nicht zu erfassen und ist ihm nicht gerecht zu werden. Natürlich hatte Ernst Thälmann Stärken und Schwächen, er war Mensch, Arbeiter aus Hamburg. Als Vorsitzender der damals größten kommunistischen Partei Westeuropas sah er 1925 hellsichtig, was auf Deutschland mit der Wahl zum Reichstagspräsidenten zukäme, als er sagte: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg.“ Als das dann Wirklichkeit wurde, ist Ernst Thälmann elf Jahre



Ernst-Thälmann-Denkmal im Prenzlauer Berg

lang standhaft und widerständig geblieben, bevor ihn die Faschisten im KZ-Buchenwald ermordeten. Thälmann ist den Golgathaweg der deutschen Arbeiterbewegung gegangen, als sie zu ihrer Befreiung, zu ihrer Selbstbefreiung nicht fähig war. Aus dieser Geschichte kann man sich wohl nur stehlen, indem man sie verleugnet.

Das Thälmann-Denkmal des sowjetischen Künstlers Lew Kerbel wurde zur Zeit seiner Aufstellung von zahlreichen Künstlerinnen, Künstlern der DDR kritisiert. Sie hätten sich lieber selbst und auf eigene Art künstlerisch mit Thälmann auseinandergesetzt. Diese Auseinandersetzung von damals kann aber heute nicht politisch instrumentalisiert werden. Auch Kerbels Denkmal im Stil des sozialistischen Realismus gehört zu einer geschichtlichen Epoche. Die ist im Nachhinein nicht zu korrigieren; wohl aber besser zu verstehen. Wir kennen Betina Kuntschs VOM SOCKEL DENKEN nicht, die am 18.11. als Kommentierung des Thälmann-Denkmal aufgestellt werden soll. Dazu erlauben wir uns kein Urteil, wohl aber zu den Umständen seiner

Entstehung; das haben wir hier aufgeschrieben. Wir selbst, Wolfgang und Christiane, sind mit der „Wende“ von Hamburg nach Berlin gezogen. Bis 1989 war Wolfgang Bezirksvorsitzender der DKP in Hamburg und Christiane hat dort den Kulturarbeitskreis der DKP geleitet. Wir wollten in der Hansestadt vor Thälmanns Wohnhaus im Stadtteil Eppendorf – dort ist heute noch die Thälmann-Gedenkstätte – ein Denkmal der Arbeiterbewegung und des antifaschistischen Widerstands errichten. Eine kühne Idee! 1986 hatte unser Freund und Genosse Prof. Chup Friemert dafür einen Entwurf erarbeitet mit den Bildhauern Fritz Cremer, Alfred Hrdlichka, Jo Jastram und Walter Rempp. Als endlich alle organisatorischen Voraussetzungen erfüllt waren (die Bezirksversammlung mit ihrer SPD-Mehrheit mußte gewonnen werden plus Sympathie beim Hamburger Senat usw.) war das Jahr 1989 angebrochen. In dessen Turbulenzen ist auch dieses Denkmal, diese Idee untergegangen. Geblieben ist der Platz vor der Gedenkstätte, der in Würdigung des Sohnes der Stadt und im Zusammenhang mit den Vorbereitungen auf das Denkmal offiziell den Namen Thälmann-Platz erhalten hatte. Heute sehen wir als Bewohner Prenzlauer Bergs auf Schritt und Tritt Stolpersteine; die große Synagoge ist ganz nah in unserer Straße. Uns sind diese Zeugnisse dessen, was der Faschismus verbrochen hat, wichtig, sie stehen für sich selbst. Auch das Thälmann-Denkmal steht für sich selbst. Es darf nicht durch konterkarierende „Kommentierungen“ relativiert werden.

Auf eine Umkehr hoffend.

**Wolfgang Gehrcke, MdB PDS resp.
Die Linke 1998–2002 und 2005–2017
Christiane Reymann, Publizistin**

Ein Koloß hält stand

Im Oktober feierte Chemnitz das 50-Jahre-Jubiläum des Marx-Denkmal. Dazu wurde eine Stele mit Fakten zu Entstehungsgeschichte und Bedeutung des Monuments ihrer Bestimmung übergeben. Seit fünf Jahrzehnten also thront der riesige Kopf von Karl Marx über dem Platz, streng in die Ferne blickend.

Auf seinem Sockel hat der 40 Tonnen schwere Bronze-Koloß des russischen Bildhauers Lew Kerbel (1917–2003) das Ende der DDR überdauert. Anlässlich des Jubiläums gestaltete man im „Open Space“ eine Ausstellung mit dem Titel „DENKmal Karl Marx – propagiert, verschmäht, vermarktet“. Und das mit Recht.

Zwar tilgten die Chemnitzer Wendestrategen den Vordenker des Kommunismus 1990 aus dem Namen der Stadt, sein Konterfei aber blieb. Es wurde zum beliebten Fotomotiv und Treffpunkt. 250 000 Menschen haben am 9. Oktober

1971 die feierliche Enthüllung des Monuments im Herzen von Karl-Marx-Stadt verfolgt. Es gilt als zweitgrößte Porträtbüste der Welt nach dem Lenin-Kopf im sibirischen Ulan Ude. Daß das Marx-Monument noch immer an seinem Platz steht, sorgte auch für Debatten. Die CDU kritisierte, daß die Stadt nicht nur mit Souvenirs, sondern vor allem mit dem Slogan „Stadt mit Köpfchen“ warb. Angesichts einer „Ideologie, die Menschen das Leben gekostet“ habe, seien „verharmlosende Marx-Souvenirs“ fehl am Platz, hieß es. Doch bis heute kann man diese Dinge mit dem Marx-Konterfei reichlich kaufen – von Tassen bis zu USB-Sticks. Die örtliche Sparkasse bietet Kreditkarten sowohl mit dem Fotomotiv der Büste als auch abgewandelt im Pop-Art-Stil an. Der Marx-Kopf sei das „beliebteste Bildmotiv bei den Kreditkarteninhabern“, erklärte ein Sprecher des Geldinstituts.

Regelmäßig gebe es auch Anfragen aus dem Ausland.

Zum Denkmal-Ensemble gehört neben der Porträtbüste ein Schriftzug mit dem Marx-Zitat „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ Es prangt in mehreren Sprachen am dahinterstehenden Gebäude.

Zu DDR-Zeiten fanden hier große Kundgebungen am 1. Mai und 7. Oktober statt. Doch an dieser Stelle versammelten sich im Herbst 1989 auch Menschen, um gegen die SED zu demonstrieren. 2018 gingen Bilder um die Welt, als sich dort Rechtsextreme aus ganz Deutschland zusammenrotteten. Damals kam es in der Stadt zu Ausschreitungen, von Hetzjagden auf Migranten war die Rede. Der Gegenprotest setzte rund um das Monument unter dem Slogan „Wir sind mehr“ ein Zeichen für Toleranz und Welt-offenheit.

Heinz Pocher

Die „Fröhlichen Weihnachten“

Der Marxist Walter Hollitscher (Wien) erläutert Gymnasiasten in Vöcklabruck die Möglichkeit, der „Weihnachtszeit“ auch einen historisch-materialistischen Sinn zu geben.

Geburtstags- und Gedächtnisfeiern haben in den menschlichen Gemeinschaften eine zählebige und von Glaubensvorstellungen unterschiedlich ausgedrückte Überlieferung. Wenn sie denn dazu in der Lage sind, wollen Christen in aller Welt zu „Weihnachten“ der für den 25. Dezember festgelegten Geburt jenes historischen Jesu von Nazareth gedenken, der wegen seiner Anweisungen für einen fundamentalen, das soziale Leben miteinschließenden Wandel in dieser Welt um 30 n. u. Z. zum Tode verurteilt und gekreuzigt wurde. Das Christentum, in dessen frühen Schrift noch steht, „Der Weg des Todes aber ist dieser: ... das Gute verfolgen, die Wahrheit hassen, die Lüge lieben, den Lohn der Gerechtigkeit nicht kennen, ... vom Bedürftigen sich abkehren, den Elenden unterdrücken, den Reichen beistehen, die Armen gegen das Gesetz richten, in allem sündigen“, hat sich mit der Institutionalisierung seiner katholischen Kirche transformiert und den sozialen Kern der Botschaft ihres Religionsstifters in die Vergessenheit gedrängt. „Ketzerbewegungen“, die sich daran erinnern haben, wurden im besten Fall isoliert, wenn nicht ausgelöscht. Über die Jahrhunderte hinweg paßte sich die Kirche der jeweils herrschenden Klasse an und bejahte den sich aus den Eigentumsverhältnissen ergebenden Antagonismus von Reichtum und Armut und lehnte die Selbstbefreiung der unterdrückten Völker durch revolutionäre Bewegungen ab.

In den Werken von Karl Marx (1818–1883) und Friedrich Engels (1820–1895) findet sich nirgends eine abwertende Passage über „Weihnachten“. Es wird ihnen „das religiösen Elend“ in Festverkleidung begegnet sein, „das in einem der Ausdruck des wirklichen Elends und in einem die Protestation gegen das wirkliche Elend“ ist: „Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volks“. Marx und Engels waren mit ihrem materialistischen Denken dem Diesseits zugewandt und konnten mit „Weihnacht“ keinen religiösen Inhalt verbinden, es war ihnen das aber als ein „Feiertag“ nicht wertlose Sitte. Beide waren nicht daran interessiert, erhabene menschliche Gefühle wie Sehnsucht nach familiärer und freundschaftlicher Gemeinsamkeit zu unterdrücken oder gar lächerlich zu machen. (...) Walter Hollitscher (1911–1986) aus Wien, seit 1929 Mitglied der Kommunistischen Partei Österreichs, kehrte nach seiner Flucht vor dem deutschen Faschismus 1945 in das befreite Wien zurück und publizierte hier in Permanenz auf vielen Gebieten mit seinem enzyklopädischen Wissen, streng wissenschaftlich bleibend auch in seinen vielen populär geschriebenen Beiträgen. Der Berliner Marxist Herbert Hörz (*1933) erinnert sich,

wie ihm als Schüler an der Erfurter Oberschule das ihm von einem seiner Lehrer gegebene, 1951 in Berlin (DDR) von Hollitscher veröffentlichte Buch „Wissenschaftlich betrachtet“ nachhaltig beeindruckt hat. Am Bundesgymnasium Vöcklabruck hat sich der Gymnasiast Günther Grabner (*1954) inmitten eines katholischen Umfelds Ende der 60er Jahre auf den Weg gemacht, sich dem Marxismus anzunähern. Seit Oktober 1970 abonnierte er, der in der siebten Klasse war, die Monatszeitschrift der KPÖ „Weg und Ziel“. In der von Grabner redigierten und mit ein paar Schülern seit März 1971 herausgegebenen, in der Österreichischen Nationalbibliothek erhalten gebliebenen Jugendzeitschrift „Plop“ schrieb Grabner selbst Beiträge und organisierte solche von ihm initiativ kontaktierten Kommunisten wie eben Walter Hollitscher (1911–1986). Es ist gewiß nicht selbstverständlich, daß Hollitscher Briefe eines Vöcklabrucker Gymnasiasten beantwortete. Hollitscher versuchte Jugendlichen eine historisch materialistische Grundorientierung so zu vermitteln, daß sie lernten, die besonders in den Fächern Religion, Geschichte oder Deutsch gelehrt Herrschaftsethik in Frage zu stellen. Die Schule der Klassengesellschaft hat nicht zuletzt die Aufgabe, für die herrschenden Ideologie brauchbare Charaktere zu erziehen. Hollitscher schrieb für das dritte Heft 1971 von „Plop“, welches vor den Weihnachtsfeiertagen publiziert werden konnte, den kleinen Beitrag „Weihnachten – nicht gläubig betrachtet“. Er war an den seit dem 2. Vatikanischen Konzil (1962–1965) von Teilen der katholischen Kirche ermöglichten Dialog zwischen Marxisten und Christen beteiligt. Bis dahin waren Marxisten von der katholischen Kirche mit ihrer sich als Statthalter Christi anmaßenden Hierarchie im Interesse des Bündnisses mit der kapitalistischen Ordnung als luziferische Bedrohung der Menschheit verurteilt worden. Ihre Verbrennung auf dem Scheiterhaufen war für die Kirche allerdings nur noch in effigie (*symbolische Hinrichtung an Bildnissen flüchtiger Täter – d. R.*) möglich. Für Marxisten mußte der Dialog ohne nachfolgende Praxis ein Phantom bleiben. Von den angesprochenen Schülern wird Hollitscher erwartet haben, daß sie seinen Beitrag diskutieren. Sicher werden sie in einem Lexikon Nachschau gehalten haben, wenn Hollitscher auf die jüdische Sekte der Essener (Essäer) Bezug nimmt.

„Den Wunsch Eurer Schülerzeitung, ich möge einen Beitrag über ‚Weihnachten aus der Sicht eines atheistischen Marxisten‘ leisten, will ich zu erfüllen suchen. Daß dieses Fest einst ‚heidnisch‘ war und in christlichem Sinne ‚umfunktioniert‘ wurde, ist wohlbekannt; Ihr werdet von mir nicht eine Empfehlung des längst Vollzogenen und Gebräuchlichen erwarten, wie ihn die Faschisten propagierten. Wenn Christen aller Länder – es sind mehr als eine Milliarde, zumeist Werktätige und zwar Ausgebeutete und Unterdrückte – zu

Weihnachten die Geburt Christi feiern, des Stifters einer Religion die Nächstenliebe, aber auch ‚heiligen Zorn‘, Gerechtigkeit und Friede predigt, so setzen sie sich damit für Werte ein, welche die Revolutionäre aller Zeiten begeisterten: der vorchristlichen wie der nachchristlichen.

Der Kampf gegen Ungerechtigkeit, für Frieden und Fortschritt lag auch zu Zeiten Christi den Unterdrückten nahe: den Christgläubigen wie den Andersdenkenden. Die Essenersekte verkündete ihn, und von den Römern blutig niedergeschlagene antiimperiale Revolten, die oft mit der Kreuzigung der Rädelsführer endeten, fanden statt. Ob Jesus nun ein Essener oder einer der Führer einer Tempelrevolte war, wie manche behaupten, vermag ich nicht zu entscheiden; angesichts vieler übereinstimmender Züge seiner Persönlichkeit und Lehre in den Evangelienberichten scheint mir im Unterschied zu manchen anderen Marxisten seine Historizität kaum fraglich, jedenfalls aber für die Einschätzung der Wirksamkeit seiner Lehren irrelevant.

Kurz: Marxisten haben keinerlei Grund sich vom Strom der menschenfreundlichen und friedensliebenden Traditionen der Geschichte lossagen zu wollen. Im Gegenteil: indem sie sich mit ihm verbinden, erleichtern sie die Verständigung zwischen Gläubigen und nichtgläubigen Fortschritts- und Friedenskämpfern aller Kontinente, wie sie sich so hoffnungsvoll in den Kämpfen der ‚Enterbten und Entrechteten‘ Lateinamerikas abzeichnet und in den gemeinsamen Aufbauleistungen der gläubigen wie nichtgläubigen Arbeiter, Bauern und Intellektuellen der sozialistischen Länder der Erde.

In solchen gemeinsamen Taten – welche die Konfrontation der verschiedenartigen Ideen keineswegs ausschließen, sondern zur Gewinnung wechselseitigen Vertrauens voraussetzen – erweisen sich auch zu Weihnachtszeiten Ernst und Verantwortungsgedühl der Menschen guten Willens“.

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler

Quelle: Zda, 29. November 2020

Redaktionell gekürzt

Wir gratulieren dem Vorsitzenden der „RotFuchs“-Gruppe Torgau

Gerd Brucks

zu seinem 65. Geburtstag am 31. Dezember.

Gerd hat sich vor allem bei der Organisation jährlicher Friedensmanifestationen anlässlich der historischen Begegnung an der Elbe bei Torgau 1945 verdient gemacht.

Alle Gute, lieber Gerd

BUCHTIPS



Jochen Barthel: Es kommt dein Tag, Genosse Spartakus!

Im Juni 2021 brachte der Neue Impulse Verlag Essen einen Erinnerungsband über den Schriftsteller und Antifaschisten Kurt Barthel (KuBa) heraus.

Dieses Taschenbuch enthält Erinnerungen von mehr als 40 Zeitzeugen, die Kurt Barthel in verschiedenen Lebensabschnitten persönlich kennengelernt haben.

Weggefährten, Mitstreiter, Freunde kommen zu Wort: Genossen aus den Jahren des antifaschistischen Kampfes im Exil, aber auch

Angehörige der DDR-Gründergeneration; enge Vertraute, die von den wichtigen Situationen in seinem Leben berichten können, und Leser, die für die tiefe Wirkung der Arbeiten des Mannes zeugen, den Anna Seghers als „Arbeiterjungen mit heißem Herz und großem Talent“ charakterisierte.

Die Kurzberichte sind chronologisch angeordnet und ergeben so zugleich einen historischen Abriss deutscher Geschichte vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis in das Jahr 1967.

*Unser Erdball trägt Spuren von Zähnen,
unsere Welt hat vom Krieg genug.
Nein, der Erdball will nicht unsre Tränen,
und das Weltmeer ist salzig genug.*
KuBa (1914–1967)

Neue Impulse Verlag Essen 2021, Paperback,
260 Seiten, 14,80 €

Gerhard Ferchland: Wiedervereinigung und Systemfrage Eine Streitschrift gegen die herrschende Ordnung

Leben wir tatsächlich in der besten aller Welten? Zumindest versucht man uns das weiszumachen. Nicht nur der Autor zieht in Zweifel, was Politik und Propaganda immerfort behaupten. Gerhard Ferchland ist davon überzeugt, daß es die Unwissenheit ist, auf der der Erfolg der Manipulierer und Einflüsterer gründet. Darum hat er Fakten und Zusammenhänge zusammengetragen, welche



die täglichen Lügen, die Demagogie und die Halbwahrheiten, mit denen die Geschichte verschleiert wird, als das entlarven, wozu sie gebraucht werden – die kapitalistische Ausbeuterordnung zu sichern. Ferchland geht von der Erkenntnis aus, daß der Kapitalismus nicht die Lösung der Probleme bietet, vor der die Menschheit heute steht. Für ihn ist klar: Der erste Schritt ist, die bestehende Ordnung prinzipiell in Frage zu stellen. Und zwar jetzt, heute, hier.

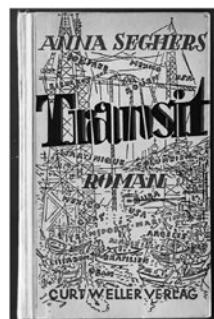
Verlag am Park 2021, 224 Seiten, 15 €, ISBN 978-3-89793-332-3

Der „dunkle Frieden“

Seghers Roman „Transit“ und die Bilder von Kabul

Es ist zum nachdenkenswertem Sinnspruch geworden: Nichts am Menschen ist so markant wie seine Stimme, denn es kehrt die Seele nach außen. Dabei spielt es keine Rolle, ob es die gesprochene oder die gedruckte Stimme ist. Der iranische Regisseur Amir Koohestani hat Anna Seghers Roman „Transit“ für die Bühne adaptiert. Eigentlich sollte die Premiere im Hamburger Thalia Theater stattfinden. Jetzt wurde das Stück beim Kunstfest in Weimar uraufgeführt.

In einem vorab geführten Interview mit dem Regisseur antwortete Koohestani auf die Frage, warum er gerade Seghers Roman als Bezugspunkt zu Kabul genommen habe. „Die Bilder, die wir jeden Tag vom Flughafen in Kabul sahen, sind Wort für Wort auch in ‚Transit‘ beschrieben.“ Gemeint waren die Wörter „Flucht“, „Vertreibung“ und „Widerstand“. „Nur die Zeit und der Ort sind verschieden. Menschen ... fliehen, werden vertrieben in verschiedene Teile der Welt. ... Solange es Grenzen, Flüchtlinge, Botschaften, Vertreibung und Visa gibt, so lange ist es wichtig, zu unserer Literatur



**Titelblatt der
Erstausgabe 1947**

zurückzukehren, damit wir an diese Dinge immer wieder erinnert werden.“

Dann verwies der Fragende darauf, Thema und Text seien sehr deutsch. Koohestanis Antwort: „Transit“ sei etwas, „das nur Deutsche verstehen können“. „Macbeth“ können nur Schotten und Tschschows „Kirschgarten“ nur Russen „wirklich richtig verstehen“. Und zum Schluß: „Wir wollten diese Adaption bereits 2020 starten. Aber durch die Pandemie wurde sie auf dieses Jahr verschoben. Das

Konzept hat sich während dieser Zeit entwickelt, Erfahrungen aus der Pandemie sind eingeflossen.“ Warum ausgerechnet Weimar als Premiereort den Zuschlag erhielt, wurde gefragt. Der Regisseur sei zwar noch nie dort gewesen, aber über die Präsenz in den Werken von Goethe und Schiller habe er „sehr viel gelesen“. Wörtlich: „Ich fürchte, die Situation von Flüchtlingen ... hat kein Ablaufdatum.“ Zurück zu Afghanistan. Die Lage dort ist immer noch unübersichtlich. Die Menschen sind zumindest froh über das Ende des Krieges. Aber dieser jetzige Frieden ist ein „dunkler Frieden“. Inwieweit ein wirklicher Frieden möglich sein wird, steht in den Sternen. Denn das Ringen anderer gewalttätiger islamistischer Gruppen mit den Taliban ist noch lange nicht beendet. Es muß doch wohl die Frage erlaubt sein, wer die Schuld trägt, daß die Taliban ein zweites Mal an die Macht kommen konnten. Der Westen hat auf der ganzen Linie versagt – zuvorderst die NATO.

Dr. Dieter Langer
Königs Wusterhausen

Aus den „Roten Kalenderblättern“ 2009

Das soll die DDR gewesen sein?

Die Bourgeoisie wird uns nie verzeihen, daß wir im Osten des Landes über vier Jahrzehnte ihre Macht gebrochen, die Kapitalisten enteignet und eine ausbeutungsfreie Gesellschaft aufgebaut haben. 60 Jahre nach der Gründung der DDR läßt sie nichts unversucht, um mit Hilfe von Schulen, „Forschungs“-Vereinen, Gruselkabinetten und aller Medien ein Lügengespinnt ohnegleichen über unseren Staat zu werfen. Der CDU-Parteitag hat dazu eigens ein 82-Seiten-Papier beschlossen. Jeder Deutsche soll endlich wissen, was er ertragen mußte, und CDU-Generalsekretär Pofalla kündigt an: „Wir werden mit der Verklärung der DDR aufräumen.“ Na gut, das ist der Gegner. Was aber veranlaßt um Himmels Willen auch die Politiker der PDL, in dieses Horn zu stoßen? Da behauptet Bisky, aus Leuten mit antifaschistischen Biografien seien bei uns „Unterdrücker“ geworden. Thälmann lastet er die „Stalinisierung“ der KPD an. Da erklärt Holter in Mecklenburg, „was das SED-Regime ausgemacht hat“, sei „Terror, Mord, Repression“ gewesen. Da schreibt eine Arbeitsgruppe

sächsischer PDL-Politiker in einem Thesenpapier: „Die DDR war ... eine Diktatur, in der viele ihrer Bürger Zwang, Angst, Hilflosigkeit und Unterdrückung erlebten.“ Da verhindert der Berliner PDL-Chef Lederer ein Papier von Genossen, die den Sozialismus des vergangenen Jahrhunderts als historisch legitim betrachten, in den Basisorganisationen zur Diskussion zu stellen und gibt statt dessen ein „Lesematerial“ heraus, das den „antistalinistischen Grundkonsens“ beschwören soll.

Die Wortschöpfung „Stalinismus“ ist heute zum Lieblingslogan aller Antikommunisten geworden. Und unter „Stalinismus“ versteht man, wie schön im Schüler-Duden „Geschichte“ nachzulesen, daß „in den kommunistischen Staaten wirksame Herrschaftssystem“ mit der Anwendung von Terror gegen Abweichler und potentielle Gegner. Das soll die DDR-gewesen sein? Da muß ich wohl in einem anderen Land gelebt haben! Wir hatten Erfolge. Und wir haben Fehler begangen, darunter auch schwerwiegende, die wir nicht bagatellisieren dürfen. Wir hatten Errungenschaften, und wir hatten

Defizite – solche, die auch beim besten Willen nicht zu verhindern waren, aber auch selbstverschuldete. Doch nicht wegen unserer Fehler hetzt der Feind gegen uns. Er befürchtet – nicht zu unrecht – daß unsere Sache weiterlebt, daß Kinder und Enkelkinder von ihren Eltern und Großeltern erfahren, wie im Sozialismus alles gewesen ist.

Unser Staat war weder ein Paradies noch eine „Stasi-Höhle“. Er war ein Staat des Friedens, der Arbeit und des Volkes. Er war und bleibt das Beste, was die deutsche Geschichte bisher hervorgebracht hat. Deshalb besorgen wir nicht die Geschäfte unserer Feinde. Wenn wir uns ehrlichen Herzens zu unserer Deutschen Demokratischen Republik bekennen, meinen wir nicht ihre Vergangenheit, sondern ihre in die Zukunft weisende Botschaft.

Dr. Ernst Heinz †

Dr. Ernst Heinz leitete viele Jahre die „RotFuchs“-Regionalgruppe Berlin. Die „Roten Kalenderblätter“ wurden von 2000 bis 2011 vom DKP-Landesverband Brandenburg herausgegeben.

„RotFuchs“-Veranstaltungen im Dezember 2021 und Januar 2022

■ Regionalgruppe Magdeburg

Am 1. Dezember um 15 Uhr,

Mitgliederversammlung Auswertung der Bundestagswahlen und Wahl des neuen Gruppenvorstandes

Ort: Begegnungsstätte „Pik ASZ“,
Leipziger Straße 43, 39120 Magdeburg

■ Regionalgruppe Bernau

Am 4. Dezember um 15 Uhr spricht Doris Pumphrey, Aktivistin der Friedensbewegung zum Thema: **Herausforderungen! Denn Frieden sei auf Erden!**

Ort: Rotunde der Schule am Blumenhag,
Zepernicker Chaussee 20–24,
16321 Bernau bei Berlin

■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

**Am 10. Dezember um 15 Uhr,
Jahresabschlußveranstaltung und
Planung für das Jahr 2022**

Ort: MehrGenerationenHaus MIKADO,
Franz-Mehring-Straße 20,
15230 Frankfurt (Oder)

■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

**Am 11. Dezember um 10 Uhr, Bilanz des
Jahres 2021 und Vorhaben für 2022.**

Wie bringen wir uns politisch in die Debatte und das Handeln von Linken im eigenen Wirkungsbereich ein?

Ort: Soziokulturelles Zentrum QUERBEET,
Rosenplatz 4, 09126 Chemnitz

■ Regionalgruppe Rostock

Am 11. Dezember um 10 Uhr
Podiumsdiskussion mit Uwe Fritsch (ehem.
Betriebsratsvorsitzender VW Braunschweig)
zum Thema: **Arbeit und Leben 4.0. Wie
sieht unsere Zukunft aus?**

Ort: Mehrgenerationenhaus Evershagen,
Maxim-Gorki-Straße 52, 18106 Rostock

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

**Am 18. Dezember um 10 Uhr,
Mitgliederversammlung zur Auswertung
der Bundestags- und Landtagswahl
Mecklenburg/Vorpommern**

mit Torsten Koplin, Vorsitzender der Partei
Die Linke in Mecklenburg/Vorpommern

Ort: Mehrgenerationenhaus Senioren-
büro e.V., Poststraße 4,
17033 Neubrandenburg

■ Regionalgruppe Erfurt-Weimar

**Am 18. Dezember um 11 Uhr, Diskussion
zur Auswertung der Bundestagswahlen
und den politischen Schwerpunkten
für 2022**

Ort: Clubgaststätte TC Erfurt 93,
Binderslebener Landstraße 140,
99092 Erfurt.

■ „RotFuchs“-Gruppe Luckenwalde

**Am 18. Dezember um 10 Uhr gemeinsamer
Jahresabschluß aller „RotFuchs“-Leser**

Ort: „Haus Sonnenschein“, Schützenstr. 37,
14943 Luckenwalde

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn- Hellersdorf

Am 21. Dezember um 18 Uhr sprechen
Dr. Inge Pardon, Gastprofessorin an der
Universität in St. Petersburg, und Dr. Michael
Pardon, Historiker und Buchautoren, zum
Thema: **Sergej Iwanowitsch Tjulpanow –
Brückenbauer zwischen Russen und
Deutschen**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte,
Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Schwerin

Am 12. Januar um 16 Uhr spricht Prof. Dr.
Edeltraut Felfe, Mitglied des Ältestenrates
der Partei Die Linke, zum Thema: **Die
Wirklichkeit drängt zu Strategien gegen
den Kern des Kapitalismus.**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität
„Quartier Friedrich's“, Friedrich-Engels-Str. 38,
19061 Schwerin

■ Regionalgruppe Strausberg

Am 13. Januar um 15 Uhr spricht Dr. Uwe
Behrens, China-Spezialist, zum Thema:
**Aktuelle Entwicklungen in China – Was wir
alle nicht über die Volksrepublik wissen**

Ort: Mehrgenerationenhaus Strausberg,
Wirtschaftsweg 70 (Eingang über Steremat),
15344 Strausberg

■ „RotFuchs“-Gruppe Plauen

Am 19. Januar um 17 Uhr, **Diskussion
mit Gästen der Partei Die Linke und der
DKP zu den Ergebnissen, Erkenntnissen
und Schlußfolgerungen nach der
Bundestagswahl**

Ort: Wohngebietstreff, August-Bebel-Str. 1,
08525 Plauen

*Alle Termine stehen unter Vorbehalt.
Bitte die aktuellen Hygienevorschriften
beachten!*



Als ich die Äußerung der wahrscheinlich zukünftigen Außenministerin in der Scholz-Regierung Frau Baerbock am 22.10. im Internet zur derzeitigen und künftigen Energieversorgung über die Zertifizierung der Gasleitung Nord Stream 2 las, erinnerte ich mich an die Worte Heinrich Heines: „Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht.“ Frau Baerbock ist noch nicht vom Bundespräsidenten berufen und vereidigt worden, maßt sich aber schon an, gegen andere Staaten Hetze und Lügen zu verbreiten.

Gegenwärtig wird der Erdölpreis aufgrund des gestiegenen Aufkaufs durch China stark nach oben gedrückt. Damit erhöht sich bei verstärkter Nachfrage der Preis. Dieses dem Staatspräsidenten der Russischen Föderation als Böswilligkeit anzulasten, ist mehr als nur eine Zumutung. Rußland hat bisher alle Lieferverträge eingehalten und bietet gegenwärtig Zusatzlieferungen an, um die sich leerenden Speicher in Europa zu füllen. Durch eine Röhre der Nord Steam 2 könnte umgehend Gas gefördert werden, wenn die Zertifizierung erteilt würde. Deutschland hat mit dieser Amtshandlung noch bis zum 8. Januar Zeit. Angesichts bisheriger Erfahrungen mit Bearbock und Co. ist nicht auszuschließen, daß man auch diese Frist verstreichen läßt.

Gerhard Perlick, Bützow

Nach der letzten Bundestagswahl wird in der BRD „geampelt“. Was bedeutet eigentlich Ampel?

Ampel, lateinisch Ampulla, heißt übersetzt kleine Flasche. Na gut, gehässig wollen wir nicht sein ... Diesen Begriff gibt es schließlich auch im deutschen Straßenverkehrsgesetz und bedeutet Lichtsignalanlage. Jeder kennt sie – oben ROT, in der Mitte GELB und unten GRÜN. Sie regelt monoton, weil programmiert, das Geschehen. Und wie funktioniert das auf Regierungsetagen? Wer programmiert hier diese Ampel?

Eine solche Anlage hat noch eine Besonderheit, die mich zur Vorsicht animiert. Wenn ROT und GRÜN ausfallen, blinkt GELB immer noch.

Die erste Berliner Ampel wurde 1924 am Potsdamer Platz errichtet. Sie war baulich

etwas anders gestaltet als heute üblich. Da liefen die Farben von links nach rechts. Links ROT, Mitte GELB, rechts GRÜN. Die Konstrukteure müssen weitsichtig gewesen sein ...

Wenn ich die Grünenpolitikerin Bearbock so höre, bin ich nur fassungslos. Sie kann keine Erfahrungen mit Russen haben. Ihr Geburtsbundesland Niedersachsen ist bis heute flächendeckend mit ausgeschilderten Bundeswehr- und NATO-Übungsplätzen gepflastert. Frau Bearbock speit Gift und Galle gegen Rußland und China. Ihr Co-Vorsitzender Habeck läßt sich an der sogenannten Ukrainischen Front mit Stahlhelm ablichten. ROT/GRÜN hat bereits unter Schröder (SPD) und Fischer (GRÜNE) bewiesen, daß Kriege in ihr Machtkalkül passen. GELB (FDP) wird nicht dagegen sein, weil der Rüstungsindustrie Gewinne in Milliardenhöhe in Aussicht gestellt werden.

Wilfried Steinfath, Berlin

Als ich den letzten Satz des Leitartikels von Arnold Schölzel „Ende einer Ära“ in der November-Ausgabe las: „Die Früchte ihrer Politik werden später geerntet, ‚ihre‘ Ära ist noch nicht beendet“, wollte ich, Zimmerlautstärke mißachtend, rufen: „Aber wir müssen sie doch, verdammt nochmal, beenden.“ Doch der nüchterne Blick auf das Führungspersonal des in den Startlöchern stehenden Ampel-Regimes läßt dunkle Wolken am Himmel erkennen. Gewiß kein Grund, von Beethovenschen heiteren pastoralen Gefühlen erfaßt zu werden. Was mich aber dennoch beflügelt, ist Arnolds Beitrag. Er ist ein echter Geniestreich. Die Geschichte der Bundesrepublik einschließlich der „Ausdehnung des imperialistischen Wirtschafts- und Rechtssystems der BRD nach Osten – mit zum Teil kolonialen Zügen“ (Arnolds Worte auf einer kürzlich gehaltenen Rede zum 100. Geburtstag der KP China) mit knapp 5000 Zeichen auf den Punkt zu bringen, das macht ihm keiner nach. Oder sehen Sie, liebe Leserinnen und Leser, das anders?

Hans Schoenefeldt, Berlin

Die Entscheidung, daß der so notwendige Corona-Test in den Kindereinrichtungen durch diese auch finanziert werden muß, macht sprachlos und wütend. Wie sollen die Einrichtungen das stemmen, wenn nicht eine Umlage auf die Elternbeiträge erfolgt? Auch wenn man die Neuartigkeit des Wirkmechanismus der Corona-Viren anerkennt, so offenbarte sich auch eine gewisse Hilflosigkeit und mangelnde Entscheidungsfreudigkeit der politisch Verantwortlichen auf Bundes- sowie Länderebene. Einerseits wurde berechtigt die immense Gefährlichkeit hervorgehoben und andererseits schon frühzeitig eine Impfpflicht völlig ausgeschlossen. Die Betonung lag immer auf der individuellen Verantwortung des einzelnen und der Ablehnung von restriktiven Maßnahmen.

Nach den langwierigen Entscheidungen zur Beschaffung von Impfstoff und dessen äußerst verzögerten und chaotischen Verabreichung sowie der verwirrenden Kommunikation blieb eine Impfeuphorie aus. Bei all den Fehlern und Unzulänglichkeiten im Handeln der Regierenden spielten Kosten keine Rolle. Jetzt wird Druck mit ungeeigneten Maßnahmen auf die Nichtgeimpften aufgebaut. Von wegen Freiwilligkeit und Transparenz, wenn die Chefs Gesundheitsdaten ausforschen und die Lohnfortzahlungen streichen dürfen. Ungeimpfte Beamte erhalten übrigens weiter ihre Bezüge. Das Chaos bei der Erstellung einer zeitnahen glaubwürdigen und hilfreichen Corona-Statistik bleibt unübersehbar und ist erschreckend. Die im Grundgesetz verankerte Verantwortung des Staates zum Schutz der Gesundheit schließt klare Entscheidungen und die Kostenübernahme der Tests und der Lohnfortzahlung wohl definitiv ein und nicht aus.

Raimon Brete, Chemnitz

Kämpfe für Gerechtigkeit bleiben Illusionen, so sie fern der gesellschaftlichen Realitäten geführt werden. Berlin bietet gerade ein weites Feld dafür, von Krankenhäusern bis zum Wohnen oder der S-Bahn.

Alle bisher aufgestellten Prinzipien zur Herstellung von Gerechtigkeit sind noch immer letztlich an denen gescheitert, von ihnen hintertrieben und bekämpft worden, die um ihre Macht, Besitz und Eigentum fürchten mußten und müssen – eine Wahrheit, die bis in unsere Tage, bis in die tägliche Politik Berlins und überall in der Welt zu verfolgen ist. Die bürgerliche Demokratie, dieser Parlamentarismus, vermag es mehr oder weniger so recht und schlecht, diese materiellen Tatsachen der Macht zu verschleiern, zu leugnen, aber nicht verschwinden zu lassen. Solange es Besitzende und Nichtbesitzende, Profiteure und Ausgebeutete, Kapital und Arbeit, Armut und Reichtum, Lohnarbeit, die wenige reich macht, gibt, solange ist alles Gerede von Gerechtigkeit einfach dumm, weltfremd, Träumerei.

Wo hat sich die vermeintliche Gerechtigkeit jemals unter freiheitlich-demokratischen und marktwirtschaftlich-rechtsstaatlichen Verhältnissen beispielhaft verwirklicht?

Gerechtigkeit ist bis heute immer noch ein klarer Anspruch, der vom jeweiligen Standpunkt zu betrachten ist. Ist das so schwer zu verstehen? Schwerer zu verstehen ist schon das, was eine Linke als angebliche Anwältin der kleinen Leute, der weniger wohlhabenden, von Armut bedrohten Bevölkerung ihrer Klientel zumutet. Um welchen Preis darf mitregiert werden?

Was wird aus „Volksentscheid“, was aus Privatisierung der S-Bahn, was gelten Wahlprogramme, die nach Wochen vergessen sind? Was ist eine „Enteignung“ von Profiteuren an einem Menschenrecht, wenn es ihnen „abgekauft“ wird? Welche Moral, welches Mandat, wessen Interessen vertreten Linke in solchen Parlamenten der Gerechtigkeiten?

Roland Winkler, Aue

In einer eher unscheinbaren wissenschaftlichen Zeitschrift erschien ein Artikel über elektromagnetische Wellen. Dazu muß man wissen, daß eben diese Wellen eine gerichtete elektrische und magnetische Feldkomponente besitzen, die immer in einem Winkel von 90 Grad zueinander stehen. In dem Beitrag wird berichtet, russischen Wissenschaftlern wäre es gelungen, die beiden Komponenten zu trennen und auch wieder zusammensetzen, selbst in unterschiedlichen Winkeln und Feldstärken. Wie das geht, blieb allerdings vollkommen im Dunkeln und etliche Physiker hielten die Nachricht für eine Ente, bis ein ehrgeiziger Journalist behauptete, so könnten sämtliche Nachrichten entschlüsselt und sogar manipuliert werden. Auf einmal stürzte sich die gesamte Nachrichtenwelt auf das Ereignis und sorgte für eine wahre Spionagehysterie. Eine Zeitung titelte „Wie lange schon liest Putin alles Geheime mit? „Ist Rußland nicht nur die nukleare, sondern auch noch mediale Bedrohung?“ „Wissen die Russen, wo unsere U-Boote tauchen?“ Die russische Regierung sah sich daraufhin zu einer Pressekonferenz gezwungen. Putin meinte, von dieser Maschine bis jetzt noch gar nichts gewußt zu haben, im übrigen sei er kein Physiker und könne deswegen auch den Wert der Maschine nicht erkennen. Eine Journalistin einer großen deutschen Zeitung fragte nach dem Vertrauensverlust zwischen Deutschland und Rußland, der infolge der heimlichen Nachrichtenbeschaffung doch wohl eingetreten sei. Putin antwortete auf deutsch, den „Vertrauensverlust“ könne es gar nicht geben, denn es bestand ja gar kein Vertrauen. Ein amerikanischer Journalist griff Putin in den Worten an, was dieser sich überhaupt einbilde, die ganze Welt an der Nase herumzuführen und ordnete etliche Unglücke der Manipulation von Funknachrichten zu. Ein gewisser Präsident behauptete sogar, Rußland stelle neben China eine Weltgefahr dar und müsse demnächst mit militärischen Konsequenzen rechnen, wenn er nicht das Geheimnis der Maschine offenlege. Der russische Präsident sagte, jedermann könne einen schriftlichen Antrag auf Veröffentlichung stellen, wobei ein abfälliges Lachen durch den Saal ging. Die nächste Frage, ob man mit dem Begriff MKS6P etwas anfangen könne ... Aber alle auf dem Podium sahen sich gegenseitig ahnungslos an. Die Presse hatte ihre Sensation, die Fernsehsender ihre Quoten. Nur, ist es wahr oder eben nicht?

Jochen Singer, Leipzig

Zu Dr. Jens Möller: Vor 50 Jahren: Bomben auf Vietnam, RF 286, S. 7

Den „vom US-Zerstörer Maddox provozierten Tonkin-Zwischenfall“, der Vorwand für die Bombardierung der DRV war und von dem Autor Dr. Jens Möller schreibt, hat es so nicht gegeben. Der nordvietnamesische „Torpedoangriff auf US-Kriegsschiffe“ war

eine Erfindung der US-Kriegspropaganda, wie aus den 1971 veröffentlichten „Pentagon Papers“ und aus den Memoiren von Kriegsminister Robert McNamara von 1995 hervorgeht.

Otto Pfeiffer, Berlin

Die Taliban in Afghanistan haben dem selbsternannten, verhassten Weltpolizisten und seinen Lemmingen die rote Karte gezeigt. Am Hindukusch gibt es keine sprichwörtliche Freiheit zu verteidigen. Das haben andere Nationen schon vor einem Jahrhundert erleben müssen. Die richtigen Lehren daraus werden dennoch nicht gezogen. Eigentlich müßte in solchen Fällen die UNO mit ihren vielen friedlichen Mitgliedsstaaten tätig werden und Frieden und Ordnung schaffen, was ja wohl ihr Gründungsgrund gewesen ist. Doch leider ist diese Organisation systematisch geschwächt und an den Rand gedrängt worden.

Wie eine vernünftige Lösung aussehen soll, ist für mich nicht erkennbar. Vielleicht muß die weitere Entwicklung der Großmächte Rußland und China abgewartet werden.

Steffen Heimlich, Suhl

Aus einem Offenen Brief an den Stadtrat von Bautzen

(...) Der Hauptausschuß der Stadt Bautzen hat allen Ernstes fast einstimmig beschlossen, ein Denkmal für den ehemaligen Reichskanzler Fürst Otto von Bismarck auf dem Berg Czorneboh wieder zu errichten.

Warum soll ein Denkmal für den Mann errichtet werden, der durch seine von „Blut und Eisen“ geprägte Kriegspolitik Preußen die unangefochtene Vormachtstellung in Kontinental-Europa und die sogenannte Reichseinigung von Oben brachte. Sein Wirken ist mit der unmenschlichen Kolonialpolitik Deutschlands verbunden. Vor allem damit wurde er auch zu einer Symbolfigur für die rechts-nationalistische Bewegung in Deutschland. Allein und vor allem aus diesen Gründen eignet er nicht als einer öffentlich zu gedenkenden Person.

(Das Vorhaben) stellt einen durch nichts zu rechtfertigenden Kotau gegenüber den restaurativen und nationalistischen Kräften dar und ist ein Affront gegenüber der Idee für ein antirassistisches sowie friedfertiges und auf Völkerverständigung ausgerichtetes Europa: Im Angesicht der bekannten faschistischen Ausschreitungen in und um Bautzen sowie dem Erstarken der AfD in der Lausitz haben die demokratischen Kräfte in und außerhalb der Volksvertretungen die moralische Pflicht, sich mit aller Kraft nationalistisch-rassistischen Tendenzen entgegenzustellen. (...)

Raimon Brete, Horst Seiler und Matthias Schwander, Chemnitz

Zu „Vor 230 Jahren: Erklärung der Frauenrechte“, RF 285, S. 27

Es ist gut, daß der „RotFuchs“ an dieses Ereignis erinnert. Danke dafür. Schon so

lange wird um die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung der Geschlechter gekämpft, doch die Forderungen sind noch längst nicht verwirklicht. Obwohl sich bei uns in Gelsenkirchen, gerade zum Internationalen Frauentag, schon einiges getan hat und hier – das erste Mal – eine Frau als Oberbürgermeisterin tätig ist, bleibt noch vieles zu tun. So geht es uns u. a. auch darum, daß Straßen nach Frauen benannt werden, die sich für Frieden und Solidarität einsetzen.

Viele Frauen, z. B. in Hamburg, dem Rheinland oder anderen Gegenden, engagieren sich dafür, den Beginn unserer Arbeit vor 50 Jahren zu erforschen und für den heutigen Kampf nutzbar zu machen. Solche Persönlichkeiten wie Florenc Hervee oder Frauen, die damals in der Internationalen Frauenorganisation (IdFF) mitgearbeitet haben, wie Doris Gehrcke, Walborg Schröder, Brigitte Triems und andere können von ihren Erfahrungen berichten. Auch der „RotFuchs“ könnte ein Forum dafür sein.

Marianne Konze, Gelsenkirchen

Mit gezieltem Interesse habe ich wiederum die Artikel vom „RotFuchs“ gelesen. Seit mehreren Jahren werde ich dadurch gut informiert und dem ehemaligen Heimatland in so manchem Gedanken nähergebracht. Vieles, was mit der Zeit zu verblassen droht, wird dadurch erhalten und belebt.

Mit dem Beitrag zum 75. Jahrestag der Gründung der Grenztruppen der DDR sind bei mir als ehemaligem Grenzsoldaten wieder Erinnerungen geweckt worden.

Von November 1980 bis April 1982 habe ich meinen Dienst gewissenhaft zum Schutze der DDR absolviert, auch wenn nicht jeder Dienstaufzug – sei es als Soldat, als Gefreiter oder als Alarmgruppenführer – immer mit Begeisterung absolviert wurde. Besonders die zusätzlichen Grenzdienste im Zuge der politischen Situation in der VR Polen waren herausfordernde Aufträge.

Natürlich gab es durch unsere damaligen Grenzkommandeure der Grenzkompanie 12, Major Wieczorek und später Oberleutnant Horn, Grenzkommando Nord, immer mal auch eine Vergatterung zu Dienstbeginn, die darauf abzielte, Grenzdurchbrüche zu verhindern. Obwohl es in meinem Dienstabschnitt zu solchen Versuchen gekommen ist, mußte von der Schußwaffe während meiner Dienstzeit nicht Gebrauch gemacht werden.

Daß der Dienst bei den Grenztruppen heute bei bestimmten Ämtern nicht vollwertig anerkannt wird, verdient mehr als Verachtung. In meiner beruflichen Laufbahn (ich bin 1961 geboren) wird dieser Zeitabschnitt nicht als Arbeits- und Steuerzeit berücksichtigt.

Ohne die Nationale Volksarmee und die DDR-Grenztruppen hätte es nie so ein friedliches Nebeneinander zweier deutscher Staaten gegeben.

Bernd Richter, Lampertswalde



Zu den bevorstehenden **Feiertagen und zum Jahreswechsel** wünschen wir allen Leserinnen und Lesern, allen Mitgliedern des Fördervereins, Freunden und Sympathisanten Ruhe und Besinnlichkeit, für den weiteren Kampf gute Gesundheit, Kraft und Mut.

Wir danken allen, die dem „RotFuchs“ in den mehr als zwei Jahrzehnten seiner Existenz die Treue gehalten, ihn weitergegeben und geholfen haben, neue Leser zu gewinnen.

Redaktion und Vorstand

Am 15. Dezember veranstaltet das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden (OKV) von **11 bis 15 Uhr** seine **3. Konferenz** in der Reihe „Das OKV diskutiert“. Das Thema lautet: **Kapitalherrschaft und Demokratie im Bundestagswahljahr 2021**

Es sprechen: Prof. Dr. Ekkehard Lieberam, Dr. Klaus Blessing, Jürgen Heidig, Klaus Linder, Dr. Arnold Schölzel und Prof. Dr. Anton Latzo

Ort: Bürogebäude Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Seminarraum 1

Es gelten die Hygienevorschriften des Landes Berlin.

Die Veranstaltung kann auch über das Internet verfolgt werden. Nähere Informationen dazu auf der Webseite des OKV:

www.okv-ev.de

Grafik: Weihnachtsgruß der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) 2016

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0160-238 30 85
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Rüdiger Serinek

Herstellung: Druckerei Gottschalk

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Martin Baraki
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Prof. Dr. Achim Dippe
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Bernd Gutte
Georges Hallermayer
Helmuth Hellge
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki

Uli Jeschke
Dr. Kurt Laser
Prof. Dr. Anton Latzo
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Jobst-Heinrich Müller
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Innsbruck)
Heinz Pocher
Hans Schoenefeldt
Peter Steiniger
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel

Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030-983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

oder Heiner Brendel

Tel. 030-654 45 94
Gerald Umlauf, Aribert Schilling u. v. a. m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030-241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen: Jürgen Claußner
Postfach 52 02 23, 12592 Berlin
Tel. 030-427 27 66

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXXc